

Sicherheit und Entspannung in Europa

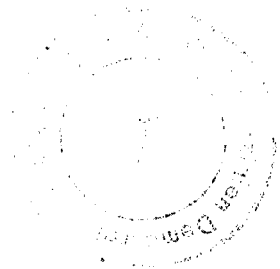
Die Antwort
des demokratischen Sozialismus

herausgegeben von
Gerhard Kiersch und Reimund Seidelmann

016601

Europäische Verlagsanstalt

A56010



96942 FES 24.11.77

© 1977 by Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main – Köln
Composersatz: Barbara Steinhardt, Berlin
Druck: Elektra, Niedernhausen
Buchbinderei: H. G. Gachet, Langen
ISBN 3-434-45066-1
Printed in Germany 1977

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags, der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Inhalt

Vorwort zur Schriftenreihe "basis arbeitsergebnisse – texte der hds"	7
Einleitung	9
1. Karsten D. Voigt Entspannungspolitik und Gesellschaftsreform	12
2. Reinhard Mutz Atlantische Abschreckung und europäische Entspannung: Kritische Analyse des Sicherheitskonzeptes der SPD	18
3. Berthold Johannes Der Primat der leeren Kassen: Labour und die Sicherheit Großbritanniens	42
4. Elisabeth und Gerhard Kiersch Demokratischer Sozialismus in Frankreich und kollektive Sicherheit in Europa: Die Strategie der Linksunion	59
5. Rainer W. Klaus Überwindung der Blöcke: Konzeptionen der italienischen Linken zur Entspannung und Sicherheit in Europa	76
6. Hans Günter Brauch Eurokommunismus und europäische Sicherheit aus der Sicht der USA: Schlußfolgerungen für demokratische Sozialisten	93
7. Gerhard Kiersch Bilanz, Probleme, Zukunftschancen: Westeuropas demokratische Sozialisten zur Entspannung und Sicherheit	115
8. Horst Heimann Demokratischer Sozialismus – Perspektiven für eine Neuvereinigung Deutschlands und Europas?	123

9. Reimund Seidelmann	
Was ist demokratisch—sozialistische Friedenspolitik?	148
10. Joachim Hütter	
Frieden durch Sicherheit, aber wie und mit wem?	
Stellungnahme zu Reimund Seidelmann	179
Die Autoren	187

Einleitung

Die europäische Politik ist seit Mitte der sechziger Jahre in Bewegung geraten. Die Phase der Entspannung löste den Kalten Krieg ab. Das Gleichgewicht des Schreckens wurde labil: Die nukleare Verwundbarkeit aller Staaten – vor allem auch der Supermächte – begünstigte die Einsicht in die Sinnlosigkeit und die Gefahren internationaler Konfrontation. Die ins Gigantische gestiegenen Rüstungskosten in Ost und West hatten die Staatsfinanzen bis an den Rand ihrer Belastbarkeit in Anspruch genommen. Besonders in den osteuropäischen Staaten wuchs im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen seit Anfang der sechziger Jahre das Bedürfnis, der nichtmilitärischen Produktion, insbesondere der Konsumgüterindustrie, einen größeren Stellenwert einzuräumen. In diesen Bereichen bestand erheblicher Nachholbedarf gegenüber den westlich-kapitalistischen Gesellschaften. Die Notwendigkeit verstärkter technologischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa drängte sich auf. Hier liegt ein – vielleicht der wichtigste – Bestimmungsfaktor für die Entspannungspolitik der osteuropäischen Staaten. Unerläßliche Voraussetzung dafür war die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die mit dem Atomteststoppabkommen 1963 eingeleitet wurde.

Parallel zur Entwicklung in Osteuropa vollzogen sich im 'westlichen Lager' innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Staaten Prozesse von einschneidender Bedeutung. Der wirtschaftliche Aufstieg der westeuropäischen Länder im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft verstärkte Gewicht und Einfluß Westeuropas im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Der Vietnamkrieg verschärfte die gesellschaftlichen Spannungen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten. Allerdings wurden auch in den wichtigsten westeuropäischen Ländern seit Mitte der sechziger Jahre Krisenerscheinungen deutlich, die das Ende der gesellschaftlichen Stabilität signalisierten: die Rezession in der Bundesrepublik in den Jahren 1965–67; die sozioökonomische und politische Systemkrise in Frankreich im Mai/Juni 1968; der 'heiße Herbst' in Italien 1969 und schließlich der kontinuierliche wirtschaftliche Abstieg Großbritanniens im letzten Jahrzehnt.

Obwohl sich in einigen Ländern Westeuropas die traditionellen konservativen oder christdemokratischen Eliten als unfähig erwiesen, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Krisen zu meistern, kam es in keinem Land des Westens zu einer revolutionären Situation. Der wohl wichtigste Grund dafür liegt in der Integration der Bevölkerungsmassen in die westliche Demokratie. Diese Tatbestände haben den mehr oder weniger tiefgehenden Transformationsprozeß der westeuropäischen kommunistischen Parteien mit verursacht und zum Teil beschleunigt. Eine mögliche Beteiligung westeuropäischer Kommunisten an den Regierungen ihrer Länder bietet der europäischen Politik neue Dimensionen und berührt vor allem die Frage der traditionellen, aus dem Kalten Krieg hervorgegangenen, in ihrem Kern anti-

kommunistischen Sicherheitspolitik des Westens.

Zur Zeit des Kalten Krieges hatte das Sicherheitsproblem in Ost und West alle anderen Fragen beherrscht. In der Phase der Entspannung traten die wirtschaftlichen und politischen Probleme in den Vordergrund: Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in diesen Bereichen ist zugleich Voraussetzung und wichtiges Element der Entspannung selbst. Damit ist jedoch das Sicherheitsproblem weder im Osten noch im Westen oder gar zwischen den Blöcken bisher auch nur annähernd gelöst. NATO und Warschauer Pakt haben in den letzten beiden Jahrzehnten ein in der Geschichte unvergleichliches Droh- und Vernichtungspotential angehäuft. Das bestehende Arsenal an Nuklearwaffen reicht aus, um unseren Planeten mehrmals zu zerstören. Kann die intensivierte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Ost- und Westeuropa den Grad der Spannungen so weit mindern, daß militärische Sicherheit langfristig durch ein neues, primär politisch bestimmtes Konzept von Sicherheit ersetzt wird?

Die innergesellschaftlichen Entwicklungen in Ost- und Westeuropa, die sich vor dem Hintergrund des Entspannungsprozesses vollzogen haben, sind für demokratische Sozialisten eine besondere Herausforderung. Sie bieten Chancen und Risiken für eine aktive Politik des Demokratischen Sozialismus. Die Entstehung zweier bis an die Zähne gerüsteter feindlicher Militärblöcke in der Zeit des Kalten Krieges hat die Ansätze demokratisch-sozialistischer Politik nach dem Zweiten Weltkrieg im Keim erstickt. Die entstandenen Gesellschaftssysteme – der verbürokratisierte Staatssozialismus östlicher Prägung und der Ungleichheit und Privilegien der herrschenden Klasse festschreibende Privatkapitalismus des Westens – widersprechen fundamental demokratisch-sozialistischen Wert- und Zielvorstellungen. Gibt es im Zusammenhang mit der Entspannung in Europa Möglichkeiten für eine Politik, die in gleicher Weise die Auswüchse des Privatkapitalismus und des Staatssozialismus in ihren Strukturen überwindet und die langfristig zu einer Gesellschaftsform führt, die *Freiheit und Sozialismus* in einer höheren Einheit verwirklicht? Haben sich die Eurokommunisten bereits so weit an die Grundsätze des Demokratischen Sozialismus angenähert, daß eine reale Chance besteht, die jahrzehntelang gespaltene Arbeiterklasse der westeuropäischen Industrieländer wiederzuvereinigen und gemeinsam mit den demokratischen Sozialisten den Weg zu einem Sozialismus mit menschlichem Gesicht anzusteuern? Diese Fragen bilden den Hintergrund des vorliegenden Buches.

Wir setzen uns zunächst kritisch mit den unterschiedlichen Vorstellungen linker Parteien zur Sicherheit, Verteidigung und Entspannung in den wichtigsten westeuropäischen Ländern auseinander. Untersuchung und Einschätzung des Eurokommunismus spielen eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang. Es wird weiter gefragt nach den Reaktionen der Vereinigten Staaten sowie nach Funktion, Verhalten und Politik der deutschen Sozialdemokraten im Prozeß der Entspannung. Schließlich werden Perspektiven für eine neue europäische Friedensordnung auf der Grundlage aktiver demokratisch-sozialistischer Politik angedeutet.

Dieser Band der Reihe "basis arbeitsergebnisse – texte der hds" ist das Ergebnis zweier sich personell und inhaltlich überschneidender Diskussions- und Arbeitszusammenhänge. Einige Autoren sind Mitglieder der Arbeitsgruppe 'Demokratisch-Sozialistischer Internationalismus' der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus. Sie kommen aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik. Die anderen Autoren sind Mitarbeiter des Projekts "Die westeuropäische Sozialdemokratie im Spätkapitalismus" des Forschungsgebietsschwerpunkts "Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts" an der Freien Universität Berlin. Alle Mitarbeiter dieses Bandes sind der SPD in kritischer Solidarität verbunden.

Fast alle Beiträge – insbesondere die Studien über die linken Parteien in den einzelnen Ländern – gehen auf intensive wissenschaftliche Beschäftigung zurück. Gleichwohl haben wir versucht, mit Sprache, Stil und Gestaltung der Artikel besonders den Leserkreis anzusprechen, der sich außerhalb des engen akademischen Bereiches für die angesprochenen Fragen interessiert. Ob uns das in allen Fällen gleichermaßen gelungen ist, bleibt dem Urteil des Lesers überlassen.

Berlin, April 1977

Gerhard Kiersch

Entspannungspolitik und Gesellschaftsreform

Bewaffnete Interventionen und internationale Absprachen und Verträge haben in Europa im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation darüber entschieden, welchen Glauben die jeweiligen Untertanen ohne Gefahr für Leib und Leben ausüben durften. Mit den Kriegen der ersten französischen Republik wurde die Staatsform der Republik exportiert, bis dann durch Napoleon selber und die Friedensordnung des Wiener Kongresses Monarchien und Fürstentümer wieder restauriert wurden. Die Nationalsozialisten intervenierten während ihres zwölfjährigen Regimes vielfach indirekt und durch direkten militärischen Beistand und als Besatzungsmacht zugunsten faschistischer Regime wie z. B. Spanien, Kroatien und Norwegen. Auch auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam im Jahre 1945 wurden nicht nur Besatzungs- und Einflußzonen abgegrenzt, Grenzen verschoben, über die Vertreibung von Millionen entschieden, sondern auch eine neue europäische Ordnung geschaffen, die bis zum heutigen Tage sich nicht nur sicherheitspolitisch, sondern gleichzeitig auch gesellschaftspolitisch in Ost und West auswirkt.

Die europäische Nachkriegsordnung ist für demokratische Sozialisten unbefriedigend, weil sie die Spaltung Europas aufrechterhält und weil sie das ausenpolitische und gesellschaftspolitische Selbstbestimmungsrecht der europäischen Staaten behindert und beschränkt, zum Teil sogar aufhebt und weil der Frieden in Europa nach wie vor durch die Gefahr eines Aufeinanderprallens zweier hochgerüsteter Militärböcke in Frage gestellt ist. Insbesondere die beiden Nachfolgestaaten des ehemaligen Deutschen Reiches, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, spüren – in unterschiedlicher Weise – diese außen- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen der bipolaren europäischen Nachkriegsordnung. Auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches stehen sich an der Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland Warschauer Pakt und NATO hochgerüstet unmittelbar gegenüber. Der Viermächtestatus von Berlin erinnert fortdauernd an die besonderen Rechte und Ansprüche der Siegermächte in Deutschland.

Die bipolare europäische Nachkriegsordnung hat aber auch dazu beigetragen, daß in Europa seit dreißig Jahren kein Krieg mehr ausgebrochen ist. Das Kräftegleichgewicht, die zunehmende gegenseitige atomare Drohung und der Friedenswille der USA und der UdSSR im Bezug auf Europa haben zu diesem für die europäische Geschichte langen Friedenszustand beigetragen. Nachdem durch Deutschland zwei Weltkriege in Europa ausbrachen, waren sich die europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg darüber einig, daß eine europäische Friedensordnung von einer Kontrolle der für einen Frieden relevanten Politik-Faktoren in Deutschland abhängt. Die vier Siegermächte und insbe-

sondere die USA und die UdSSR haben nach dem Zweiten Weltkrieg diese Aufgabe mit Zustimmung der anderen europäischen Staaten übernommen und üben ihr Mitspracherecht in Zentraleuropa – symbolisiert in Berlin und im Viermächteabkommen über Berlin – weiter aus.

Der Blick auf die Lage Berlins und auf die strategische, politische und wirtschaftliche zentrale Bedeutung der DDR für die Sowjetunion, den Warschauer Pakt und den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Bundesrepublik Deutschland für die USA, die NATO und die Europäische Gemeinschaft verengten den Blick vieler Deutscher für die Vielfalt der europäischen Friedensordnung.

Tatsächlich haben die USA und die Sowjetunion durch ihr Verhältnis zu ihren jeweiligen Bündnispartnern die europäische Nachkriegsentwicklung entscheidend geprägt. Die USA hat die NATO, die UdSSR den Warschauer Pakt fast ausschließlich dominiert. Aufgrund der Bedeutung dieser beiden Pakt-Systeme und ihrer jeweiligen Führungsmacht konnte man zu Recht sagen, daß im Europa der Nachkriegszeit ein bipolares Sicherheitssystem vorwiegt. Die Wiener MBFR-Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und der NATO und die SALT-Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion bekräftigen diesen Eindruck. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat aber auch vielen Deutschen den Blick für die Wirklichkeit und Bedeutung der neutralen und blockfreien Staaten für eine europäische Friedensordnung geöffnet. Auf der KSZE konnten die neutralen und blockfreien Staaten Europas ihre eigene Realität neben und zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO zur Geltung bringen. Sie trugen durch ihre konstruktiven und auf mehr Kooperation zwischen allen europäischen Staaten abzielenden Vorschläge dazu bei, das Bild vom Europa prägenden Antagonismus von Warschauer Pakt und NATO durch ein zunehmendes Bewußtsein von der Interdependenz aller Staaten und ihrer Entscheidungen in einer europäischen Friedensordnung zu fördern.

Die KSZE-Konferenz und die KSZE-Schlußakte haben keinen Militärblock aufgelöst oder auch nur angetastet, keine unmittelbaren Abrüstungsmaßnahmen zum Ergebnis gehabt oder auch nur irgendeinen völkerrechtlich verbindlichen Zwang zur Kooperation zwischen Ost und West in Europa ausgeübt. Und trotzdem ist mit der KSZE auf der Grundlage der vorhergehenden bilateralen Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Partnern in Osteuropa, des vierseitigen Abkommens über Berlin und des Vertragswerkes zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein multilateraler Entspannungs- und Kooperationsprozeß in Europa eingeleitet worden, der langfristig die Bipolarität des europäischen Sicherheitssystems überwinden helfen kann.

Der erste Schritt zur grenz- und blocküberschreitenden Kooperation war, daß bestehende Grenzen, Staaten, Militärböcke, Wirtschaftsböcke und die Realität der neutralen und nicht blockgebundenen Staaten überhaupt erst ein-

mal von allen europäischen Staaten in einer völkerrechtlich für alle Seiten tragfähigen Weise zur Kenntnis genommen wurde: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR regelten mit vielen Kompromissen, Vorbehalten und fortdauernden Konflikten ihr gegenseitiges Verhältnis. Die USA und Kanada wurden von der Sowjetunion mit der KSZE als zur europäischen Sicherheitsordnung gehörige Mächte anerkannt. Zu Berlin wurde ein nach wie vor tragfähiger Kompromiß gefunden. Die Sowjetunion bewegt sich auf eine formelle Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft zu, und die Europäische Gemeinschaft versucht sich in Gesprächen mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Die bilaterale und multilaterale völkerrechtlich wirksame gemeinsame Beschreibung und Respektierung der bestehenden europäischen Realität machte den Weg frei für die MBFR-Verhandlungen in Wien und eine wachsende Zahl von Kooperationsvereinbarungen zwischen den verschiedensten Staaten und gesellschaftlichen Gruppen in Ost- und Westeuropa.

Die wechselseitige Respektierung aller europäischen Regierungen als Vertragspartner und die zunehmende Kooperation zwischen den Staaten West- und Osteuropas setzte innergesellschaftlich Widersprüche zu herrschenden politischen und kulturellen Vorstellungen frei, die in Westeuropa als Reformanstöße pluralistisch integriert werden konnten und in Osteuropa aufgrund der dortigen starren Gesellschaftsstruktur weitgehend in eine prinzipielle Systemopposition abgedrängt wurden. Wenn die innere Opposition in Osteuropa zur Systemgefährdung für die Regierungen Osteuropas zu werden scheint, sind eher Rückfälle in verstärkte Repressionen im Inneren, eine verschärfte Abgrenzung nach außen und Rückschläge in der Entspannungs- und Kooperationspolitik als eine beschleunigte Liberalisierung zu erwarten. Aus diesem Grunde können Sozialdemokraten im Interesse einer verstärkten Ost-West-Kooperation, im Interesse der Menschen in Osteuropa und im Interesse der Entwicklung einer stabilen Friedensordnung in Europa auch nicht auf Unruhen und Aufstände in Osteuropa spekulieren, sondern sie unterstützen im Interesse von Reformen und der Fähigkeit zu Reformen das zu diesem Zweck erforderliche Maß an Stabilität.

Die verstärkten Abgrenzungsbemühungen der Sowjetunion und der übrigen Staaten des Warschauer Paktes in den letzten Monaten sind der Versuch, die Folgewirkungen der vermehrten Kooperation und Kommunikation zwischen Ost- und Westeuropa in den Griff zu bekommen. Sozialdemokraten können diese Abgrenzungsbemühungen der Staaten des Warschauer Paktes nicht gutheißen. Schon aus Gründen ihrer eigenen demokratischen Glaubwürdigkeit müssen Sozialdemokraten ihre eigene prinzipielle Solidarität und Sympathie mit Bewegungen zur Verwirklichung von Menschenrechten und zur innergesellschaftlichen Demokratisierung – wo immer sie auftreten – auch öffentlich vernehmbar machen. Sozialdemokraten dürfen aber gleichzeitig nicht übersehen, daß der Entspannungs- und Kooperationsprozeß nicht nur in den Staaten Osteuropas von einer Abgrenzungskampagne – dort gegenüber bürgerlichen und sozialdemokratischen Auffassungen – begleitet ist: Parallel zur Einleitung der Entspannungspolitik hat auch

die SPD mit dem Münchener Parteiratsbeschuß und mit dem Ministerpräsidentenlaß innenpolitisch ihre Abgrenzung zu den ideologischen Sympathisanten ihrer Vertragspartner in der Entspannungspolitik verschärft.

Soweit die Entspannungspolitik eine konstruktive Auseinandersetzung um kommunistische, demokratisch-sozialistische und bürgerliche Theorie und Praxis verstärkt, ist dies nur zu begrüßen. Es zeigt sich aber, daß Staats- und Parteiapparate die Risiken eines kritischen Dialogs scheuen und staatliche Repressionen vorziehen. Offensichtlich ist die Furcht vor den Risiken des kritischen Dialogs, die Neigung zur Systemabgrenzung und zur Erzwingung dieser Abgrenzung mit Hilfe repressiver Maßnahmen in Osteuropa größer als in Westeuropa. Dies liegt in einer strukturell begründeten Krisenanfälligkeit des politischen Systems der Staaten Osteuropas begründet.

Die Gesellschaftssysteme Osteuropas sind aufgrund ihrer Definition vom Sozialismus nicht in der Lage, Widersprüche in der Gesellschaft in ihr System zu integrieren und darüberhinaus positiv als Anstoß für Veränderungsprozesse zu instrumentalisieren. Die Kritik an jeder überholten gesellschaftlichen Einrichtung, an jeder ökonomisch überholten Struktur, an jeder traditionellen Kultur wird damit tendenziell zu einer Kritik am System überhaupt.

Die Unterdrückung dieser Kritik führt aber gleichzeitig aus strukturellen Gründen in den Gesellschaften Osteuropas zu einem Mangel an Innovation, zu einem Mangel an Demokratie, zu einem Mangel an Loyalität der Bevölkerung und zu einer ebenfalls strukturell bedingten, im Vergleich zu westeuropäischen Gesellschaften überproportionalen Krisenanfälligkeit durch organisierte oppositionelle Minderheiten, begleitet von einer Tendenz zur Überreaktion der Träger staatlicher und gesellschaftlicher Macht.

Wenn nun im Prozeß der zunehmenden Entspannung und Kooperation zwischen Ost- und Westeuropa die technischen Kommunikationssysteme und die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa ausgebaut werden, dann wird damit schrittweise gleichzeitig ein Informations- und Meinungspluralismus in Osteuropa zur gesellschaftlichen Realität. Wenn die Regierungen Osteuropas den zunehmenden faktischen Meinungs- und Informationspluralismus nicht als Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Systeme legitimieren und integrieren, wird sich die Wirkung des entstehenden Pluralismus in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zunehmend als Widerspruch zu den politischen Systemen artikulieren und organisieren. Repression kann kurzfristig wieder 'Ruhe im Lande' schaffen, löst diesen Konflikt aber nicht, sondern verschärft ihn langfristig.

Jeder Versuch der Regierungen Osteuropas, die politischen Auswirkungen der verstärkten Ost-West-Kooperation zu blockieren, indem man die Ausweitung der Beziehungen sektoral vorwiegend im wirtschaftlichen Bereich zu intensivieren und im politisch-kulturellen Bereich zu reglementieren versucht, wird auf Dauer durch die technische Entwicklung der Kommunikationssysteme, den Umfang der Beziehungen und die Schwierigkeit, Kommunikation auf

bestimmte gesellschaftliche Gruppen, Sektoren und Regionen zu beschränken erschwert. Schon aus diesem Grunde wird eine Zunahme der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen und ein Ausbau der technischen Ost-West-Kommunikationsmöglichkeiten auch Auswirkungen im Bereich der kulturellen und menschlichen Beziehungen haben. Die bei einigen Politikern in Westeuropa zu beobachtende Neigung, diesen Prozeß ausschließlich im Zusammenhang mit Fortschritten im Korb 3 (humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit) der KSZE-Schlußakte zu sehen, ist irreführend, da es hier einen unmittelbaren prozessualen Zusammenhang zwischen Fortschritten in allen Bereichen der KSZE-Schlußakte gibt.

Nicht nur viele Politiker in Westeuropa und den USA, sondern auch Bürgerrechtler in Osteuropa übersehen den inneren Zusammenhang zwischen den strategischen ökonomischen, technisch-wissenschaftlichen, humanitären und kulturellen Bereichen der Entspannungspolitik. Sie verkennen insbesondere die Notwendigkeit zu einem langfristig angelegten Entspannungs- und Kooperationsprozeß, der auf Gesprächen, Verträgen und Vereinbarungen zwischen Regierungen und offiziellen Trägern staatlicher und gesellschaftlicher Macht beruht. Sie überschätzen – aus ihrer eigenen Situation heraus völlig verständlich – die positiven Wirkungen, die durch eine direkte öffentliche Intervention von offiziellen westlichen Regierungsvertretern an den Regierungen Osteuropas vorbei durch Kontakte mit Bürgerrechtlern für die generelle Erleichterung der Ausübung von Bürgerrechten und Menschenrechten in Osteuropa hat.

Demokratische Sozialisten, die SPD als Partei und Sozialdemokraten in Regierungspositionen haben noch nie einen Hehl daraus gemacht, daß ihre Entspannungspolitik neben der Sicherung des Friedens auch der Förderung von mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit in Europa dient. Deshalb protestieren sie auch gegen Menschenrechtsverletzungen und solidarisieren sich mit Bürgerrechtsbewegungen. Aus diesem Grunde aber müssen sie auch ihre Anstrengungen intensivieren, um die Entspannungspolitik zwischen den Staaten und den Trägern gesellschaftlicher Macht in Europa fortzusetzen und auszubauen.

Die Entspannungspolitik in Europa braucht für weitere Fortschritte nicht nur die Unterstützung der öffentlichen Meinung, die Unterstützung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Sie braucht auch den aktiven Einsatz der Regierungen und insbesondere auch die Bereitschaft der USA und der UdSSR, den Prozeß der Entspannung fortzusetzen und auszubauen. Die Regierung – und die Politiken der USA und der UdSSR bestimmen hier nach wie vor die Rahmenbedingungen für die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Regierungen – sind aber nur dann bereit, den Entspannungsprozeß fortzusetzen und auszubauen, wenn dies mit den Interessen und Prinzipien, die sie zu einem jeweiligen konkreten Zeitabschnitt als 'ihre' Interessen und 'ihre' Prinzipien definiert haben, noch ausreichend in Übereinstimmung zu bringen ist.

Wenn die Kritik an gesellschaftlichen Zuständen in eruptiven Krisen die innere Stabilität prinzipiell in Frage zu stellen scheint, erschwert dies Fortschritte in der Entspannungspolitik. 'Revolutionäre' Zuspitzungen hemmen hier den langfristi-

stigen Reformprozeß und begünstigen sogar gesellschaftliche Verhärtungen und Rückschläge im Prozeß der innergesellschaftlichen Demokratisierung und Humanisierung.

Risiken für den Entspannungsprozeß ergeben sich auch, weil einige Regierungen und Parteien Westeuropas und den USA und insbesondere auch die Presse in diesen Ländern völlig die unterschiedlichen Prinzipien übersehen, nach denen sich die Organisierung der Außenbeziehungen in den Staaten Osteuropas im Gegensatz zu den Außenbeziehungen von pluralistischen Staaten und Gesellschaften vollziehen.

In einer pluralen Demokratie ist es legitim und legal, z.B. aufgrund kirchlicher, parteilicher und gewerkschaftlicher Solidarität sich mehr mit sozialen Gruppen und Zielen in anderen Staaten verbunden zu fühlen als mit konkurrierenden Gruppen und Auffassungen im eigenen Lande. In pluralistischen Demokratien ist deshalb auch die ergänzende Vielfalt und der konkurrierende Wettbewerb in den Außenbeziehungen systemimmanent. Im Gegensatz zu den Staaten Osteuropas kennen die pluralistischen Demokratien ein staatliches Monopol zur Bestimmung von Umfang und Zielrichtung des legalen Internationalismus vom Grundsatz her nicht.

Beiderseits akzeptierte Voraussetzung von Fortschritten in der Entspannungs- und Kooperationspolitik zwischen Ost- und Westeuropa ist nicht die wechselseitige Preisgabe von Prinzipien, sondern die Vereinbarung von mehr Kooperation bei der Aufrechterhaltung unterschiedlicher und gegensätzlicher Prinzipien. Deshalb gefährden auch außenpolitische Aktionen von Regierungen Westeuropas und der USA, mit denen das in Osteuropa herrschende Prinzip des Monopols von der Kontrolle aller auswärtiger Beziehungen ihrer Gesellschaft durch Staat und staatliche Organe vom Grundsatz her in Frage gestellt werden, diejenigen Fortschritte in der Entspannungspolitik, die dazu geführt haben, daß die internationalen Beziehungen zwischen den Staaten, zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in den Staaten und zwischen den Individuen faktisch pluralistischer geworden sind.

Eine reformerische Entspannungskonzeption muß diese widersprüchlichen Interessen und Prinzipien in einen konstruktiven Prozeß einbeziehen, der zu einer nicht mehr durch gegensätzliche Militärblocke und wachsende Militärausgaben geprägten Friedensordnung, zu mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führt, ohne daß auf dem Wege dorthin irgendeine für den Erfolg dieses Prozesses relevante Kraft ihre Interessen und Prinzipien als bedroht ansieht.

Atlantische Abschreckung und europäische Entspannung: Kritische Analyse des Sicherheitskonzepts der SPD

Am nationalen Rüstungsaufwand gemessen, ist die Bundesrepublik gegenwärtig die zweitstärkste Militärmacht des Westens. Das war noch vor wenigen Jahren ganz anders. Zu Beginn der sozialliberalen Koalition unterhielten nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Franzosen und die Briten einen höheren Militär-etat als die Westdeutschen. Heute liegen sie um mehrere Milliarden Dollar pro Haushaltsjahr zurück. Berücksichtigt man, daß diese Staaten noch beträchtliche Finanzmittel für ihre Kernwaffenrüstung abzweigen, dann wird anschaulich, mit welchem Abstand an einsatzbereiter konventioneller Kampfkraft sich die Bundesrepublik an die Spitze der Westeuropäer gesetzt hat, seit Sozialdemokraten die deutsche Militärpolitik verantworten. Daß mit der materiellen Positionsverschiebung eine Verlagerung der bündnispolitischen Gewichte einherging, versteht sich von selbst. Wenn Frankreichs Staatspräsident jetzt erklärt, das Bestreben seiner Regierung müsse sein, daß Frankreich verteidigungspolitisch wieder den ersten Rang in dieser Ländergruppe einnimmt, so schwingt darin etwas von der Reserviertheit und der unterschwelligen Rivalität mit, die der Bundesrepublik von ihren europäischen Alliierten entgegengebracht werden. Diese Einstellungen dürften ausgeprägter noch einige der wichtigsten sozialistischen Parteien Europas der westdeutschen Schwesterpartei gegenüber teilen. Damit zeigt die sicherheitspolitische Konstellation in Westeuropa Anklänge an jene Frühphase, in der sie entstand.

Der folgende Abriß der Entwicklung der sozialdemokratischen Haltung zu den Grundfragen der Militär- und Sicherheitspolitik beginnt darum mit einem Blick auf den Ursprung des Sicherheitsproblems der Bundesrepublik. Inwieweit ist es ein Folgeproblem der westdeutschen Separatstaatgründung von 1949 und der besonderen Interessenlage der Mächte, die direkt oder indirekt daran beteiligt waren? Die SPD hat nie in Zweifel gezogen, daß sie sich mit dem Staat des Grundgesetzes identifizierte und sich für seine Geschicke mitverantwortlich fühlte. Welche Gründe haben sie dann bestimmt, sich anfänglich der Bewaffnung und Bündnisbindung der Bundesrepublik zu widersetzen? Warum blieb ihre Politik erfolglos? Und was erklärt die anschließende Revision der sozialdemokratischen Militärpolitik bis zu grundsätzlichen Übereinstimmungen mit den Unionsparteien? Sollen die Motive und Konsequenzen des Auffassungswandels auf dem Weg der Partei aus der Opposition in die Regierung kritisch gewertet werden, stellt sich die Frage nach den Maßstäben der Wer-

tung. Was bedeutet ihrem politischen Sinn nach äußere Sicherheit und welche Folgerungen ergeben sich daraus für das problemkonforme Verhalten eines Landes in der Lage der Bundesrepublik?

Diese Maßstäbe sind also zu umreißen, ehe das Sicherheitskonzept der SPD von heute in seiner doppelten Ausrichtung auf das Festhalten an der atlantischen Abschreckungs- und Verteidigungsdoktrin und dem Ausbau des Systems gesamteuropäischer Entspannung in den Blick genommen werden kann. Acht ereignispralle Jahre sozialdemokratischer Ressortzuständigkeit liefern Material genug, Programm und Politik, Vorsatz und Resultat aneinander zu messen. Sie lassen auch Umriss künftiger Entwicklungen erkennen. Wie sich dieses Sicherheitskonzept und seine Umsetzung in Außenpolitik mit dem Anspruch gesellschaftlicher Reformpolitik nach innen vereinbart, ist die abschließende Frage, von der aus Querschlüsse auf entsprechende Vermittlungsprobleme anderer Parteien der Sozialdemokratie und des Demokratischen Sozialismus in Westeuropa gezogen werden können. Der Beitrag will informieren, nicht nur registrieren. Deshalb liegt der Akzent weniger auf Einzelheiten, als auf Entwicklungen und Zusammenhängen, die kritisch in Frage zu stellen gleichwohl nachdrücklich empfohlen sei. Denn eine solche Überprüfung würde bereits ein Stück eigenständiger Urteilsbildung darstellen in einem Bereich politischer Regierungstätigkeit, der öffentlicher demokratischer Auseinandersetzung und Kontrolle in der Praxis weit weniger unterworfen ist, als seiner Bedeutung zukommt.

Die Wurzeln des westdeutschen Sicherheitsproblems

Die Frage der Sicherheit der Bundesrepublik ist nicht zu verstehen ohne den Zusammenhang mit dem Sicherheitsproblem, das Deutschland für seine Nachbarn darstellt. Die ersten, von den Siegermächten noch einvernehmlich getroffenen Nachkriegsvereinbarungen standen ganz im Zeichen der Vorkehr gegen ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus. Das gilt für die Entwaffnungsbestimmungen des Potsdamer Abkommens wie für die Feindstaaten-Artikel der Charta der Vereinten Nationen. Aber auch als der aufsteigende Ost-West-Konflikt die politische Frontbildung des Weltkrieges bereits überformt hatte, war die Furcht vor Deutschland nicht einfach verflogen. Großbritannien und Frankreich sicherten sich noch 1947 und erneut 1948 unter Einschluß der Benelux-Staaten gegenseitig zu, "alle Maßnahmen zu treffen, die im Fall der Wiederaufnahme einer deutschen Angriffspolitik als notwendig erachtet werden". Diese Abrede blieb völkerrechtlich nur bis zur Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Bündnis in Kraft. Es wäre dennoch voreilig, jeglichen Argwohn gegen deutsche Militärrüstung einer endgültig überwundenen Vergangenheit zuzurechnen. Auch heute käme es keinem Politiker des Westens in den Sinn, die Bundesrepublik etwa aus der Verpflichtung zum Verzicht auf die Herstellung eigener Atomwaffen zu entlassen.

Die Schwierigkeit, den Mangel an eigener Sicherheit zu beheben, ohne die Sicherheit ihrer Umwelt zu beeinträchtigen, verdankt die Bundesrepublik zum

guten Teil den Umständen ihres Entstehens. Sie wurde zum Zeitpunkt der Zuspitzung eines weltpolitischen Konflikts in dessen Zentrum geschaffen, aber auf Betreiben und im Interesse nur der einen Konfliktpartei. Wichtige Souveränitätsrechte blieben ihr vorenthalten. Sie war wirtschaftlich abhängig und politisch entmachtet. Und sie entstand in Zufallsgrenzen, die gewachsene Lebensadern durchtrennten und für die weder historische noch nationale Gründe sprachen. Auf absehbare Zeit nur selbstbehauptungs- und entwicklungsfähig durch wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten, war ihr der Kurs der außenpolitischen Westorientierung schon bei der Gründung vorgezeichnet, was ihr von Anbeginn die prinzipielle Gegnerschaft der stärksten europäischen Kontinentalmacht eintrug. Die Sowjetunion konnte sich durch die westdeutsche Staatenbildung herausgefordert fühlen, weil ihr die in den Übereinkünften der Kriegsalianz zugestandene Mitkontrolle über ganz Deutschland, das sie als Quelle künftiger Gefahr wirksam gebändigt wissen wollte, entwunden wurde, weil das Wiedererstarken des nach Bevölkerung und Wirtschaftskraft überlegenen Teils des Landes abzusehen war und weil die unnatürliche, willkürlich gezogene Ostgrenze der Bundesrepublik den Keim des territorialen Revisionismus eingab und möglichem machtpolitischen Ehrgeiz die Richtung wies. Das Konfliktverhältnis zur Sowjetmacht wurde für den neuen Staat damit zu einer festen Größe des außenpolitischen Bezugsfeldes und zum Hauptproblem der äußeren Sicherheit.

Dagegen kam aus amerikanischer Sicht der Gründung der Bundesrepublik eine defensive Funktion zu. Sie sollte den Schlußstein bilden in dem seit 1947 planvoll aufgebauten Damm gegen eine weitere Ausdehnung kommunistischer Herrschaftsordnungen. Indem die amerikanische Politik das ihrem gesellschaftlichen System verwandte Europa wirtschaftlich und politisch an sich band, vollzog sie nur nach, was sowjetisches Vorgehen im eigenen Einflußbereich bereits verwirklicht hatte, mit dem Unterschied, daß in Osteuropa die Verwandtschaft der Systeme erst herzustellen war und nach dem Einverständnis der betroffenen Bevölkerungen nicht gefragt wurde. Mit der Errichtung eines westlichen Blocks unter amerikanischer Führung stellte sich die Frage nach dessen machtpolitischer Sicherheit. Die Antwort war die NATO. Sie bescherte den alten europäischen Mächten weitere Einbußen an außenpolitischer Eigenständigkeit, der Bundesrepublik aber die unerwartet rasche Entbindung von Beschränkungen, die ihr von ihren Schöpfern und Besatzungsmächten auferlegt worden waren. Die amerikanischen Überlegungen mündeten in ein ebenso schlichtes wie robustes Rezept. Wenn man die sicherheitspolitischen Belange seiner Alliierten zu den eigenen machte, so konnte den Verbündeten wohl auch ein spürbarer Eigenbeitrag abverlangt werden. Westdeutschland davon auszunehmen, sah man jenseits des Atlantiks keinen Anlaß. War nicht die Bundesrepublik das Land, das in seiner geographischen Lage Truppen sofort verfügbar halten konnte, wo sie im Falle eines sowjetischen Angriffs am ehesten benötigt wurden? Bot nicht die westdeutsche Bevölkerung in Tuchfühlung zur sowjetischen Besatzungsherrschaft hinreichend Gewähr, gegen kommunistische Propaganda verlässlicher gefeit zu sein als Franzosen und Italiener? Für die besonderen Erfahrungen und Empfindlichkeiten der Europäer im Westen, geschweige

derer im Osten, war in solchen Erwägungen kein Platz.

Den Regierungen der Bündnisländer auf dem Kontinent stellte sich ein heikles Entscheidungsproblem. Einerseits ließ sich das militärische Übergewicht des Gegenlagers nicht übersehen. Auch bestand wenig Neigung, zu den Lasten für die eigene Sicherheit noch die für den Schutz des ehemaligen deutschen Kriegsgegners mitzutragen, während dieser sich dem ungestörten Wiederaufbau seiner Wirtschaft widmete. Andererseits war es ein höchst unpopulärer Gedanke, nur wenige Jahre nach dem Ende der Kriegsschrecken einem selbständigen deutschen Staat den Rückweg in die internationale Politik freizugeben. Denn die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und ihrer Nachbarn im Westen stimmten nur teilweise überein. Die Franzosen sahen ihre Stellung als Kolonialmacht bedroht. Überdies galten ihre Sorgen zwei Gefahrenquellen für das Mutterland selbst, der aktuellen von Seiten des östlichen Militärblocks und der traditionellen von Seiten Deutschlands. Dreimal im Verlauf von sieben Jahrzehnten hatte das Land den Einfall deutscher Armeen erlebt. Seine natürliche Aufmerksamkeit war noch immer auf die Nordostgrenze gerichtet, hinter der nicht die Sowjetunion, sondern zunächst Deutschland lag, das im Begriff stand, dank amerikanischen Entschlusses die Rolle einer europäischen Macht zurückzugewinnen. Solchen Beweggründen entsprang der französische Vorschlag von 1950 zur Gründung einer 'Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft' (EVG). Das politisch nicht zu verhindernde deutsche Militärkontingent sollte in eine integrierte europäische Streitmacht eingebunden werden und auf diese Weise nationaler deutscher Verfügungsgewalt entzogen bleiben. Wenn das Projekt schließlich durch Frankreich selbst zu Fall kam, so mag dort am Ende die Furcht vor der Einengung der eigenen Bewegungsfreiheit stärker gewesen sein als die Besorgnis über den östlichen Nachbarn. Immerhin haben die schleppenden EVG-Verhandlungen die endgültige Entscheidung über Deutschlands Wiederaufrüstung um Jahre hinausgezögert. Was der heutigen Situation der damaligen verwandte verleiht, ist der neuerdings wieder vernehmlicher bekundete Rest an Mißtrauen gegenüber der wachsenden militärischen Stärke der Bundesrepublik. Während sich immer mehr europäische NATO-Mitglieder im wirtschaftlichen Tief zu Kürzungen am Militärbudget genötigt sehen, scheint der Bundeshaushalt seine jährlichen Steigerungsraten für Verteidigungszwecke mühelos zu verkraften. Dabei spielt für die Kritiker die Frage eine Rolle, ob nicht die tatsächliche Bedrohung im Zeichen der Entspannung geringer geworden ist, als sie es während des Kalten Krieges war.

Die SPD in der Opposition: Nein zur Wiederbewaffnung

Die Unruhe in Politik und öffentlicher Meinung des Auslandes über die deutsche Aufrüstung hatte ihr eher noch heftigeres Gegenstück in der Bundesrepublik. Der erbitterte Grundsatzstreit um den Weg der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik war das herrschende Thema der fünfziger Jahre. In ihm entwickelte sich die sozialdemokratische Haltung zu den Schlüsselfragen des

Militärs, der Rüstung und der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik. Aus rückblickender Sicht scheinen Welten zu liegen zwischen der SPD des kategorischen Nein zum deutschen NATO-Beitritt und der bündnistreuen Regierungspartei von heute. Bei näherer Prüfung ergibt sich indessen ein viel differenzierteres Bild. Sozialdemokraten haben die Ablehnung der Remilitarisierung durch die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik geteilt und politisch vertreten. Sie haben sich dem EVG-Modell (1952) und der NATO-Lösung (1954) widersetzt. Sie haben der Wehrgesetzgebung, soweit sie Vertragsfolgegesetze betraf, nicht zugestimmt. Dementgegen hat die SPD ihren Widerstand gegen die Form der Wiederbewaffnung und der Allianzbildung nie mit einer grundsätzlichen Absage an das Prinzip der militärischen Verteidigung gekoppelt. Sie hat auch die parlamentarische Mitarbeit an der Wehrverfassung nicht verweigert und insbesondere den Gesetzen, durch die das Kontrollrecht des Parlaments über die Streitkräfte und die politischen und sozialen Rechte der Soldaten verankert wurden, ihre Zustimmung gegeben.

Die entschiedene Opposition der SPD galt der alternativlosen Einschmelzung der Bundesrepublik in die Machtordnung des atlantischen Lagers durch Adenauer als einer, wie sie es sah, im Ansatz verfehlten Politik. Würden deutsche Soldaten erst nach Washingtons und Moskaus Reglement exerzieren, wäre an ein Zusammenfügen der auseinandergerissenen Teile Deutschlands nicht mehr zu denken. Das war das Argument, nicht Unlust am Exerzieren allein, obwohl es Sozialdemokraten auch an pazifistischen und antimilitaristischen Tönen nicht fehlen ließen, die einer kräftigen Grundströmung in der Partei entsprachen. Das Ziel Sicherheit wurde dem Ziel Wiedervereinigung stets untergeordnet, weil man sich nicht vorzustellen vermochte, wie es zweierlei Sicherheit für die Deutschen im Westen und jene im Osten geben könnte. Darum sollte beharrlich jede Möglichkeit erprobt werden, eine Aufhebung der Spaltung Deutschlands und Europas durch Verständigung unter den vier Mächten herbeizuführen, um in den ausgehandelten Interessenausgleich dann auch die Lösung der Sicherheitsfrage einzubetten. Adenauers Vertröstung auf ein nachträgliches Verhandeln aus der Position der Stärke gab man keine Chance. Darin ist die SPD nicht widerlegt worden.

An eigenen Konzepten hat sie die Idee des kollektiven Sicherheitssystems und des militärischen Disengagement in die Diskussion getragen, letzteres präziser durchdacht als das erste und wirklichkeitsnäher, wenngleich nicht minder erfolglos. Aber das waren keine Antworten für den Tag. Gefragt, was sie hier und jetzt zu tun bereit sei, um die Bundesrepublik zu verteidigen, wenn es notwendig würde, reagierte sie ausweichend. Das hat ihr das Odium der Unzuverlässigkeit angeheftet in einer Frage, die mehr und mehr Bundesbürger als Lebensfrage empfanden, je stärker die Gewöhnung an westlichen Konsumwohlstand als Grundstimmung die Abneigung gegen die Unwägbarkeiten eines ehrgeizigen militärischen Engagements verdrängte. Die Fülle sozialdemokratischer Bedenken, Einwände, Warnungen fügte sich nicht zu einer zugkräftigen Gegenkonzeption, die Adenauers einlinigem Politikschema gewachsen gewesen wäre, das die Schutzbedürfnisse und den Wunsch nach weiterer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen in der Bevölkerung psychologisch geschickt zu verflechten wußte. In weiterer Perspektive jedoch wird man

der SPD bescheinigen müssen, in ihrem frühen Sicherheitsdenken eine friedens- und konfliktpolitisch bewußtere Problemsicht entwickelt zu haben als das schlichte Aufbieten von Rüstung gegen Rüstung. Sie sollte später daran anknüpfen können. Als die europäische Nachkriegsordnung sich verfestigte, war sie Opposition, d. h. an der Prüfung ihrer Vorstellungen auf praktische Tragfähigkeit verhindert.

Hätte die Sozialdemokratie die bekämpfte Außenpolitik beeinflussen können? Wäre sie imstande gewesen, den Aufbau deutscher Streitkräfte im Rahmen des Westblocks zu verhindern, wenn sie die verschiedenen Kräfte, die der Aufrüstung ablehnend gegenüberstanden, zusammengeführt und aktiviert hätte? Auch dies ist keine nur historische Frage. Sie zielt auf das Verhältnis der SPD zu den Grundlagen des westdeutschen Staates und auf die Grenze ihrer inneren Bündnisfähigkeit nach links, die heute nicht anders verläuft als vor zwei Jahrzehnten. Die Gewerkschaften, deren Mitglieder, wie nicht zu bezweifeln ist, mehrheitlich militärkritisch eingestellt waren, kamen als Träger eines außerparlamentarischen Widerstandes kaum in Betracht. Sie hätten ihn auf die Gefahr hin zu führen gehabt, ihr einheitsgewerkschaftliches Organisationsmodell zu zerbrechen. Noch weniger aber war die sich rührend als Bundesgenosse anbietende KPD ein geeigneter Partner. Auf die kommunistischen Angebote zur Aktionseinheit einzugehen hätte für die SPD bedeutet, ihr Bekenntnis zur Verfassung der Bundesrepublik und zum Gesellschaftssystem des Westens zu verleugnen. Sozialismus war im Verständnis der SPD vor Godesberg nicht anders als danach ein auf den Grundwert der Demokratie bezogenes Programmziel. Von dort führt keine Brücke zu einer Partei der Diktatur des Proletariats. In keiner Rolle wirkte ja die KPD so durchschaubar unglaubhaft wie in der des Wortführers der westdeutschen Rüstungsgegner. Parallel zu ihrem "Kampf gegen den Bonner Kriegskurs" unterstützte sie vorbehaltlos die Politik der DDR, die ihre eigene Remilitarisierung zügig und unbelästigt von bremsenden Verfassungsorganen vorantrieb, ohne daß sich öffentliche Kritik und Protest Gehör verschaffen konnten. An den staatlichen Loyalitätsbindungen von SPD und KPD/DKP hat sich seither nichts geändert. Es gibt infolgedessen keine Grundlage für irgendeine Form der Zusammenarbeit zwischen diesen Parteien auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Die Situation der Linken im Parteienspektrum der Bundesrepublik ist also unvergleichbar der französischen oder der italienischen.

Die SPD in der Regierung: Ja zum Westbündnis

Die SPD hat ihren Widerstand gegen die Wiederbewaffnung aufgegeben, als kein Zweifel mehr bestand, daß er aussichtslos war. Sie hat sich, nachdem die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen war, zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung beim Einbau der Bundeswehr in das politische System bereitgefunden. Sie hat in den folgenden Jahren diese pragmatische Kooperation zu einem programmatisch gestützten Konsens in den Prinzipienfragen westdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik erweitert. Späte Einsicht in die Richtigkeit der Auffassungen der Unionsparteien? Oder mit Wählerstimmen rechnende Anpassung auf dem Godesberger Weg von der Richtungspartei zur Volkspartei? Die einzig

zulängliche Antwort wird lauten müssen: weder noch. Eine Verschiebung der maßgeblichen Einflußgruppen in den Führungsgremien der Partei und die Absicht, über eine Große Koalition zu einer Regierungsbeteiligung zu gelangen – das sind Teilerklärungen. Den entscheidenden Faktor lassen sie aber außer acht. Die SPD verfügte Anfang der sechziger Jahre, was ganz ungewöhnlich ist für eine Oppositionspartei, über mehr Befähigung zur leistungsfähigen Analyse weltpolitisch–strategischer Entwicklungen und Zusammenhänge als die Regierungsseite mit ihrem umfassenden Apparat zur Sammlung und Verarbeitung von Informationen und mit ihrem Netz an internationalen Verbindungen. Nach dem Herter–Plan (1959), dem letzten westlichen Vorstoß, den status quo in Mitteleuropa zu verändern, und dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz (1960) bewegte sich in der deutschen Frage nichts mehr. Der Kopplung von Sicherheits– und Wiedervereinigungspolitik wurde also der Boden entzogen. Gleichzeitig bröckelte die atomare Vorherrschaft der USA ab. Aus dem Verlust der Fähigkeit, sowjetisches Territorium mit Kernwaffen zu erreichen, ohne das Risiko einer entsprechenden Gegendrohung einzugehen, zog die amerikanische Politik weitreichende Folgerungen, von der Revision der strategischen Doktrin bis zur Entscheidung für eine stabilisierende Rüstungskontrolle. Die führenden Außenpolitiker der SPD – damals Erler, Brandt, Schmidt – erkannten den Trend frühzeitig und begriffen seine Konsequenzen. Das Abwarten bis zu einer gesamtdeutschen Lösung war nun ebenso wirklichkeitsfern wie die stillschweigende Annahme, bis dahin werde das amerikanische Interesse an der Bundesrepublik allein einen ausreichenden Minimalschutz gewährleisten. Die SPD, mit dem Anspruch einer künftigen Regierungspartei antretend, mußte zwei neuen Gegebenheiten Rechnung tragen: Sie hätte ein militärisch gerüstetes, allianzgebundenes Land zu regieren gehabt, und dieses Land lag in einem veränderten außenpolitischen Kräftefeld. Nicht Sinneswandel war so der wichtigste Anlaß des Positionswechsels sozialdemokratischer Militär– und Sicherheitspolitik, sondern an erster Stelle ein Wandel der politischen Wirklichkeit.

Der zentrale Punkt, von dem aus die praktischen Schlußfolgerungen, zu denen die SPD fortan gelangte, erfaßt werden müssen, war, daß sicherheitspolitische Überlegungen nun nicht mehr auf einen wiedervereinten Gesamtstaat bezogen wurden, sondern auf die Bundesrepublik, wie sie real bestand. In ihren gesellschafts– und innenpolitischen Forderungen hatte die Partei diesen Ansatz immer schon akzeptiert. Denn alles was man an Grundsatzentscheidungen für den westdeutschen Staat mitzuverantworten bereit war, sollte so ausfallen, daß es zugleich auch von der Bevölkerung der DDR als beispieldhaft und anziehend angesehen würde und bei einer Wiedervereinigung beibehalten werden konnte. Im übrigen war die Bundesrepublik ein Provisorium, wie im Zweifelsfall ein Blick ins Grundgesetz lehrte. Außenpolitik konnte also überhaupt nur in dem Sinn stattfinden, daß sie alles ihr mögliche unternahm, die Teilung Deutschlands zu beenden. Und Sicherheitspolitik galt gewissermaßen als ein Widerspruch in sich, weil die Bundesrepublik ja gerade nicht sicher, dauerhaft, endgültig zu werden hatte. So stellte sich das Politikverständnis dar, von dem aus die veränderte Situation ein gründliches Umdenken erzwang. Kategorien der Sicherheit nach außen am vorhandenen politischen System zu orientieren und ein Gesamtkonzept zu entwerfen, war zwar ein neues, aber unabwiesbares Erfordernis, wollte sich die SPD nach dem Schei-

tern ihres deutschlandpolitischen Hauptzieles nicht aus der deutschen Politik überhaupt zurückziehen. Das schloß ein, sich auf die vorhandenen, wenn auch gegen ihren Willen geschaffenen Institutionen einzustellen, konkret: die Bundeswehr, die NATO und die Vertragsbindung zwischen beiden anzuerkennen.

Im Ergebnis führte die schrittweise Neubestimmung der sozialdemokratischen Auffassungen in diesem Politikbereich zu einer gleitenden Verringerung des Abstandes zwischen den Positionen der SPD und der CDU. Während der Großen Koalition (1966–1969) waren die Differenzen am geringsten, sie nahmen anschließend wieder zu. Ein Vergleich gegenwärtig geltender Programmaussagen und grundsätzlicher Stellungnahmen der drei Bundestagsparteien ergibt einen Gemeinschaftsbestand allseitig geteilter sicherheitspolitischer Lageeinschätzungen, der sich ungefähr in folgenden Punkten ausdrückt:

1. Die Sicherheit der Bundesrepublik erfordert die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa.
2. Dazu dient eine defensive Strategie glaubhafter Abschreckung.
3. Sollte die Abschreckung versagen, muß die Fähigkeit zur militärischen Verteidigung auf einem angemessenen hohen Stand gewährleistet sein.
4. Abschreckung und Verteidigung werden am wirksamsten im Rahmen der NATO organisiert.
5. Darum sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Bündnispartner der Bundesrepublik.

Der Katalog enthält nicht eben weltbewegende Einsichten. Immerhin erlaubt er einige aufschlußreiche Feststellungen. Zum einen ist das Ausmaß an Gemeinsamkeit verhältnismäßig groß, größer jedenfalls als zwischen Regierungen und Oppositionen anderer europäischer Länder, und der Grad an Übereinstimmung berechtigt, von einem stabilen sicherheitspolitischen Grundkonsens zu sprechen, der nur von den Rändern der Parteien her vorsichtig in Frage gestellt wird, mit bisher mäßigem Erfolg. Andererseits wäre die Annahme irrig, in Fragen äußerer Sicherheit bestehe die Große Koalition praktisch fort. Dazu sind die Lücken in dem Katalog der unstrittigen Auffassungen zu auffällig. So herrscht z. B. kein Einvernehmen über die Bedeutung der Entspannung für die Sicherheit der Bundesrepublik. Ebenso wenig stimmen die Ansichten über den Zusammenhang von Sicherheit und den Bemühungen, militärische Rüstung durch internationale Vereinbarungen zu begrenzen und herabzusetzen, überein. Schließlich fehlt es auch an Einheitlichkeit bei der Beurteilung, von welcher Art und welchem Umfang die Bedrohung ist, die Westdeutschlands Sicherheit zur Zeit gefährdet. Entlang der Problemlinie Bedrohung–Entspannung–Abrüstung, die das Sicherheitskonzept der SPD und das der Unionsparteien heute trennt, liegen aber gerade die Aufgaben, an deren Lösung sich entscheiden wird, ob und wie das Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik langfristig mit den Erfordernissen europäischer Sicherheit in Einklang zu bringen ist.

Sicherheitspolitik – für wen, wie, womit?

Jede Urteilsbildung in sicherheitspolitischen Fragen und folglich auch die Einschätzung einer bestimmten Sicherheitspolitik steht und fällt mit dem Begriff von Sicherheit, der ihr zugrundeliegt. Nicht zufällig ist das ein wenig diskutiertes Thema. Internationale Konfliktbeziehungen finden in der Öffentlichkeit im allgemeinen einen hohen Aufmerksamkeitsgrad, der noch steigt, wenn die Gefahr einer gewaltsamen Austragung besteht, und der kollektive Ängste auslöst, wenn das eigene Land davon betroffen werden könnte. Eine zuverlässige Beurteilung von Gefahrenlagen verlangt aber Kenntnisse politischer und militärstrategischer Zusammenhänge, über die nicht jedermann ohne weiteres verfügt. Darin liegt die Chance der Experten. Politiker und Militärs, die sich gern in dieser Rolle sehen, begnügen sich selten mit der nackten Analyse der Situation, sie sagen auch, was im konkreten Fall die nationale Sicherheit erfordert oder verbietet. Worin nationale Sicherheit besteht, erscheint indessen als zu selbstverständlich, um eigens erläutert zu werden. Unversehens gerät auf diese Weise politisch-strategische Analysefähigkeit zum Definitionsmonopol für Sicherheit. Das Sicherheitsziel genießt im gesellschaftlichen Bewußtsein einen so hohen Rang, daß Handlungsvorschläge, die sich darauf zu berufen verstehen, leichter allgemeine Billigung finden. Die Aussicht würde durch eine allzu detaillierte Erörterung des unterlegten Sicherheitsverständnisses nur geschmälert. Darum fehlt der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung zumeist die sicherheitstheoretische Dimension. Der Bürger hingegen hat ein Interesse, genau zu erfahren, welches Sicherheitskonzept die Außenpolitik seines Landes trägt. Denn in demokratischer Willensbildung die gesellschaftlichen Grundwertentscheidungen zu treffen, ist sein ureigenes Recht und nicht ein Expertenprivileg. Dafür ist er zuständig und ausreichend sachkompetent zugleich. Um grob mißbräuchliche Verwendungen des Sicherheitsarguments erkennen zu können, genügen einige elementare Überlegungen.

Zunächst ist unmittelbar einsichtig, daß nicht jedes Interesse, das eine staatlich organisierte Gesellschaft nach außen verfolgt, auch ein Sicherheitsinteresse ist. Politische Ziele eines Staates mögen, wenn sie scheitern, seine Macht, seinen Wohlstand, sein Prestige beeinträchtigen, nicht aber damit automatisch seine Sicherheit. Sicherheitspolitik hat also einen engeren Wertbereich zum Gegenstand als Außenpolitik generell. Ein zweites Moment von Sicherheit, das gleichfalls schon im allgemeinen Begriffsverständnis enthalten ist, betrifft die Charakteristik eines defensiven Ziels. Es muß deutlich auf Abwehr einer möglichen Gefährdung des (zu Recht) Bestehenden gerichtet sein. Wenn sich strenggenommen nur sichern läßt, was bereits vorhanden ist, wird das Sicherheitsargument durch den in seinem Namen erhobenen offensiven Anspruch, z. B. auf territoriale Expansion, stets diskreditiert. Eine weitere Folgerung ergibt sich aus der demokratietheoretischen Bindung des Staatszwecks an das Wohl der Bürger. Sicherheit der Bundesrepublik ober- oder außerhalb der Sicherheit der Bürger der Bundesrepublik kann es danach nicht geben.

In diesen Eingrenzungen sollte es möglich sein, den engeren Gestaltungsbereich von Sicherheitspolitik genauer zu bestimmen. Welches sind die Werte, die außenpolitische Sicherheit inhaltlich definieren? Ausgehend von einem unterstellten Gesamtinteresse der Gesellschaft, in dem gleichwohl das unmittelbare Interesse jedes einzelnen Gesell-

schaftsmitgliedes noch konkret sich ausdrückt, ist an erster Stelle die Sicherung der physischen Fortexistenz zu nennen. Ohne eine stabile Überlebensgarantie wäre individuelles wie kollektives Zukunftshandeln ohne Sinn. Darin allerdings kann sich das Sicherheitsinteresse noch nicht erschöpfen. Die Selbstbehauptung in zwischengesellschaftlichen Beziehungen setzt auch die Fähigkeit zu einer von feindlicher Außenintervention freien politischen Selbstbestimmung voraus. Das Attribut 'feindlich' soll verdeutlichen, daß nicht an ein juristisches Autonomie-Ideal gedacht ist, das die faktischen Einschränkungen der Entscheidungsfreiheit jedes politischen Systems durch die Einflußmacht seiner Umwelt oder den Verlust an Unabhängigkeit, den auch freiwillig eingegangene Integrationsbindungen mit sich bringen, übersieht. Wohl aber wird auf die Abwesenheit eines durch Pressuren oder Gewaltdrohung aufgezwungenen Fremdwillens abgestellt. Gewiß sind mit diesen beiden Anliegen – physische Existenzerhaltung und politische Selbstorganisation – die Interessen, die ein Staat außenpolitisch durchzusetzen versucht, auch nicht annähernd vollständig beschrieben. Die Unterscheidung der lebenswichtigen von nicht lebenswichtigen Zielen erlaubt aber, den Kernbereich äußerer Sicherheit deutlicher zu markieren. Das ist eine notwendige Voraussetzung, um der Inanspruchnahme von Sicherheitserwägungen zur Rechtfertigung jedweder Politik vorzubeugen und um Sicherheitspolitik der öffentlichen Beurteilung und Kontrolle zugänglich zu machen.

Neben dieser Binnenwirkung hat die Beschränkung des Sicherheitskonzepts auf nur zwei zentrale Wertbezüge noch eine weitere Funktion, die nach außen zielt und von vermutlich größerer Bedeutung sein dürfte. Sie gibt der Sicherheitspolitik eine strikt defensive Ausrichtung, die verhindert, daß die so begriffene Sicherheit eines Landes in Widerspruch gerät zur Sicherheit irgendeines anderen Landes. Sicherheit und Frieden, frei von Überschätzung des vorerst Möglichen, als Gewaltlosigkeit des Verkehrs zwischen Staaten verstanden, sind dann miteinander vereinbare Maximen ein und derselben Politik, die ihrer Glaubwürdigkeit zugutekommen. Das Völkerrecht und die im Prinzip weithin anerkannten Normen internationaler Moral billigen den Einsatz militärischer Macht zu einem einzigen Zweck, der Verteidigung, und zu keinem sonst. Es ist nicht nur eine rechtliche und moralische Frage, sondern das Gebot praktischer Vernunft, diese Handlungsschranke auf das sorgfältigste zu respektieren. Für ein Land im Ballungszentrum militärischer Hochrüstung wäre selbst ein Minimal-konzept äußerer Sicherheit nicht mehr gewährleistet, wenn es mißlingen sollte, Konflikte, an denen es beteiligt ist, unterhalb der Gewaltschwelle zu kontrollieren. Der wichtigste friedenspolitische Beitrag zur Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit, den es leisten kann, besteht darin, den für sich behaupteten Sicherheitsanspruch nicht weiter auszudehnen, als bis zu jenem Maß an Sicherheit, das es auch dem außenpolitischen Kontrahenten zugesteht. Unversehrt und politische Autonomie sind für den Konfliktgegner von nicht minder vitalem Interesse.

Natürlich verbürgt ein Programm überlegter Selbstbeschränkung allein nicht den Erfolg der Sicherheitspolitik. Hinzukommen muß eine Wirklichkeitskonfor-

me Risikoanalyse und die Abstimmung sicherheitspolitischer Ziele und Mittel. Grundsätzlich kann Sicherheit nach außen auf zweierlei Weise angestrebt werden: durch Vorkehrungen zur Abwehr von Gefahren, aber auch schon eine Ebene niedriger durch mäßigendes Einwirken auf Situationen, die Gefahren bergen. Die beiden Verfahrensweisen gleichen den therapeutischen Methoden des Kurierens und Vorbeugens. Die erste will dem Übel begegnen, wenn es auftritt, die zweite verhindern, daß es auftritt. Auf das Feld der internationalen Politik übertragen sind ihre Mittel im ersten Fall Bündnisse, Rüstungen und militärische Macht, im zweiten Fall Diplomatie, Kooperation und Entspannung. Welche Methode des Sicherheitserwerbs den Vorzug verdient, berührt den schwierigsten Teil strategischer Politikanalyse überhaupt, die Lagebeurteilung. Die Frage ist, mit welchem Gegner man es zu tun hat, welche Absichten er hegt und über welche Mittel er verfügt. Hier endet zunächst die Gestaltbarkeit der Sicherheitspolitik aus eigenem Vermögen. Die Mehrstelligkeit internationaler Konfliktbeziehungen nötigt zum Reagieren auf dem Boden prinzipiell ungewisser Entscheidungsgrundlagen, weil Erkenntnisse über künftiges Verhalten anderer Akteure nicht mit gleicher Zuverlässigkeit zu ermitteln sind. Deshalb ist die Bedrohungseinschätzung in sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen in der Regel am heftigsten umstritten und am stärksten von Spekulation und Polemik durchsetzt. Dennoch könnte auch dieser Bereich rationaler Diskussion zugänglicher werden, wenn zwischen Handelnden und Kontrollierenden die ungleiche Verteilung von Informationen aufgehoben oder zumindest gemildert würde.

Unabhängig vom Grad einer aktuellen Gefährdung lassen sich die verschiedenen Wirkungsmechanismen der beiden Sicherheitsstrategien in allgemeiner Form vergleichen und bewerten. Ein Staat, der, um einer Bedrohung von außen zu begegnen, seinen Rüstungsstand erhöht, erzielt damit zunächst einen bestimmten Zuwachs an Sicherheit. Auf den gemeinten Gegner wirkt dieses Ergebnis jedoch gegenteilig, nämlich verunsichernd, und veranlaßt ihn gleichfalls zu gesteigerten Rüstungsanstrengungen. Möglicherweise heben sich beide Aufrüstungsschritte auf, so daß kein neues Stärkeverhältnis entsteht. Dennoch entspricht die Situation nicht mehr der Ausgangslage. Geht man davon aus, daß ein konkreter politischer Konflikt die Drohsituation verursacht hatte, die zum Anlaß der Rüstungseskalation wurde, so ist der Konflikt zwar ebenso ungelöst wie zu Anfang, aber das politische Klima zwischen den Kontrahenten hat sich verschlechtert und die Bedrohungsbeziehung verschärft, was einer Sicherheitsminderung für beide Seiten gleichkommt. Die auf eine wahrgenommene Herausforderung erteilte Antwort bewirkte das Gegenteil dessen, was sie bezweckte: die Position des zuerst aufrüstenden Staates ist nicht sicherer, sondern unsicherer geworden, woran nichts ändert, daß für seinen Gegner dasselbe gilt. Eben diesen Effekt vermeidet die kooperative Verfahrensweise. Ein Konflikt zwischen Staaten, der, wenn schon nicht beigelegt, so doch wenigstens entschärft wird, indem sich beide Seiten z.B. darüber verständigen, ihn nicht gewaltsam auszutragen, verliert als Ursache von Bedrohung und Gegenbedrohung an Gewicht. Die Sicherheitserträge, die beide Seiten daraus ziehen, sind gleichgroß und stehen nicht, wie im ersten Fall, in umgekehrtem Verhältnis zueinander.

Zwar erscheint nach heutigem Kenntnisstand höchst zweifelhaft, ob die Hauptverantwortung für die Fortsetzung des internationalen Rüstungswettlaufs ein kalkuliertes wechselseitiges Agieren und Reagieren trägt, oder ob nicht vielmehr von innenpoliti-

schen Interessenkoalitionen maßgebende rüstungspolitische Antriebe ausgehen. Fest steht, daß nirgendwo in der Welt der nationale Militäraufwand ander als mit Erfordernissen äußerer Sicherheit begründet wird, und ebenso unbezweifelbar hat in keinem Land der Welt und in keinem gesellschaftlichen System dieses ihr traditionelles Rechtfertigungsschema die Regierenden je die Regierungsmacht gekostet. Um so nötiger ist, den grundsätzlichen Zusammenhang von Sicherheit und Rüstung einerseits und Sicherheit und Entspannung andererseits zu verdeutlichen, um die Unerläßlichkeit einer Korrektur des herrschenden, grotesk einseitigen Sicherheitsverständnisses zu unterstreichen. Militärische und militärpolitische Komponenten der Sicherheit werden noch weitestgehend mit Sicherheit selbst gleichgesetzt, während Sicherheit und Entspannung als Gegensätze gelten, wie u.a. die gängige Auffassung bezeugt, Entspannung sei nützlich, aber nur insoweit sie die Sicherheit nicht beeinträchtigt. Es heißt nicht einem unkritischen Abrüstungsüberschwang das Wort reden oder glauben machen, man müsse bisher praktizierte Strategien nur umkehren, um den Schlüssel zur Lösung des europäischen Sicherheitsproblems in der Hand zu halten, wenn die auch in der Bundesrepublik noch verbreitete Militarisation des Sicherheitsdenkens als Rückstand der Denkgewohnheiten des Kalten Krieges kenntlich gemacht wird, deren Überwindung überfällig ist. Auch darin liegt eine Herausforderung an das Problembewußtsein und den Reifegrad aktueller Sicherheitspolitik.

Abschreckung und Verteidigung im atlantischen Rahmen

Die SPD führte sich in ihrer neuen Zuständigkeit für die Militärpolitik der Bundesrepublik in der sozialliberalen Koalition mit einer informationspolitischen Neuerung ein. Sie veröffentlichte ein Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik als umfassende Bestandsaufnahme, Standortbestimmung, Programm und Maßnahmenkatalog in einem. Der Schritt konnte als ein Signal verstanden werden. Erstmals versah eine Regierung die Öffentlichkeit mit einem Gesamtüberblick über ihre Ziele und Planungen aus einem Ressort, aus dem bis dahin mehr Propaganda als Information gedrungen war. Dem ersten Weißbuch folgten weitere als periodische Rechenschaftslegung in zweijährigem Abstand. Sie sind an Vielfalt und Vollständigkeit dem jährlich erscheinenden *white paper* in England und dem bisher erst einmal veröffentlichten *livre blanc* in Frankreich überlegen, obgleich sie ebenfalls eine Parteimeinung, nämlich die des Regierungslagers, zu vertreten haben. Dennoch konnten sie eine breite öffentliche Diskussion über die westdeutsche Sicherheitspolitik nicht auslösen.

Das liegt einmal am Desinteresse des überwiegenden Teils der Bevölkerung. Die Bundeswehr als Organisation ist akzeptiert. Die öffentliche Einstellung ihr gegenüber schwankt zwischen Gleichgültigkeit und verhaltenem Wohlwollen. Emotionen wecken allenfalls noch politische Affären um hohe Offiziere. Ohne persönliche Betroffenheit, ohne die Reibung an vorhandenen Institutionen läßt sich Aufmerksamkeit für die abstrakteren Fragen nach dem Zweck dieser Einrichtungen und ihre Tauglichkeit offenbar nicht herstellen. Zweitens fehlt es an einer orga-

nisierten Gegenöffentlichkeit. Die außerparlamentarische Opposition aus pazifistischer Grundeinstellung gibt es zwar in Gestalt der Verbände der Kriegsdienstgegner, aber ihr Einfluß geht zurück, seit die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer bevorsteht. Drittens hat die politische Spitze der Streitkräfte die Probe aufs Exempel ihrer Kritikoffenheit nicht bestanden. Als die Forschergruppe um Carl Friedrich von Weizsäcker ihre profunde Kriegsfolgenstudie veröffentlichte oder die Autoren des Anti-Weißbuchs die offizielle Militärpolitik attackierten, erschöpfte sich die Antwort des Verteidigungsministeriums in Schweigen bzw. groben Anwürfen. Dies läßt den Verdacht aufkommen, mit der Herausgabe der Weißbücher verbindet sich doch stärker die Absicht der Sympathiewerbung bei solchen Zielgruppen, die, wie z. B. Journalisten und Lehrer, für eine sachliche Berichtsform aufgeschlossen sind, als die Vorstellung von Aufklärung, die aus Kritik und Gegenkritik entsteht. Dabei hätte ja das Ministerium, wäre es auf die Herausforderung zur Grundsatzdebatte eingegangen, nicht ohne Argumente dagestanden.

Der Amtswechsel auf der Hardthöhe vom Christdemokraten Schröder zum Sozialdemokraten Schmidt vollzog sich bemerkenswert bruchlos, wenn man bedenkt, daß sich das Bild der führenden Militärs über die Sozialdemokratie in den Turbulenzen des Remilitarisierungstreits geprägt haben dürfte. Anzeichen einer Loyalitätskrise waren jedoch nicht einmal andeutungsweise zu spüren. Dazu mag beigetragen haben, daß die Unionsparteien in der Auswahl ihrer Verteidigungsminister keine übermäßig glückliche Hand hatten, während Helmut Schmidt der Ruf eines militärpolitischen Fachmannes vorausging, mit offenem Ohr für die Anliegen der Soldaten und einem skeptischen Verhältnis zur Ministerialbürokratie. Die neue politische Führung setzte einen wahren Reformwirbel in Gang, der die Bundeswehr in verschiedenen Teilgebieten gründlich umbaute. Reorganisiert wurden u. a. der Bildungs- und Ausbildungssektor, die Truppengliederung und das Beschaffungswesen. Daß ein Reformvorhaben so weit in den zivilen gesellschaftlichen Bereich übergriff wie die umkämpfte Errichtung der Bundeswehrhochschulen, blieb die Ausnahme. Gemeinsamer Nenner aller organisatorischen Veränderungen war das Ziel größerer Effizienz der Streitkräfte und des militärischen Apparats bei in den Grundzügen unveränderter Aufgabenstellung, ein Programm, das Anklang fand, um so mehr, als es Erfolge zeitigte.

Die Bundeswehr konnte also mit ihrem sozialdemokratischen Minister zufrieden sein. Konnten es auch die Sozialdemokraten mit ihrem Bundeswehrminister? Wer vom Regierungswechsel 1969 eine einschneidende Umorientierung der westdeutschen Militärpolitik erwartete, vielleicht die Rückkehr zu den Positionen der frühen SPD, hatte die Entwicklung der grundsätzlichen Aussagen der Partei im vorangegangenen Jahrzehnt verschlafen. Die neuen sicherheitspolitischen Akzente der Koalition, die tatsächlich und mit Nachdruck gesetzt wurden, betrafen jedenfalls nicht das Bündnis, die Verteidigungsplanung und die Rüstung. Hier hatte die Parteiführung längst die Grundsachverhalte, von denen die Lage der Bundesrepublik nach außen bestimmt wurde, zur Kenntnis genommen und in ihre Politik eingearbeitet: daß der Konflikt zwischen Ost und West andauert; daß Europa sein wichtigster Schauplatz ist; daß militärische Macht, als Druckmittel unterhalten und eingesetzt, eine unvermindert große Rolle spielt; daß die Bundesrepublik zur Sowjetunion und zur DDR in einem ungleich

brisanteren Konfliktverhältnis steht als beispielsweise Dänemark zu Bulgarien; daß die Bundesrepublik weder auf sich gestellt noch mit Unterstützung ihrer westeuropäischen Bündnispartner im Angriffsfall über ausreichende Mittel zur Selbstverteidigung verfügt.

Diesen Sachverhalten ist gemeinsam, daß sie allesamt bestehen, ob eine deutsche Bundesregierung es nun will oder nicht. Sie sind ihr vorgegeben und durch sie allein nicht zu verändern, allenfalls zu beeinflussen, aber auch dies nicht kurzfristig und durchgreifend. Gefragt werden bei einem Regierungswechsel kann so sinnvollerweise nur nach etwaigen Modifikationen der Reaktionsweise auf die vorgezeichneten Handlungsbedingungen. Die SPD-FDP-Koalition übernahm von ihren Vorgängerinnen die Grundentscheidung für einen starken deutschen Militärbeitrag in der amerikanisch geführten atlantischen Allianz. Sie zog damit die gewohnten NATO-Spannungen über die strategische Doktrin und die atomare Mitwirkung, über Stationierungskosten und Devisenausgleich auf sich. Sie setzte sich ab von der bei Teilen der Opposition geschätzten Idee einer europäischen Verteidigung, in der noch die alte CDU-Kontroverse zwischen 'Atlantikern' und 'Gaullisten' nachklingt. Sie mußte hinnehmen, daß die überkommenen Fragen nach dem Nutzen der deutschen NATO-Mitgliedschaft weiter offen blieben: Wird die Bundeswehr als integrierte Bündnisarmee so, wie sie ausgebildet, gegliedert und bewaffnet ist, ihrem Sicherheitsauftrag gerecht? Kann sie, wenn sie kämpfen muß, schützen, was sie verteidigen soll? Liegt die strategische Abhängigkeit von Amerika im deutschen Interesse? Sichert die amerikanische Abschreckungsmacht den deutschen Alliierten vor politischer Erpressung oder verstrickt sie ihn in die Unabwägbarkeiten des nuklearen Pokers zwischen den Weltmächten?

Viele skeptische Antworten, die darauf gegeben wurden, sind zwingend. Viele verlieren auch an Überzeugungskraft, wenn sie aus dem Blickwinkel möglicher Alternativen überprüft werden. Fast alle stützen sich auf notgedrungen brüchige Beweisverfahren. Daß in Europa kein Krieg stattgefunden hat, seitdem die NATO besteht, ist als Tatsachenfeststellung korrekt, als Ursachenerklärung nicht, weil sich nicht widerlegen läßt, daß dieses selbe Ergebnis auch ohne die NATO eingetreten wäre. Nicht anders verhält es sich mit der Beurteilbarkeit der Abschreckungswirkung nuklearer Waffen.

Dennoch hat es in der Geschichte des Kalten Krieges immer wieder Situationen gegeben, die den Nebel um die Funktionsweise von Abschreckungspolitik lichteteten und ihren Einfluß mit Händen greifen ließen. Das für die europäische Konfliktszene und die darin eingeschlossene deutsche Frage instruktivste Beispiel war das Berlin-Problem. Man muß sich die Bedeutung dieses Dauerstreitobjekts für die beteiligten Staaten veranschaulichen. Für die DDR war Westberlin immer mehr als nur ein Ärgernis. Welcher Staat hat sich schon mit einer Enklave abzufinden, inmitten des eigenen Territoriums gelegen und dazu noch die Landeshauptstadt halbierend, in der eine entgegengesetzte politische Ordnung herrscht, von der aus Rundfunk- und Fernsehprogramme in das Land strahlen, für die besondere Straßen und Schienenwege, Wasser- und Luftverbindungen

durch das Staatsgebiet zu dulden sind und die man schließlich einmauern muß, um das heimliche Entweichen der eigenen Bevölkerung zu unterbinden. Das Interesse eines noch ungefestigten Staatswesens wie auch seiner Schutzmacht, diesen lästigen Fremdkörper politisch in den Griff und unter Kontrolle zu bekommen, liegt auf der Hand. Ebenso offenkundig war das Interesse der Westmächte an diesem Außenposten. Auch ihnen erschien Berlin als eine Last, strategisch ohne Wert und militärisch nicht zu halten, aber gleichzeitig war es schlechterdings unverzichtbar aus Gründen der Selbstachtung und politischen Glaubwürdigkeit. An keinem Platz der Welt, an dem der Westen sich machtpolitisch engagiert hatte, geschah dies in so deutlichem Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung. Ob des Selbstbestimmungsrechts der zwei Millionen Westberliner wegen im Ernstfall das Leben von zwanzig oder dreißig Millionen Amerikanern aufs Spiel gesetzt werden würde, darüber haben Chruschtschow und andere sowjetische Staatsmänner während der Berlin-Krise zwischen 1958 und 1961 zu wiederholten Malen laut nachgedacht. Niemand wird feststellen können, wie die Frage in Washington wirklich entschieden worden wäre. Welche Vorstellungen man sich aber in Moskau über die Verlässlichkeit einer Abschätzung der amerikanischen Entscheidung bildete, darauf sind Rückschlüsse von einiger Gewißheit möglich. Trotz unablässiger Ankündigung wurde keine "entmilitarisierte Freie Stadt" und keine "selbständige politische Einheit Westberlin" einseitig ins Werk gesetzt. Daraus läßt sich folgern, daß die sowjetische Führung die Ernsthaftigkeit des westlichen Entschlusses, den status quo in Berlin mit hohem Mitteleinsatz zu erhalten, nicht ausschließen zu können glaubte. Nichts anderes als diese Ungewißheit zu institutionalisieren, die von riskanten Unternehmungen abhält, ist der erklärte Sinn von Abschreckungspolitik.

Europäische Sicherheit durch Entspannung in Europa

Die Bekräftigung der Bündnistreue und des Prinzips der militärischen Verteidigung war das eine, weniger spektakuläre und zu erwartende Element des Sicherheitskonzepts der SPD als Regierungspartei. Es wurde aber ergänzt durch ein zweites, wichtigeres, da es das amtliche Sicherheitsdenken in der Bundesrepublik auf eine veränderte Grundlage stellte. Fortan sollten die Erhaltung einer ausreichenden Verteidigungsfähigkeit und der Abbau der Spannungen in Europa die beiden Seiten ein und derselben Sicherheitspolitik sein. Was war daran neu? Nicht die Entdeckung des Entspannungsbegriffs für das politische Tagesvokabular. Davon wurde auch vorher reichlich Gebrauch gemacht. Auch nicht die für sich genommen selbstverständliche Erkenntnis, daß gegen eine Gefahr zweierlei hilft, nämlich die Organisation des Schutzes und die Minderung der Gefahr selbst. Neu war, an dieser Einsicht die Bestimmung des Sicherheitsinteresses der Bundesrepublik zu revidieren. Die Regierungserklärung von 1969 stellte das Bemühen um westliche Verteidigungsfähigkeit und um gesamteuropäische Rüstungsbegrenzung nebeneinander. Wenige Monate zuvor waren die Gewichte noch ganz anders verteilt. Sicherheit ruhte nur auf einem Pfeiler, dem bündnispolitischen, aber dieser hatte zwei Ziele zu stützen, von denen das eine, die westdeutsche Unabhängigkeit, ein echtes Sicherheitsziel war, während das andere, die Förderung der

Wiedervereinigung, im Grunde offensiven Charakter trug.

Das neue Konzept der SPD bedeutete in der Praxis die Entkoppelung von Sicherheitsziel und Deutschlandfrage. Aus ihm spricht die Interessendefinition eines außenpolitisch befriedeten Staates, der an das internationale System, dem er angehört, keine Ansprüche stellt, die nur zulasten vitaler Interessen anderer Mitglieder des Systems erfüllt werden können. Solange die Bundesrepublik die Änderung der europäischen Nachkriegsordnung betrieb, also während der längsten Zeit ihrer Geschichte, befand sie sich zur gesamteuropäischen Entspannungsentwicklung im Gegensatz. Ihre Existenz, ihre rechtliche Souveränität, ihre politische und wirtschaftliche Stellung im westlichen Lager verdankt sie im wesentlichen der Schärfe des Ost-West-Konflikts, und desgleichen bedurfte sie zur Verfolgung ihres ostpolitischen Hauptzieles, der territorialen Abrundung um das Gebiet der DDR, der Aufrechterhaltung, nicht des Abbaus der internationalen Spannung. Erst der Übergang zu einer Anerkennung des status quo in Europa versöhnte im Zielkatalog der westdeutschen Außenpolitik die Anliegen der Sicherheit und der Entspannung. Bis dahin hatte das hemmende, durch die Devise, Entspannung setze die Beseitigung von Spannungsursachen voraus, unbewegliche Bonner Entspannungsverständnis vor allem die Westmächte an das Junktim von Deutschland-Forderungen und Abrüstungs-Zugeständnissen binden sollen. Die Auflösung des Junktims räumte das Deutschlandproblem als Spannungshindernis aus dem Weg und hob die Unvereinbarkeit des westdeutschen Sicherheitskonzepts mit der Idee einer auf Konfliktkontrolle und Zusammenarbeit gegründeten Sicherheitsordnung in Europa auf.

Die Wegsteine auf diesem Kurs waren die Verträge von Moskau und Warschau und der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten. Sie befreiten die DDR aus dem Bann der internationalen Nichtanerkennung. Sie entliesen die Bundesrepublik aus der Rolle des einzigen europäischen Staates, der Grenzveränderungen anstrebte – vom Sonderproblem Irlands einmal abgesehen. Die östliche Gegenleistung in Berlin schloß, über die vom Westen zur Zeit der akuten Krise formulierten Mindestbedingungen hinausgehend, die sowjetische Garantie der Verkehrswege, die Bindung Berlins an die Bundesrepublik, die Außenvertretung durch den Bund und private Besuchsmöglichkeiten für Westberliner in der DDR ein. In allen wichtigen Bestimmungen des Vertragssystems wurde die Erfüllung existenzieller Forderungen, die eine Seite der anderen kraft herrschender Machtlage verweigern konnte, durch die Rücknahme von Machtpositionen freigegeben, wurden schwelende und jederzeit zu kollektiver Gewaltsamkeit entflammbare Interessenkonflikte in ausgehandelte Regelungen überführt, wurde Konfrontation in Kooperation gewandelt. Es gibt sehr verschiedene und manche eigenwilligen Interpretationen der Gründe für diesen bisher greifbarsten Entspannungserfolg in Europa. Mit dem Verdienst der Urheber-schaft bedacht werden so unterschiedliche Gegebenheiten wie die überlegene militärische Kraft des sozialistischen Lagers oder das wohlerkannte Interesse 'fortschrittlicher Kapitalfraktionen' in Westdeutschland. Da es an Raum mangelt, hier eine differenzierende Argumentation auszubreiten, darf es bei der be-

gründeten Vermutung belassen werden, daß der Ausgang der Bundestagswahl von 1969 ein mitbedingender Umstand von einigem Gewicht gewesen ist.

Seit Abschluß der ersten großen ostpolitischen Vertragsrunde ist ein halbes Jahrzehnt vergangen. Nicht jedes Jahr gibt Gelegenheit zu Übereinkünften vergleichbarer Tragweite. Was heißt inzwischen Entspannung jenseits der lauten Schlagzeilen? Es heißt z. B., daß die deutsche Frage nicht aufgehört hat, zu beunruhigen. Sie stellt den Musterfall eines geregelten, aber nicht gelösten Konflikts dar, und sie wird ein politisches Problem, auch eines der europäischen Sicherheit, bleiben, solange die Menschen, die von ihr betroffen sind, sie als Problem begreifen. Es heißt aber auch, daß die Sprache des Kalten Krieges, von untypischen Ausnahmen abgesehen, aus der westdeutschen Politik verschwunden ist. Wer daran zweifelt, mag sich die Mühe machen, nachzulesen, in welchem Stil und mit welchem Vokabular in den fünfziger und frühen sechziger Jahren von der Sowjetunion, der DDR, dem kommunistischen Lager zu sprechen und zu schreiben an der Tagesordnung war. SPD und Bundesregierung haben ihren Teil zu diesem Wandel beigetragen. Dazu gehört der schrittweise Abbau eines offiziellen Feindbildes, wie es die in den Weißbüchern von Ausgabe zu Ausgabe abgeschwächten Bedrohungsvorstellungen dokumentieren. Entwarf noch die erste Fassung (1970) eine ganze Liste denkmöglicher Gefährdungssituationen, so begnügte sich die zweite Folge (1971/72) mit der lakonischen Feststellung, die militärische Bedrohung bestehe fort, während die dritte Ausgabe (1973/74) die formelle Absage an ein Feindbild überhaupt erklärte. Das jüngste Weißbuch (1975/76) schließlich liest sich in diesem Punkt wie ein neutrales militärtechnisches Handbuch. Der Ausdruck 'Bedrohung' erscheint nur noch als Überschrift zu den Angaben über Stärke und Ausstattung der Streitkräfte des Warschauer Pakts. Jegliche Andeutung einer feindlichen Absicht unterbleibt, so daß der Vorwurf der Unterstellung oder Stimmungsmache, und was wären Mutmaßungen über Angriffsabsichten sonst, ins Leere geht, während gleichzeitig die Entwicklung in der Militärliteratur der DDR die genau gegenläufige Richtung nimmt zu wahlloser Verdächtigung in sich steigender Militanz.

Daraus ergibt sich die Frage nach der objektiven Grenze des durch Entspannung wechselweise erzielbaren Sicherheitsgewinns bei sichtlich ungleicher Entspannungsfähigkeit beiderseits der Scheidelinie zwischen den Systemen in Europa. Der Vorzug kooperativer gegenüber konfrontativen Formen der Sicherheitspolitik erwächst aus der Gleichverteilung des Nutzens. Sowenig sich eine Seite Vorteile auf Kosten der anderen verschaffen kann, sowenig vermag sie aber auch Entspannung einseitig zu erzwingen. Gegen die im Westen übliche Praxis militärischer Stärkevergleiche ist zu Recht eingewandt worden, daß sie allein noch keine Bedrohungseinschätzung erlaube. Waffen sind willenlose Werkzeuge. Sie werden zu Tötungsmaschinen erst durch Menschen. Umso brennender interessiert diejenigen, auf die Waffen gerichtet sind, in welchem Geist die Menschen, die sie bedienen sollen, ausgebildet und beeinflusst werden. Feindbilder, sagen die Sozialpsychologen, sollen die Gefolgschaftsbereitschaft gegenüber der politischen Führung erhöhen. Hätte es damit sein Bewenden, könnten sie für die Analyse zwischenstaatlicher Beziehungen außer Betracht bleiben. Offenbar setzt aber die Feindschaftsideologie, auf die politische Führungen angewiesen zu sein glauben, auch

das Maß ihrer Entspannungsfähigkeit nach außen und damit das Maß der mittels Entspannung zu bewirkenden Sicherheit.

Der von Propaganda unverstellte Blick auf die Wirklichkeit des Gegensystems ist ein Entspannungsziel, das in den Alltag der Ost-West-Beziehungen erst sehr ungleichmäßig Eingang gefunden hat. Hoffnungen, die in dieser Hinsicht an das Ergebnis der KSZE geknüpft wurden, haben bisher getrogen. Allerdings fehlten Erwartungen eines raschen Klimawechsels im Gefolge von Helsinki auch die solide Grundlage. Hätten die Vorstellungen der osteuropäischen Teilnehmer sich durchgesetzt, wäre dort ein sehr kurzes, im wesentlichen auf die Prinzipien der Grenzgarantien und der Nichteinmischung beschränktes Dokument beschlossen worden. Für die Bundesregierung war die Konferenz kein tragendes Element ihrer europäischen Entspannungsstrategie, zumal die Aspekte militärischer Sicherheit so gut wie ganz ausgespart wurden. Sie gehörte nicht zu den aktivsten Förderern der Konferenzidee, hat aber dann nach Kräften mitgewirkt, die Tagesordnung, die Verhandlungsdauer und den Umfang der Schlußakte beträchtlich auszudehnen. Sie war also entscheidend mitbeteiligt, daß der schließlich verabschiedete Text der 30 000 Worte – wer im Westen hat ihn tatsächlich gelesen? – das Bild einer europäischen Staatenordnung zeichnet, die an Friedfertigkeit und Liberalität kaum Wünsche offen läßt. Politische Ansprüche sind darauf nicht zu gründen, denn die Schlußakte von Helsinki ist eine Absichtserklärung, kein völkerrechtlicher Vertrag. Aber versteckt im Schlußteil steht, daß jeder Teilnehmerstaat die Deklaration "so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht". In diesem unscheinbaren Satz ist, so scheint es heute, die Brisanz des KSZE-Papiers angelegt, seitdem in den osteuropäischen Gesellschaften das wachsende Verlangen erkennbar wird, nicht nur zu erfahren und zu erörtern, sondern auch einzufordern, was die Politiker unterzeichnet haben.

Die Belgrader Bilanzkonferenz könnte darüber leicht zum Tribunal mißraten. Für die SPD haben Brandt und Schmidt vor einer solchen Absicht gewarnt und zur Konzentration auf Ansatzpunkte für eine praktische Fortentwicklung der Entspannung in Europa geraten. Sie werden dafür die Rügen der Opposition zu verschmerzen haben, die das Thema der Menschenrechte in Osteuropa in den Mittelpunkt der Konferenz gestellt sehen möchte, pikanterweise unter Berufung auf eben jenes Dokument, das nicht zu unterzeichnen sie die Bundesregierung am Vorabend von Helsinki aufgefordert hatte. Im Entspannungsinteresse des Westens müßte es liegen, die einzelnen nationalen Diskussionsprozesse über die Grundlagen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in möglicher Selbstorganisation sich vollziehen zu lassen und durch Einwirkung von außen nicht zu erschweren. Der Prinzipienkatalog der KSZE-Schlußakte läßt sich nicht anmahnen, ohne auch den Artikel über die Nichteinmischung in Angelegenheiten, die innerstaatlicher Zuständigkeit anderer Staaten unterliegen, mitzumeinen. Darunter stehen auch die westlichen Unterschriften.

Wichtiger als Helsinki und Belgrad ist Wien

Zu ihrer sicherheitspolitischen Leistungsbilanz seit 1969 zählt die SPD u. a.: die Erhöhung der Mannschaftsstärke der Streitkräfte von 465 000 auf 495 000 Mann, die Aufstockung der Heeresverbände von 33 auf 36 Brigaden, die Steigerung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Verteidigungshaushalts zwischen 1970 und 1976 auf 10,7 Prozent gegenüber 1,8 Prozent in den sechs Jahren zuvor, die Erhöhung der Investitionsausgaben gegenüber dem Betriebskostenanteil im Militäraushalt und die Stärkung der Kampfkraft der Bundeswehr durch gestraffte Ausbildung und verbesserte Ausstattung. All dies ist nach allgemeinem Begriffsverständnis Aufrüstung, daran gibt es nichts zu deuteln, mögen die Fachleute auch viele der getroffenen Einzelmaßnahmen freundlicher als Anpassungs-, Modernisierungs- oder Umrüstung bezeichnen. Wie paßt dazu das neue Konzept von den zwei Säulen der Sicherheit? Wenn Sicherheit auf Verteidigungsfähigkeit einerseits und Bedrohungs-minderung andererseits gründet, muß dann nicht zunehmende Entspannung mit abnehmender Rüstung einhergehen? Die SPD hat einen solchen schematischen Zusammenhang nie hergestellt, und sie hat insbesondere nie einer einseitigen Abrüstung das Wort geredet. Ein Widerspruch zwischen Sicherheitsprogramm und Rüstungspraxis, wie ihn die Kritik von links sieht, bestünde erst, wenn sich zeigen ließe, daß die Bundesrepublik einem internationalen Trend zur Rüstungsbeschränkung entgegen aufrüstete, oder zumindest ihre Möglichkeiten, diesen Trend zu stützen oder herbeizuführen, nicht ausschöpfte. Die Anstrengungen des Warschauer Pakts, sich militärisch zu verstärken mit dem hervorstechenden Merkmal der Massierung sowjetischer Panzerrüstung in Mitteleuropa, lassen sich indessen nicht bestreiten. Der betagte Zirkel: einer des anderen Alibi, ist also in Übung wie eh und je.

Das kleinräumige, hochindustrialisierte, dicht besiedelte Zentraleuropa beherbergt beiderseits der Allianzgrenze den mächtigsten Militäraufmarsch, den die Welt kennt. Den Zustand aufrechtzuerhalten, gar auszubauen, widerspricht so augenfällig jeder Vernunft, daß es nicht eigens begründet werden muß. Abrüstung wird mehr und mehr zur Nagelprobe der Entspannung. Können schon militärische Mittel als Garanten der Sicherheit von heute auf morgen schwer entbehrt werden, so gibt es doch keinen Grund, diese Sicherheit nicht unter geringerem Aufwand, zu niedrigeren Kosten, mit vermindertem Gewaltisiko, international vereinbart und kontrollierbar herzustellen. Darüber ein Abkommen auszuhandeln ist die Wiener Gesprächsrunde über Truppenabbau (MBFR) eingesetzt worden. Sie tagt derweil im fünften Jahr, ohne daß sich irgendetwas Entscheidendes bewegt. Die Meldungen über Beginn und Ende der Sitzungsperioden sind zu routinemäßigen Fünf-Zeilen-Meldungen geschrumpft. In der Sache vermisst die Öffentlichkeit vor allem, daß mit Ausdauer Block-Prinzipien geritten werden. Die Warschauer-Pakt-Staaten wollen nur symmetrische, d. h. zahlen- bzw. verhältnisgleiche Rüstungsminderungen zugestehen. Dies ist der geeignete Grundsatz, ein vorhandenes oder noch eilig anzuhobendes Übergewicht an militärischer Stärke vertraglich zu konservieren. Die Verhandlungsgruppe der NATO hingegen

besteht auf dem Paritäts-Prinzip. Die Landarmeen in Ost und West sollen am Ende gleich groß sein. Ausschlaggebend würde dann die Qualität der Bewaffnung. Nach westlichem Zahlenansatz hätte die NATO ihre Truppenstärke um 77 000 Mann zu verringern, der Warschauer Vertrag die seine um fast das Dreifache, um 225 000 Soldaten.

Es läßt sich ahnen, daß von solchen Positionen aus der realistische Kompromiß noch ein fernes, allzu fernes Verhandlungsziel ist, wenn man es überhaupt als lohnendes Verhandlungsziel ansehen will, die Rüstungen schon auf einem so hohen Niveau einzufrieren. Als Oppositionspartei und während der Großen Koalition hat die SPD auf das Problem der Begrenzung und Herabsetzung der Militärpotentiale in Mitteleuropa besonders große Aufmerksamkeit gewandt und später die Vorbereitungen der Wiener Gespräche aktiv betrieben. Über ihre gegenwärtige Haltung ist günstigstenfalls zu sagen, daß sie ein deutliches politisches Profil nicht erkennen läßt. Die Bearbeitung des MBFR-Themas obliegt dem bürokratischen Apparat der Juristen und Militärs, politische Führungsimpulse sind Mangelware und das Parlament hält sich abseits. Willy Brandts Forderung vor und nach der Bundestagswahl, die Frage der Truppenreduzierung von der Expertenebene herabzuziehen und sie in konkrete Verhandlungen auf hoher politischer Ebene zu überführen, scheint ungehört verhallt. Die Regierungserklärung vom Dezember 1976 geht darauf nicht ein. Gewiß sind Abrüstungsverhandlungen eine komplizierte Materie, und Propagandakampagnen, deren Vergrößerungen und einseitige Begünstigungsabsichten das öffentliche Interesse an der Problematik eher abtumpfen als schärfen, dienen ihnen nicht. Wenn aber das jüngste Weißbuch sich mit der Wiederholung der bekanntesten Grundpositionen und der kargen Auskunft, die Verhandlungen hätten sich "außergewöhnlich schwierig" erwiesen, begnügt, so ist dies als Unterrichtung der Öffentlichkeit und Verdeutlichung einer eigenen Perspektive zu wenig.

Die nachlassende Aufmerksamkeit der SPD-geführten Bundesregierung für die Abrüstungsfrage scheint sich in der Partei selbst fortzupflanzen. Ein Beispiel geradezu fahrlässigen Umgangs mit dem Problem bietet der Orientierungsrahmen. Die Perspektivplanung der SPD bis 1985 geht von einer jährlichen Steigerung der Aufwendungen für äußere Sicherheit proportional zum Bruttosozialprodukt aus. Der Ansatz wird dort ohne jede Lageanalyse vorgenommen. Noch genauer gar wußte es der Erstentwurf von 1973: 4,8 Prozent mit einer Bandbreite von 4,1 bis 5,8 Prozent — als wären Rüstungsausgaben Ewigkeitsgrößen, unveränderbar durch das konfliktpolitische Umfeld. Müßten nicht höhere Belastungen in Kauf genommen werden, wenn unvorhergesehen die äußere Bedrohung dramatisch zunehmen sollte? Oder wären die Militärkosten nicht einschneidend zu senken, wenn, was ein vorrangiges Ziel der Sicherheitspolitik zu sein hat, eine vereinbarte Rüstungsminderung Wirklichkeit würde? Der Planungsrahmen erweckt den Eindruck, man sei schon im voraus von der Erfolglosigkeit seiner Politik so fest überzeugt, daß der Fehlschlag getrost zur Kalkulationsgrundlage werden kann. Sozialdemokraten haben sich zur Überraschung vieler Zweifler als fähige Organisatoren einer effizienten Militäradministration erwiesen.

Die vorausdenkende Planung einer zukunftsorientierten Sicherheitspolitik, die sich den Möglichkeiten des Abbaus militärischer Kapazitäten mit derselben Sorgfalt annimmt wie der Kapazitätssteigerung, ist darüber bedenklich in den Hintergrund getreten. Das Bild der SPD der frühen Oppositionsjahre als einer Partei, deren Stärke die langfristige Problemsicht war und die den Fragen des Tages eher hilflos gegenüberstand, scheint sich verkehrt zu haben.

Sollte in Wien eine Übereinkunft zustandekommen, die dem westdeutschen Verlangen nach kollektiven Höchststärken, d.h. nach Festsetzung einer Obergrenze des Personalbestandes aller Landstreitkräfte beider Bündnisse, aber nicht jedes Bündnislandes gesondert, entspricht, so zeichnete sich eine innerwestliche Entwicklung ab, die kaum spannungsfrei verlaufen würde. Die finanzschwächeren Länder wären dann mehr noch als bisher versucht, sich ihrer drückendsten Rüstungslasten zu entledigen. Sähe sich die Bundesrepublik daraufhin aus Gründen des Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West zu vermehrten Anstrengungen veranlaßt, so würde ihr Gewicht als Militärmacht noch weiter zunehmen. Daran kann weder ihr noch ihren westeuropäischen Nachbarn gelegen sein.

Sicherheit ohne gesellschaftspolitische Perspektive?

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt "eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft". Sie hat dieses Leitziel aus dem Vorspruch des Godesberger Grundsatzzprogramms von 1959 im Orientierungsrahmen von 1975 bekräftigt. Zwischen beide Daten fiel der Beginn der Regierungstätigkeit der SPD mit der politischen Interessenbehauptung der Bevölkerung der Bundesrepublik nach außen als zentralem Verantwortungsbereich. Stehen die auf Erneuerung und die auf Bewahrung gerichteten Aufgaben, stehen Gesellschaftsverfassung im Inneren und äußere Sicherheit des Staates in einem Spannungsverhältnis zueinander? Um den Zusammenhang der Klärung näher zu bringen, seien zwei Programmaussagen zur Sicherheitspolitik nebeneinander gestellt. Sie entstammen der parteipolitischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik. Beide sind neueren Datums. Beide verbinden außen- und innenpolitische Bezüge. Beide arbeiten mit Untrennbarkeits-Thesen:

(A) "Innere und äußere, nationale und internationale, soziale und militärische Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Die Verteidigung dient als Instrument dieser umfassenden Sicherheitspolitik der Abschreckung und der Abwehr jeder direkten oder indirekten Bedrohung."

(B) "Sicherheits- und Friedenspolitik orientiert sich an dem Ziel, die Konfrontation in Europa zu überwinden... Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, außen- und sicherheitspolitische sowie außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen herzustellen, die eine demokratisch-sozialistische Friedenspolitik ermöglichen und fördern; diese ist mit einer Politik konsequenter Gesellschaftsreform untrennbar verbunden."

Enthielten die Textauschnitte nicht bestimmte Reizwörter, die sie als entgegengesetzten politischen Richtungen zugehörig ausweisen, würde die Verwandtschaft ihres Denkansatzes noch offensichtlicher. Aus dem ersten Zitat spricht ein Programm, dem an der Erhaltung der bestehenden Ordnung liegt. Der zweite Programmauszug will gesellschaftlichen Wandel. Beides ist legitim. Zu denken gibt, daß für das eine wie das andere Anliegen das Ziel äußerer Sicherheit bemüht werden kann. Die Aussage (A) steht in den Verteidigungspolitischen Leitlinien der CDU vom Dezember 1975. Die Aussage (B) haben die Jungsozialisten im Juni 1975 in ihren Siegener Beschlüssen zur Militär- und Sicherheitspolitik getroffen.

Worauf die christdemokratische Vorstellung von Sicherheit hinausläuft, ist leicht zu erkennen. Der gesellschaftliche status quo soll bewahrt bleiben. Mit dem Ziel äußerer Sicherheit wird das innenpolitische Beharrungsinteresse zu einem einzigen schutzwürdigen Gut zusammengebunden. Wer die innere Sicherheit gefährdet, gerät mit dem auswärtigen Gegner, der eine militärische Bedrohung darstellt, auf dieselbe Stufe. Die für ein demokratisches Verfassungsverständnis grundlegende Unterscheidung zwischen einem unerwünschten Außenangriff und Teilnahme an der politischen Willensbildung, die als Mitglied der nationalen Gesellschaft auch dem radikalen Oppositionellen zusteht, verschwindet in diesem Feindbild aus einem Guß. Die 'umfassende Sicherheitspolitik' macht vollends fragwürdig, daß auch in ihrer Mittelwahl keine Differenzierung vorgesehen ist. In noch extremerer Form findet sich das Grundmuster konservativer Sicherheitsideologie nur in Systemen vom Typus der DDR, wo die Trennung von äußerer und innerer Sicherheit überhaupt entfällt. Gegner ist immer der Klassenfeind jenseits der Grenze. Regt sich innere Opposition, handelt sie als sein Agent. Armee und Staatssicherheitsdienst versehen danach die prinzipiell gleiche Aufgabe.

Dem setzt ein demokratisches Sicherheitsverständnis die eindeutige Abgrenzung des Interesses an äußerer Unversehrtheit vom Interesse an innerer Systemstabilität entgegen. Sicherheitspolitik nach außen soll die gegebene politische Ordnung nicht festschreiben, sondern sie soll gewährleisten, daß ihre Gestaltung und Veränderung in gesellschaftlicher Selbstbestimmung von äußerer Behinderung frei bleibt. Damit unverträglich ist, die sicherheitspolitische Zielsetzung selbst mit einem konkreten Gesellschaftsbild zu befrachten, sei es dem herrschenden, sei es einem erstrebten. Diesen Grundsatz vertreten gegenwärtig in der Bundesrepublik unmißverständlich nur die SPD und ihr Koalitionspartner, indem sie die Offenheit und Konfliktfähigkeit des gesellschaftlichen Systems zum zentralen Wehrmotiv erheben. Gewiß könnte auch ein Land in der Lage der Bundesrepublik veranlaßt sein, seine Sicherheitspolitik zu überprüfen, wenn seine gesellschaftliche Selbstbestimmung durch die eigenen Verbündeten stärker eingeschränkt werden würde als durch den außenpolitischen Konfliktgegner. Dieser Fall träte z. B. ein, wenn es realistisch wäre, zu befürchten, daß sich die Prager Ereignisse von 1968 über kurz oder lang in Rom oder Paris wiederholen könnten oder wenn sie sich in Lissabon bereits wiederholt hätten.

Die Vermengung von Sicherheits- und Gesellschaftspolitik, wie sie den Jungsozialisten vorschwebt, erscheint auch aus friedenspolitischem Blickwinkel nicht sehr erfolgsträchtig. Wenn es zutrifft, daß die Konfrontation in Europa kein bloßer Machtkonflikt ist, sondern auf den gesellschaftlichen Systemgegensatz zurückgeht, wäre eine Politik, die Sicherheit durch Entspannung, nicht durch Verschärfung des Konflikts sucht, schlecht beraten, demonstrierend unter der Parole eines Gesellschaftsprogramms anzutreten, das für den handelnden Kontrahenten eine noch schärfere Herausforderung enthielte, weil es die fraglos attraktivere Systemalternative darstellt. Der Demokratische Sozialismus verkörpert keine ewige Wahrheit, sondern will legitimiert sein durch politischen Konsens. Er findet optimale Realisierungschancen in der eigenen Gesellschaft dann, wenn er weder durch fremden Willen behindert oder befördert wird, noch als fremder Wille anderen sich aufdrängt. Er ist kein Exportartikel, und Sicherheitspolitik wäre sein aller ungeeignetstes Transportmittel.

Die Jungsozialisten, kritischster und lebendigster Teil der SPD, haben so wenig ein kurzfristig wirksames Gegenkonzept zum Sicherheitskonzept der Partei, wie die SPD oder die Bundesrepublik aus eigener Kraft die Sicherheitsordnung in Europa verändern können. Noch beruht europäische Sicherheit in letzter Konsequenz auf der wechselseitigen Angst vor der allgegenwärtigen und jederzeit auslösbaren atomaren Katastrophe. Die Abschreckung aufrechtzuerhalten und die Vernichtungsarsenale gegen Defekte zu feien, ist ein auf jeder neuen Entwicklungsstufe der Waffentechnik schwieriger zu lösendes Problem. Darum versteht sich nicht schon von selbst, daß die atomare Drohung bisher eine Drohung geblieben ist. Mit jedem Jahr, in dem sie fortbesteht, steigt, aller Gewöhnung an sie zum Trotz, die Wahrscheinlichkeit ihres Versagens. Deshalb ist die Suche nach einer anderen, weil humaneren Art von Sicherheit kein müßiges Unterfangen. Soll sie erfolgreich sein, muß sie es gleichzeitig an verschiedenen Entscheidungsorten der Erde. Die Bundesrepublik ist einer davon, der wichtigste ist sie nicht.

Basisliteratur

Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr; bisher vier Ausgaben: Bonn 1970, 1972, 1974, 1976

Vorstand der SPD (Hrsg.), Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, Bonn 1975

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik, Informationsdienst des Parteivorstandes, Bonn 1971 ff.

Facharbeitstagung Militär- und Sicherheitspolitik der Jungsozialisten in der SPD - Siegerner Beschlüsse, Juso 2/1975

Vorstand der SPD (Hrsg.), Sicherheit im Bündnis - Sozialdemokratische Fachkonferenz, München 8./9. 5. 1976, Bonn 1976

Ulrich Albrecht u. a. , Ein Anti-Weißbuch - Materialien für eine alternative

Militärpolitik, Hamburg 1974

Willy Brandt, Bemerkungen zur Sicherheitspolitik in Europa, Zwölf-Punkte-Papier, vorgelegt auf der Konferenz der niederländischen Partij van de Arbeid, Amsterdam 5./6. 11. 1976

Helga Haftendorn, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung - Zur Außenpolitik der BRD 1955-1973, Düsseldorf 1974

Joachim Hütter, SPD und nationale Sicherheit - Internationale und innenpolitische Determinanten des Wandels der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik 1959-1961, Meisenheim am Glan 1975

Udo F. Löwke, Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1959, Bonn - Bad Godesberg 1976

Reinhard Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit in der BRD - Probleme der Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München i. E.

Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts - Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969

Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik - Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef 1976

Lothar Wilker, Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik 1956-1966, i.E.

Bilanz, Probleme, Zukunftschancen: Westeuropas demokratische Sozialisten zur Entspannung und Sicherheit

Die Vielfalt der Konzepte

Die Bilanz der Vorstellungen der Parteien des Demokratischen Sozialismus in den wichtigsten europäischen Ländern macht eins deutlich: Eine Antwort des Demokratischen Sozialismus auf die Problematik von Sicherheit und Entspannung in Europa gibt es nicht. Im Gegenteil: Auf den ersten Blick scheint babylonische Verwirrung zu herrschen. Deutliche Unterschiede bestehen zunächst zwischen Vorstellungen und Politik der britischen Labour Party und der SPD auf der einen und der französischen und der italienischen Linken auf der anderen Seite. Die Spaltung der Parteien des Demokratischen Sozialismus in einen eher konservativ—staatstragend ausgerichteten sozialdemokratischen Flügel Mittel— und Nordwesteuropas und in einen eher progressiv—systemverändernden sozialistischen Flügel Südwesteuropas spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Haltungen gegenüber den Problemen von Sicherheit und Entspannung in Europa. Dabei lassen sich innerhalb der beiden Richtungen der demokratisch—sozialistischen Bewegung in Westeuropa wiederum erhebliche Unterschiede feststellen.

Für die SPD hat die Diskussion über Sicherheit und Entspannung in Europa einen viel höheren Stellenwert als für die britischen Sozialdemokraten. Ihre Haltung ist nach wie vor bestimmt durch die exponierte Lage der Bundesrepublik an der Nahtstelle zwischen den Militärblöcken. Neben die tragende Säule des SPD—Sicherheitskonzepts —atlantische Abschreckung plus eigene Verteidigungsfähigkeit — trat als zweite Säule die politische Entspannung in Europa. Sie hat noch keine tragende, sondern allenfalls stützende Bedeutung. Denn obwohl die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition der europäischen Entspannungspolitik erst auf breiter Grundlage zum Durchbruch verhalf, ist eine Entspannung auf militärischem Gebiet vorerst nicht in Sicht. Die SPD glaubt an ihren hohen Verteidigungsaufwendungen um so hartnäckiger festhalten zu müssen, als sich die Anzeichen für einen Kräfteschwund wichtiger westeuropäischer NATO—Staaten mehren. Auf diese Weise sucht sie die Bereitschaft Washingtons zu bestärken, sein militärisches Engagement in Europa aufrechtzuerhalten und das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent nicht aus dem Gleichgewicht geraten zu lassen.

An einer entscheidenden eigenen Initiative bei den Wiener Abrüstungsgesprächen hindern die SPD nicht nur der Entspannungsargwohn der Opposition, sondern zunehmend auch koalitionspolitische Rücksichten. Um dem Entspannungsfeiler des sozialdemokratischen Sicherheitskonzepts eine größere Tragkraft zu

verleihen, müßte sowohl der bündnispolitische wie der innenpolitische Handlungsspielraum der gegenwärtigen Bundesregierung größer werden. Dazu aber bedarf es vor allem des Entgegenkommens des Warschauer Pakts in der Abrüstungsfrage. Die westdeutsche Sozialdemokratie sieht sich also mit ihrer Sicherheits- und Entspannungspolitik viel enger in die langfristige Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses eingebunden als alle ihre europäischen Schwesterparteien.

Die Sicherheitspolitik der verschiedenen Labourregierungen ist gekennzeichnet durch die unbedingte Loyalität gegenüber der NATO und den Vereinigten Staaten. Kreative Initiativen zur Sicherheit und Entspannung in Europa hat Labour bisher nicht entwickelt. Ein entscheidender Grund dafür liegt in der desolaten wirtschaftlichen Situation des Landes, die sich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert hat. Schon aus rein ökonomischen Gründen hat Labour ein vitales Interesse am Erfolg der Wiener Verhandlungen zum Truppenabbau in Europa. Er würde es der britischen Regierung ermöglichen, dringend benötigte Gelder aus dem Verteidigungsbudget für andere Zwecke freizusetzen. Damit könnte die Führung der Partei den immer wieder vorgebrachten Forderungen des linken Labour-Flügels nach drastischer Kürzung der Verteidigungsausgaben teilweise gerecht werden.

Bei den linken Parteien Frankreichs und Italiens hat die Diskussion über Sicherheit und Entspannung einen grundsätzlich anderen Charakter. Hier handelt es sich zunächst um Parteien, die ihre Vorstellungen aus der Opposition heraus entwickelt haben. Diese Opposition galt und gilt in erster Linie den konservativen und christdemokratischen Führungseliten, die sich in den Jahrzehnten ihrer Regierungsverantwortung abgenutzt haben und sich als unfähig erwiesen, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen in ihren Ländern zu meistern. Vor diesem Hintergrund sind immer größere Teile der Bevölkerung zu der Überzeugung gelangt, daß nur noch tiefgreifende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen in der Lage sind, die krisengeschüttelten Wirtschaften zu sanieren und gleichzeitig die extremen sozialen und gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten abzubauen. Sicherheit ist für die linken Parteien dieser Länder nicht in erster Linie ein militärisches Problem. Im Mittelpunkt ihrer Sicherheitsüberlegungen steht vielmehr die Frage, wie die von ihnen verfolgte sozialistische Politik im eigenen Lande im Inneren und nach außen abgesichert werden kann.

Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Vorstellungen der linken Parteien in Frankreich und Italien. Diese Unterschiede sind bestimmt durch die verschiedenen Strukturen der linken Bewegung beider Länder und die daraus resultierenden verschiedenen Strategien für den Zugang zur Macht. In Frankreich bildet die Sozialistische Partei die Achse der linken Bewegung. Die Übernahme der Regierung soll durch die Union der Linksparteien unter Ausschluß zentristischer und konservativer Kräfte des Landes erreicht werden.

In Italien führt die sozialistische Partei PSI ein Schattendasein an der Seite der KPI, die sich zum Hauptträger der demokratisch-sozialistischen Bewegung des Landes entwickelt hat. Wegen der im Vergleich zu Frankreich sehr viel größeren Gefahr einer Machtergreifung durch Faschisten und unter Berücksichtigung der chilenischen Erfahrungen haben sich die italienischen Kommunisten für die Strategie des 'histori-

schen Kompromisses', das heißt des Zugangs zur Regierung in der Koalition mit den Christdemokraten entschieden. Dadurch soll die Politik der KPI im Inneren gegen Pressionen und Einschüchterungsversuche der reaktionären Kräfte des Landes abgesichert werden. Die äußere Sicherheit erscheint den italienischen Kommunisten am besten durch das Verbleiben Italiens in der NATO — zumindest für die nächste Zukunft — gewährleistet. Die Existenz der Militärblöcke wird vorerst nicht prinzipiell in Frage gestellt. Dabei spielen die Erfahrungen der CSSR von 1968 eine Rolle, die Einsicht, in welche Gefahren sich ein Land begibt, das das internationale Gleichgewicht einseitig in Frage stellt, und sicher auch opportunistische Motive der KPI-Führung.

Im Unterschied zu den insgesamt stärker pragmatischen Sicherheitsvorstellungen der italienischen Linken hat die Linksunion in Frankreich ein Sicherheitskonzept entwickelt, das sich grundsätzlich von demjenigen unterscheidet, das die Auseinandersetzungen in und zwischen den Militärblöcken bisher gekennzeichnet hat. Es geht davon aus, daß die Bevölkerung im Inneren für die Verteidigung einer Politik, die ausschließlich in ihrem Interesse betrieben wird, mobilisiert werden kann — für den Kampf um ein Sozialismusmodell, das sich allein an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Das Konzept geht weiter davon aus, daß es möglich ist, durch ein modern ausgerüstetes, dezentral organisiertes, schlagkräftiges Volksheer Frankreichs Weg zum Sozialismus auch gegen Einschüchterungsversuche, Pressionen und Angriffe von außen abzusichern. Angesichts der heute bestehenden technisch vollendeten Massenvernichtungswaffen mag man ein solches Konzept als 'unrealistisch' abtun. Vor allem kann argumentiert werden, daß die Sicherheit der vergangenen zwanzig Jahre letztlich durch die gegenseitige nukleare Abschreckungskapazität der beiden Militärblöcke und in erster Linie der Supermächte gewährleistet worden sei. Als Ursachenklärung reicht diese Interpretation jedoch nicht aus: Es ist weder erwiesen noch beweisbar, daß es ohne Militärblöcke und Nuklearwaffen in Europa kriegerische Auseinandersetzungen gegeben hätte. Überdies läßt gerade die fortschreitende qualitative und quantitative Entwicklung der Waffentechnik, die sich in hohem Maße verselbständigt hat, eine *Humanisierung des Sicherheitsdenkens* zwingend geboten erscheinen. Unter diesem Gesichtspunkt hat es das Sicherheitskonzept der Linksunion verdient, ernst genommen zu werden.

Die Forderung der französischen Linken, gleichzeitig NATO und Warschauer Pakt aufzulösen und in Europa ein kollektives Sicherheitssystem zu errichten, ist eine Kampfansage an den Status quo in Europa. Ihre Verwirklichung liegt jedoch in weiter Ferne. Zum Status quo in Europa, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, gehörte, daß die Länder in den Einflußzonen der beiden Supermächte zum Teil unter Zwang ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem übernehmen mußten, das im Kern demjenigen der Vereinigten Staaten bzw. der Sowjetunion entsprach. Dazu kam, zumindest seit 1947, daß diejenigen Kräfte in den einzelnen Ländern, die den gesellschaftlichen und politischen Führungsanspruch der Blockführungs-mächte in Frage stellten, aus den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozes-

sen verdrängt wurden. Das galt im Prinzip für Osteuropa genauso wie für die Länder diesseits des Eisernen Vorhanges. Falls nun in einigen Ländern Westeuropas linke Parteien unter maßgeblicher Beteiligung von Kommunisten an die Regierung gelangen und eine Politik in Gang setzen, die das herrschende kapitalistische System entscheidend berührt, würden damit die ersten Schritte getan, den *gesellschaftspolitischen Status quo* in Europa zu verändern.

Unter diesem Gesichtspunkt erhält die Frage des Eurokommunismus Aktualität und Brisanz. Das haben die konservativen Kräfte beispielsweise in der Bundesrepublik sehr wohl begriffen. Hierin liegt auch die Haltung zahlreicher Entscheidungsträger in den Vereinigten Staaten gegenüber dem Eurokommunismus begründet. Ihre schroffe Ablehnung einer Regierungsbeteiligung westeuropäischer Kommunisten trägt zuweilen pathologische Züge. Umso notwendiger ist es für die demokratischen Sozialisten Westeuropas, gegenüber dem Eurokommunismus eine unvoreingenommene und klare Position zu beziehen. Wollen sich die demokratischen Sozialisten nicht selbst verleugnen, müssen sie sich dabei an ihren eigenen Grundsätzen, Wert- und Zielvorstellungen und auch an ihren historischen Erfahrungen orientieren.

Demokratische Sozialisten und Eurokommunisten

Die deutschen Sozialdemokraten tun sich aus verständlichen Gründen mit der Erscheinung des Eurokommunismus besonders schwer. Die Last geschichtlicher Erfahrungen und die Teilung Deutschlands bestimmen das Verhalten großer Teile der SPD-Mitglieder und der Parteiführung gegenüber Kommunisten. Die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD in der Weimarer Zeit waren von Haß erfüllt ('Sozialfaschismus'-Vorwurf). Demgegenüber arbeiteten während der dreißiger Jahre in einigen west- und südeuropäischen Ländern Kommunisten und Sozialisten in der 'Volksfront' im Kampf gegen den Faschismus eng zusammen. Diese Zusammenarbeit wurde in Italien, Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt. Die Kommunisten waren in Regierungspositionen aktiv am Wiederaufbau ihrer Länder beteiligt. In Deutschland hingegen fungierte die durch und durch stalinistische KPD besonders in der SBZ als treuer Handlanger sowjetischer Machtinteressen. Mit tückischen Mitteln und Methoden wurde versucht, die SPD an die Wand zu spielen. Das gelang den deutschen Kommunisten in der SBZ mit Unterstützung der sowjetischen Militärverwaltung. Entstehung und Politik eines von Kommunisten beherrschten Staates auf deutschem Boden, der bis heute von der Sowjetunion abhängt, haben den tiefverwurzelten Antikommunismus in der westdeutschen Gesellschaft und auch in der SPD gefestigt. Hinzu kommt heute die Existenz einer dogmatisch ausgerichteten, DDR-hörigen DKP, die nur äußerst schwach in der Arbeiterschaft verankert ist und über keine Massenbasis verfügt. Mit Eurokommunismus hat die DKP nichts gemein.

Für die demokratischen Sozialisten in der Bundesrepublik ist es von zentraler Bedeutung, den grundsätzlichen Unterschied zwischen den Kommunisten im eigenen Lande und denjenigen in den anderen west- und südeuropäischen Ländern zu erken-

nen. Nur von daher kann die linke Einheitspolitik der sozialistischen Parteien in diesen Ländern richtig eingeschätzt und können Schlußfolgerungen für das eigene Verhalten gezogen werden.

Die Kommunisten Frankreichs und Italiens bilden eine politische und gesellschaftliche Kraft von größter Bedeutung. Ihre Machtstellung gründet sich zum einen auf ihr Ansehen aus der Zeit des Kampfes gegen den Faschismus; vor allem resultiert sie jedoch aus den scharfen Klassenkonflikten in diesen Ländern. Die sozioökonomische Entwicklung Frankreichs und Italiens unterscheidet sich durch ihre vergleichsweise späte Industrialisierung stark von der Entwicklung Nordwesteuropas. Überdies hat die Verbindung einer starken und lange Zeit reaktionären katholischen Kirche mit den konservativen Kräften des Landes dazu beigetragen, daß die Masse der unterprivilegierten Menschen in den kommunistischen Parteien die einzige Kraft erblickte, die sich für die Verbesserung ihrer oft unwürdigen Lebensverhältnisse einsetzte.

Die tiefgreifenden programmatisch-ideologischen Wandlungen der Eurokommunisten im letzten Jahrzehnt sind vor allem das Ergebnis von Entwicklungen innerhalb der betreffenden Gesellschaften. Sie spiegeln die weitgehende Integration der Bevölkerungsmassen in die Demokratien westlicher Prägung wider. Die Kommunisten haben erfahren und erkannt, daß revolutionäre Situationen in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten Westeuropas faktisch unmöglich geworden sind. Dieser Erkenntnis entsprach ihre jahrzehntelange reformistische Praxis, die selbst in schärfsten Krisensituationen wie im Mai 1968 in Frankreich beibehalten wurde. Grundprinzipien des Demokratischen Sozialismus: die Garantie der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte, Parteienpluralismus, Regierungswechsel nach getroffener Wählerentscheidung, Garantie der Rechte der Opposition wurden von den Eurokommunisten akzeptiert und zum Teil in eigenen Programmen oder in Vereinbarungen mit den sozialistischen Parteien verbindlich festgeschrieben. Traditionelle kommunistische Zielvorstellungen wie die Errichtung der 'Diktatur des Proletariats' verschwanden aus den Parteistatuten. Trotz der teilweise weiter bestehenden internen stalinistischen Struktur, insbesondere bei der KPF, ist der Weg zur 'Sozialdemokratisierung' der Eurokommunisten insgesamt unverkennbar. Eine Gleichsetzung der westeuropäischen KPs mit denjenigen der Warschauer Paktstaaten ist eine grobe Verfälschung der Wirklichkeit.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber den Eurokommunisten muß schließlich die Bündnispolitik der Parteien des Demokratischen Sozialismus in den romanischen Ländern in ihr Kalkül mit einbeziehen, wenn die internationale Solidarität der demokratisch-sozialistischen Parteien keine leere Phrase bleiben soll. In Frankreich und Italien hatte die Allianz zwischen Sozialisten und den konservativen Kräften des Landes fast zum Verschwinden der Parteien des Demokratischen Sozialismus geführt. Die Politik der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ist für die Sozialisten dieser Länder eine Existenzfrage, die einzige Politik, die von der Bevölkerung als glaubhaft akzeptiert wird.

Unter der Voraussetzung, daß die hier vorgenommene Einschätzung des Euro-

kommunismus und der grundsätzliche Unterschied zwischen Kommunisten in der Bundesrepublik und denjenigen in Westeuropa der Wirklichkeit entspricht, wäre es durchaus kein Widerspruch für die SPD, sich im Inneren mit aller Deutlichkeit gegen Kommunisten abzugrenzen und auf der anderen Seite die Zusammenarbeit demokratischer Sozialisten und Kommunisten in Westeuropa aktiv zu unterstützen und diese Unterstützung offen zu vertreten. Eine solche Position würde nicht nur den spezifischen Erfahrungen der SPD mit den deutschen Kommunisten in Vergangenheit und Gegenwart gerecht, sie entspräche auch den eigenen Grundsätzen und Zielvorstellungen, insbesondere dem Prinzip der internationalen Solidarität mit den in der Sozialistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien. Auf dieser Grundlage könnte die SPD – wie Hans Günter Brauch am Ende seines Beitrages als mittelfristige Strategie vorschlägt – zwischen der Regierung der USA und westeuropäischen Regierungen mit Beteiligung von Kommunisten eine vermittelnde Stellung beziehen.

In den Beiträgen zu den einzelnen Ländern wurden die unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien und Bewegungen des Demokratischen Sozialismus zur Sicherheit und Entspannung in Europa dargestellt. Schritte zur Überwindung des Status quo in Europa beginnen sich erst in schwachen Umrissen abzuzeichnen. Obwohl selbst diese Schritte unterschiedlich bewertet werden können, besteht bei den demokratischen Sozialisten in Westeuropa zumindest darüber Einverständnis: Zur Politik der Entspannung gibt es langfristig keine Alternative.

Bilanz und Perspektiven der Entspannungspolitik

aus der Sicht demokratischer Sozialisten

Die bestehende internationale Ordnung als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges kann von demokratischen Sozialisten nicht als endgültig akzeptiert werden. Die in West- und Osteuropa bestehenden Gesellschaftssysteme mit ihren Auswüchsen widersprechen in vieler Hinsicht demokratisch-sozialistischen Wert- und Zielvorstellungen. Mehr oder weniger krass zutage tretende Ungleichheit und Ungerechtigkeit in den westeuropäischen Gesellschaften, die in der Verfügung einer kleinen Minderheit über den gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum ihren deutlichsten Ausdruck findet, verhindert die Verwirklichung von Freiheit und Selbstbestimmung der unterprivilegierten Bevölkerungsmassen. Wie Karsten Voigt mit Recht hervorhebt, haben demokratische Sozialisten "noch nie einen Hehl daraus gemacht, daß ihre Entspannungspolitik neben der Sicherung des Friedens auch der Förderung von mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit in Europa dient".

Bleiben wir zunächst bei der außenpolitischen Dimension der Entspannungspolitik. In diesem Bereich haben sich die demokratischen Sozialisten aller westeuropäischer Länder meist an vorderster Front engagiert. Die unter maßgeblichem Einfluß der SPD betriebene neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition hat mit dem Abschluß der Ostverträge einen wichtigen Beitrag zur Entspannung geleistet. Eine

erkennbare Folge und ein Erfolg dieser Politik ist der Abbau äußerer Feindbilder: Die Sprache des Kalten Krieges ist aus der westdeutschen Politik weitgehend verschwunden (vgl. den Beitrag von Reinhard Mutz). Ein weiterer Erfolg der Entspannungspolitik ist die beträchtliche Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa. Zu übersteigertem Optimismus besteht jedoch kein Anlaß: In der entscheidend wichtigen Frage der gegenseitigen Rüstungsabgrenzung gibt es bisher noch keinerlei Anzeichen für eine Übereinkunft zwischen den Militärböcken. Das Problem, die Menschenrechte im Sinne der Schlußakte von Helsinki zu verwirklichen, stellt eine Herausforderung für die Gesellschaften Osteuropas dar, deren Konsequenzen für den weiteren Verlauf der Entspannungspolitik noch nicht abzusehen sind. Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus für die demokratischen Sozialisten in Westeuropa?

Karsten Voigt hat darauf hingewiesen, wie eng der Handlungsspielraum einer reformerischen Entspannungspolitik ist, die den Interessen und Prinzipien der am Entspannungsprozeß beteiligten relevanten Kräfte Rechnung trägt. Soll eine derartige Politik trotzdem Erfolge zeitigen, darf sie nicht den Anschein erwecken, als wolle sie in irgend einer Weise Prozesse in den *osteuropäischen Gesellschaften* beeinflussen, die vor dem Hintergrund oder in direktem Zusammenhang mit der Entspannung in Gang gekommen sind.

Allerdings würde die gesellschaftsreformerische Perspektive der Entspannungspolitik zu kurz greifen, wenn sie sich lediglich auf das eigene Land beschränkte. Das widerspräche der internationalen Tradition des Demokratischen Sozialismus und vor allem dem gegenwärtigen Grad der Verflechtung und wechselseitigen Abhängigkeit der *westeuropäischen Gesellschaften*. Westeuropa ist der Bereich, in dem mit der Arbeit an einer Gesellschaftsform begonnen werden kann, die langfristig ein attraktiveres, weil humaneres Modell bietet als Staatssozialismus und Privatkapitalismus von heute. Insofern sind die Prozesse, die sich in Südwesteuropa vollziehen, für die demokratischen Sozialisten von so zentraler Bedeutung.

Reformpolitik mit dieser Perspektive kann nur vor dem Hintergrund der Entspannung betrieben werden. Zwischen beidem besteht ein enger Zusammenhang, allerdings ohne automatische Wechselwirkung. Das heißt, es ist anzunehmen, daß erneute Zunahme der Spannung zwischen den Blöcken unweigerlich eine Verhärtung gesellschaftlicher und politischer Strukturen zur Folge hätte und damit vorübergehend demokratisch-sozialistische Reformpolitik in Westeuropa erheblich erschweren würde. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Beispiele dafür, daß zunehmende äußere Entspannung durchaus auch eine zumindest zeitweilig verschärfte innere Abgrenzungspolitik zur Folge haben kann, wie die Entwicklung in Rumänien und der DDR zeigt.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Perspektiven demokratisch-sozialistischer Reformpolitik in Westeuropa durchaus nicht rosig: Zeitweilige Rückschläge sowohl in der Entspannungs- als auch in der Reformpolitik sind keineswegs ausgeschlossen. So gleicht diese Politik – im Sinne Max Webers – einem langsamen Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Die Dimensionen, die der Beitrag von Horst Heimann eröffnet, weisen in eine fer-

ne Zukunft. Aber, um noch einmal Max Weber zu zitieren: "Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre."

Basisliteratur

Friedens-, Sicherheits- und Entspannungspolitik/KSZE/MBFR/SALT II, in: Die Neue Gesellschaft 24 (1977),3

Walter Möller/Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa. Kein Frieden ohne Gesellschaftsreform in West und Ost, Reinbek 1972

Gerda Zellentin, Hrsg., Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa, Boppard 1976

8. Horst Heimann

Demokratischer Sozialismus – Perspektiven für eine Neuvereinigung Deutschlands und Europas?

Redaktionelle Vorbemerkung

Der folgende Text ist der zweite Teil eines Aufsatzes, der am 2. September 1972 in der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament "Aus Politik und Zeitgeschichte" unter dem Titel erschien: "Demokratischer Sozialismus in Ost und West – Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie". Da der Gedanke, die Überwindung des Kapitalismus durch eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft im Westen könne indirekt dazu beitragen, im Osten das System der bürokratischen Parteiherrschaft langfristig ebenfalls zugunsten eines Demokratischen Sozialismus zu überwinden, durch den Eurokommunismus neue Aktualität erhalten hat, drucken wir hier den zweiten Teil dieses Aufsatzes unverändert ab, nur ergänzt durch ein kurzes Nachwort des Autors.

Die Herausgeber

Ein Versuch, nicht nur in der Phantasie eine ideale Lösung zu konstruieren, sondern aus der Wirklichkeit eine zu realisierende Konzeption der deutschen Einheit abzuleiten, muß von der Einsicht ausgehen, daß die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten weitgehend von den Beziehungen zwischen Ost und West abhängen wird. Daher ist die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur möglich auf der Grundlage eines Entwicklungsprozesses, der die Spaltung zwischen Ost und West überhaupt überwindet. Infolge der Integration in den westlichen Block kann die Bundesregierung nur dann eine aktive Politik für die Neuvereinigung Deutschlands betreiben, wenn diese Politik mit den allgemeinen Tendenzen der westlichen Koexistenzkonzeption grundsätzlich übereinstimmt, bzw. wenn es der Bundesregierung gelingt, die allgemeinen Tendenzen der westlichen Koexistenzpolitik so zu beeinflussen, daß sie zur Grundlage für eine Politik der Neuvereinigung Deutschlands werden können.

Die langfristige Perspektive der neuen Deutschland- und Ostpolitik ist nicht zuletzt deshalb noch unklar, weil auch der Westen insgesamt noch keine eindeutige Perspektive für die Ost-West-Beziehungen entwickelt hat. Die USA haben Ende der fünfziger Jahre ihre Politik des 'roll back' und der Befreiung nicht aufgegeben, weil sie eine neue und bessere langfristige Strategie entwickelt hätten, sondern weil sie einsahen, daß diese Konzeption unreal und gefährlich war. Die pragmatische Entspannungspolitik durch die Ost und West die prinzipielle und weltanschaulich begründete Politik des Kalten Krieges ersetzten, litt darunter, daß sie sich nicht aus einem grundsätzlichen Wandel des politischen Denkens ergab, sondern den Großmächten durch die Entwicklung der atomaren Vernich-

tungswaffen praktisch aufgezwungen wurde. Die Tatsache, daß Menschen erstmals in der Geschichte über Waffen verfügten, mit denen sie die ganze Menschheit vernichten können, veranlaßte die Repräsentanten der Großmächte zu der Einsicht, daß diese Waffen nicht mehr einzusetzen waren zur Durchsetzung politischer Ziele; aber sie änderten nicht grundsätzlich ihr politisches Denken und gaben die Ziele nicht auf, die ohne Gewaltanwendung nicht zu erreichen sind.

Eine prinzipielle und konsequente Entspannungspolitik wurde und wird noch immer gehemmt durch jenes politische Denken, das den Ost–West–Gegensatz als einen antagonistischen und grundsätzlich nicht friedlich zu überwindenden Gegensatz interpretiert. Während östliche Ideologen den Ost–West–Konflikt als den absoluten und nicht zu versöhnenden Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus interpretieren, deuten ihn westliche Ideologen als unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Unfreiheit und Freiheit, Totalitarismus und Demokratie. So wie in der östlichen Ideologie ein Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausgeschlossen wird, so weisen westliche Ideologen einen Kompromiß zwischen Unfreiheit und Freiheit als unzumutbar zurück. Da die östlichen Apologeten nicht auf den Anspruch verzichten wollen, daß sich ihr Sozialismus in der ganzen Welt durchsetzt und auch die Wortführer der Freien Welt mit ihrer Freiheit die ganze Menschheit beglücken möchten, ist eine Lösung des Ost–West–Konfliktes nur denkbar als Sieg der einen Seite über die andere. Wenn diese antagonistische Interpretation objektiv wahr wäre, wenn also eine evolutionäre Überwindung des Gegensatzes unmöglich ist, die beiden Blöcke auf die Dauer auch nicht nebeneinander existieren können, dann folgt daraus, daß die Menschheit dazu verdammt ist, sich selbst zu vernichten. Solange die Logik einer antagonistischen Interpretation des Ost–West–Gegensatzes das Denken beherrscht, besteht die Gefahr, daß sie auch das Handeln erfaßt, das bisher aus Angst vor der atomaren Katastrophe einer anderen Logik folgte.

Unter diesem Gesichtspunkt war es ein großer Fortschritt, daß Präsident Kennedy in seiner Friedensstrategie ausdrücklich auf das Ziel des 'roll back' und der Vernichtung des Kommunismus verzichtete und einen Ansatz für eine Konzeption zur friedlichen Überwindung des Ost–West–Gegensatzes schuf, indem er die außenpolitische Entspannungspolitik gleichzeitig als Mittel sah, den inneren Wandlungs- und Liberalisierungsprozeß im Osten zu begünstigen.

Im Zusammenhang mit der pragmatischen Entspannungspolitik Eisenhowers und der Friedensstrategie Kennedys erlangten im politischen Denken und in den Sozialwissenschaften als Alternative zur antagonistischen Interpretation jene Deutungen des Ost–West–Gegensatzes größeren Einfluß, die unter dem Begriff Konvergenztheorie zusammengefaßt werden können¹. Während die Anhänger der antagonistischen Interpretation normativ und moralisierend argumentieren, um die Unver-

¹ In Frankreich und Großbritannien wurde der Ost–West–Konflikt schon in den fünfziger Jahren eher im Sinne der Konvergenztheorie interpretiert. Daher lehnten die Regierungen und die öffentliche Meinung dieser Länder die amerikanische Politik des 'roll back' schon viel früher ab.

söhnlichkeit des Ost–West–Gegensatzes als Gegensatz zwischen Gut und Böse oder Wahrheit und Lüge zu 'beweisen', verfahren die Anhänger der Konvergenztheorie eher 'positivistisch' bzw. empirisch–analytisch. Durch eine empirische Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungstendenzen gelangen sie zu der Schlußfolgerung, daß die Unterschiede zwischen beiden Gesellschaftssystemen in der Wirklichkeit nicht so groß sind wie in den ideologischen Vorstellungen des Ostens und des Westens und daß die noch bestehenden Unterschiede geringer werden, weil beide Systeme sich auf der Grundlage der wissenschaftlichen und technischen Revolution aneinander annähern und angleichen, also konvergieren.

Während nach der antagonistischen Interpretation der Ost–West–Gegensatz nur machtpolitisch zu überwinden ist durch den Sieg der einen Seite und die Übertragung des siegreichen Gesellschaftssystems auf den besiegten Block, hält die Konvergenztheorie die friedliche Lösung des gefährlichen Konflikts für möglich, und zwar durch den inneren Wandel und eine konvergierende Entwicklung beider Gesellschaftssysteme, die zu einer Art Synthese zwischen Sozialismus und Kapitalismus führt.

Abgesehen von verschiedenen Nuancen, lassen sich die Grundzüge der vorherrschenden Konvergenztheorien wie folgt zusammenfassen: Da die Konvergenztheoretiker nicht normativ argumentieren, sondern empirisch–analytisch vorgehen, stellen sie keine erstrebenswerten Ziele auf und geben auch keine Handlungsanweisungen, wie diese Ziele zu erreichen sind. Die Aussagen der Konvergenztheorie wollen sich als Tatsachenaussagen über gesellschaftliche Entwicklungsprozesse verstanden wissen, die sich nach objektiven Gesetzmäßigkeiten unabhängig vom Denken und von den ideologischen Zielvorstellungen der Menschen vollziehen. Danach sind es die objektiven Gesetzmäßigkeiten und Sachzwänge der modernen Industriegesellschaft und der wissenschaftlich–technischen Revolution, die unabhängig von den vorherrschenden ideologischen Vorstellungen in Ost und West die Annäherung und Angleichung des kapitalistischen und des sozialistischen Systems in Richtung einer einheitlichen Industriegesellschaft durchsetzen. Mit der Entwicklung der wissenschaftlich–technischen Revolution gewinnen in beiden Systemen die Manager, Fachleute und Technokraten immer größeren Einfluß, und diese fallen nicht mehr unter ideologischen Gesichtspunkten im Westen grundsätzlich andere Entscheidungen als im Osten, sondern gelangen infolge der in beiden Systemen gleichen Gesetzmäßigkeiten und Sachzwänge zu gleichen Sachlösungen. Aus sachlichen Gründen ist es notwendig, in den ökonomischen Entscheidungsprozeß im Osten Elemente der Marktwirtschaft und im Westen Elemente staatlicher Planung einzubauen. Die auf Produktionssteigerung ausgerichtete Industrie- und Leistungsgesellschaft führt aus objektiven Gründen zum Massenkonsum. Auch die kommunistische Gesellschaft entwickelt sich notwendigerweise zur Konsumgesellschaft, verbunden mit der Verbürgerlichung, Privatisierung und Entideologisierung der Massen, die sich nicht mehr für ideologische Ziele engagieren, sondern sich auf den privaten Lebensbereich konzentrieren und nur nach höherem Lebensstandard streben.

Während ein Teil der Konvergenztheoretiker davon ausgeht, daß sich bei der Konvergenz vor allem die rückständigere kommunistische Gesellschaft ändern und der fortgeschritteneren amerikanischen Konsumgesellschaft anpassen müsse (z. B.W. W.

Rostow), betonen linke Theoretiker (z. B. Jan Tinbergen), daß sich *beide* Systeme ändern müssen, so daß sie sich auf einer mittleren Linie treffen und eine Synthese bilden, bei der die Vorzüge beider Systeme zusammengefaßt, ihre Nachteile aber eliminiert werden.

Konvergenztheorie – Grundlage für eine realistische Konzeption der deutschen Einheit?

Auf den ersten Blick scheint die Konvergenztheorie für eine realistische Konzeption der deutschen Einheit eine geeignete Grundlage zu bieten, da es ja ihr zentraler Gedanke ist, daß es in der Wirklichkeit selbst Faktoren und Tendenzen gibt, die zur friedlichen Überwindung des Ost–West–Gegensatzes führen. Zur Grundlage einer zielstrebigem Politik für die Neuvereinigung Deutschlands könnte die Konvergenztheorie allerdings nur dann werden, wenn sie sowohl im Westen als auch im Osten theoretisch akzeptiert würde und auf beiden Seiten als Anleitung für eine politische Praxis diene, die die gegenseitige Annäherung und die evolutionäre Überwindung der Gegensätze zwischen den beiden konkurrierenden Systemen zum Ziel hätte.

Obwohl die Konvergenztheorie im Gegensatz zu antikommunistischen Ideologien das kommunistische System viel positiver einschätzt, haben die kommunistischen Parteien Osteuropas diese Theorie scharf abgelehnt. Sie sehen in ihr eine "konzeptionelle Grundlage offensiver Ostpolitik", "Waffe der ideologischen Diversion", "eine der wichtigsten konzeptionellen Grundlagen für die imperialistische Strategie der Aufweichung, Spaltung und Zerstörung des Sozialismus", die helfen soll, "konterrevolutionäre Prozesse in Gang zu setzen"².

Ist aus dieser ideologischen Ablehnung der Konvergenztheorie nicht die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es illusionär wäre, eine friedliche Überwindung des Ost–West–Gegensatzes und die Neuvereinigung Deutschlands durch eine Synthese beider Systeme für möglich zu halten? Haben die osteuropäischen Kommunisten durch die Intervention in der CSSR am 21. August 1968 den zentralen Gedanken der Konvergenz nicht auch praktisch verurteilt und klargestellt, daß sie in ihrem Machtbereich jede konsequente Synthese von Freiheit und Sozialismus notfalls mit militärischer Gewalt verhindern oder zerschlagen werden? Und ist nicht auch die Politik der DDR, die als Antwort auf die neue Deutschland– und Ostpolitik der Bundesregierung die verstärkte Abgrenzung fordert, als deutliche Absage an die Idee der Konvergenz oder eines Dritten Weges anzusehen?

Die radikale Ablehnung der Konvergenztheorie durch die osteuropäischen Kommunisten legt zunächst tatsächlich die pessimistische Schlußfolgerung nahe, daß

² Günther Rose, *Konvergenz der Systeme – Legende und Wirklichkeit*, Köln 1970, S. 7 ff., S. 157. Dieses Buch des Ostberliner Historikers enthält eine ausführliche Darstellung und kritische Analyse der Konvergenztheorien vom Standpunkt des offiziellen Marxismus–Leninismus.

es unmöglich ist, eine realistische Konzeption zu entwickeln, die zu einer zielstrebigem politischen Praxis für die Überwindung des Ost–West–Gegensatzes durch eine Synthese beider Systeme anzuleiten vermag. Auf der Grundlage der Konvergenztheorie ist es aber auch möglich, den Verzicht auf Politik optimistisch mit dem Argument zu begründen, daß für die Überwindung des Ost–West–Gegensatzes ja gar keine zielstrebigem Politik notwendig ist. Denn die vorherrschende Konvergenztheorie ist eine objektivistische Theorie; als objektivistisch oder auch deterministisch ist diese Theorie zu bezeichnen, weil sie die Ursache für die Konvergenz in den objektiven Gesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft sieht. Die Angleichung beider Systeme vollzieht sich also nicht deshalb, weil die in Ost und West handelnden Menschen sie bewußt wollen, sondern weil die in Ost und West unabhängig von den subjektiven Meinungen und ideologischen Vorstellungen der Menschen wirkenden Gesetzmäßigkeiten der Industriegesellschaft die Unterschiede beider Systeme immer mehr eibebnen.

Wer diesen fatalistischen Optimismus der objektivistischen Konvergenztheorie teilt, braucht sich über einen gangbaren Weg zur deutschen Einheit keine Gedanken zu machen und kann darauf vertrauen, daß die ideologische Haltung der osteuropäischen Kommunisten den realen Prozeß der Konvergenz nicht aufzuhalten vermag. Wozu brauchen wir noch eine Konzeption und eine zielstrebigem Politik für die Überwindung des Ost–West–Gegensatzes, wenn die objektiven Gesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft auch ohne oder sogar gegen politische Ideologien und Programme die friedliche Angleichung der beiden Systeme und damit auch der beiden deutschen Staaten bewirken?

Den apolitischen Positionen sowohl der 'optimistischen' als auch der 'pessimistischen' Schlußfolgerung, nach denen es grundsätzlich nicht notwendig oder aber nicht möglich ist, daß die Menschen die gesellschaftliche Entwicklung bewußt durch Politik beeinflussen, sei hier nur die These entgegengestellt, daß Politik für die friedliche Überwindung des Ost–West–Gegensatzes sowohl notwendig als auch möglich ist. Denn einerseits gibt es keinen Sachzwang zur Konvergenz, der zielstrebigem politisches Handeln überflüssig macht; andererseits macht die sowjetische Ablehnung der Konvergenztheorie eine Konzeption und eine praktische Politik für die Überwindung des Ost–West–Gegensatzes nicht unmöglich.

Notwendig ist eine zielstrebigem Politik deshalb, weil es eine Illusion ist zu glauben, daß die Gesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft, irgendeine 'ideologiefreie Rationalität' oder ein 'technologischer Sachzwang' die Menschheit unbewußt und ungewollt in eine friedliche, gerechte und humane Gesellschaft 'hineinschlittern' lassen. Die Menschheit ist zwar sehr wohl noch immer – wie schon oft in der Vergangenheit – in der Gefahr, unbewußt und ungewollt in verheerende Kriege, Krisen und Katastrophen 'hineinzuschlittern'. Aber wenn der Menschheit in Zukunft solche Krisen und Kriege erspart bleiben und die Gesellschaft vernünftiger und humaner wird, dann wird das nicht das Geschenk eines vom Willen und Bewußtsein, von den Vorurteilen und

dem Fanatismus oder der Trägheit und Gleichgültigkeit der Menschen unabhängigen Sachzwanges sein, sondern nur das Ergebnis bewußten und zielstrebigem politischen Handelns.

Die Auffassung, daß die Sachzwänge der Industriegesellschaft zielstrebige Politik nicht überflüssig machen, ist wahrscheinlich leichter zu begründen als die These, daß es trotz Ablehnung der Konvergenztheorie durch die osteuropäischen Kommunisten möglich ist, eine politische Konzeption für die friedliche Überwindung des Ost–West–Gegensatzes und die Synthese beider Systeme zu entwickeln. Zu begründen ist diese These, wenn es gelingt nachzuweisen, daß die osteuropäischen Kommunisten die Konvergenztheorie und die Synthese von Freiheit und Sozialismus nicht wegen eines starren und unabänderlichen Grundsatzes ihrer Theorie ablehnten, nicht aus Böswilligkeit oder unüberwindlichem Dogmatismus, sondern vor allem aus praktisch–politischen Gründen, weil nämlich die vorherrschende Konvergenztheorie und die damit verbundene Politik des Westens auf die innere Entwicklung in Osteuropa Wirkungen ausübte, die sie für absolut unvereinbar hielten mit den Erfordernissen der Staats– und Gesellschaftsräson. Da sie fürchteten, daß diese Entwicklung zum Zusammenbruch des Sozialismus und zur Restauration des Kapitalismus führen könne, stellte Günther Rosé fest: " Die Konvergenztheorie sagt also nicht die Angleichung beider Systeme, sondern den Untergang des Sozialismus voraus".³

Ein Aufsatz von Konstantin Pritzel "Die Sowjetkommunisten und die Konvergenztheorie" enthält überzeugende Argumente für die These, daß die osteuropäischen Kommunisten die Konvergenztheorie nicht aus grundsätzlichen Überlegungen, sondern aus praktischen Gründen ablehnen. Nachdem Pritzel festgestellt hatte, daß die Konvergenztheorie seit etwa 1967 ein zentrales Thema der ideologischen Auseinandersetzung vor allem in der SED, wurde, stellt er sich die Aufgabe, zu klären, "warum man sich gerade auf diese Theorie konzentrierte und sie – im Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Bedeutung im politisch–geistigen Leben der westlichen Welt – zu einem der wichtigsten und gefährlichsten Instrumente eines aggressiven Imperialismus deutete."⁴ Aufschlußreich für die Klärung der Frage, warum die Konvergenztheorie, die zunächst im Osten kaum beachtet worden war, gerade um die Jahreswende 1967/68 in den Mittelpunkt der ideologischen Diskussion rückte, ist die Feststellung Pritzels: "Der Grund hierfür lag in dem verstärkten politischen und ideologischen Erosionsprozeß innerhalb des sozialistischen Lagers, wie er im besonderen an der Entwicklung in der Tschechoslowakei sichtbar wurde. Im Zuge der Abwehr dieser Tendenzen durch Moskau und seine Verbündeten wurde die Konvergenztheorie umgedeutet zur ideologischen Basis des aggressiven Imperialismus, zum bewußt eingesetzten Mittel des Klassenkampfes gegen das sozialistische Lager sowie zum Instrumentarium der neuen Ostpolitik."⁵

Da der Grund für die Ablehnung der Konvergenztheorie nicht in einem unabänderlichen theoretischen Prinzip zu sehen ist, sondern in jenem "verstärkten politischen

³ Ebda., S. 11

⁴ Konstantin Pritzel, Die Sowjetkommunisten und die Konvergenztheorie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5/70, 31. Januar 1970, S. 3

⁵ Ebda., S. 18

und ideologischen Erosionsprozeß innerhalb des sozialistischen Lagers", also in realen politischen Faktoren, die sich ändern können, kann sich auch die Einstellung der osteuropäischen Kommunisten zur Konvergenz ändern. Es besteht also die Chance, daß sie die Grundgedanken der Konvergenz akzeptieren, wenn sie nicht mehr einen inneren Erosionsprozeß zu befürchten haben, der zum Zusammenbruch des sozialistischen Systems führen kann.

Wenn wir dazu beitragen wollen, daß die europäischen Kommunisten die Konvergenz der Systeme akzeptieren, müssen wir zunächst die Faktoren erkennen, die jenen inneren Erosionsprozeß bewirken, der aus Gründen der Staats– und Gesellschaftsräson Abwehrreaktionen gegen die Synthese von Freiheit und Sozialismus hervorruft. Und wir müssen prüfen, ob eine veränderte Konvergenztheorie, verbunden mit einer neuen westlichen Politik, die Erosionswirkung dieser Faktoren aufzuheben vermag, so daß eine konvergierende Entwicklung in Osteuropa nicht mehr gegen die Erfordernisse der Staats– und Gesellschaftsräson verstößt.

Aus der gegenwärtigen Ablehnung der Konvergenztheorie ist jedenfalls nicht zu schließen, daß die osteuropäischen Kommunisten endgültig eine ihnen aus dem Westen entgegengestreckte Hand der Versöhnung zurückgewiesen und sich dafür entschieden haben, den Ost–West–Konflikt bis zum Sieg des eigenen Blockes fortzusetzen. Bei einer genaueren Analyse stellt sich sogar paradoxerweise heraus, daß der ideologische Kampf gegen die Konvergenztheorie gar nicht gegen eine fortschrittliche politische Theorie und Praxis des Westens gerichtet ist, sondern gegen eine theoretische und praktische Tendenz progressiver Konvergenz, die im Osten entstanden und nur dort zu einer realen politischen und geistigen Kraft geworden war. Konstantin Pritzel ist zu recht verwundert darüber, daß man sich seit etwa Ende 1967 in der ideologischen Auseinandersetzung auf die Konvergenztheorie konzentrierte und sie, wie er hervorhebt, "– im Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Bedeutung im politisch–geistigen Leben der westlichen Welt – zu einem der wichtigsten und gefährlichsten Instrumente eines aggressiven Imperialismus deutete ..."⁶ "Im Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Bedeutung im politisch–geistigen Leben der westlichen Welt", wo die Konvergenztheorie trotz einer gewissen Publizität in den letzten Jahren eine Angelegenheit einiger Intellektueller blieb, wurde sie im politisch–geistigen Leben der östlichen Welt zu einer realen Kraft. Nicht gegen die Konvergenztheorie im Westen, sondern gegen die revolutionäre Wirksamkeit einer neuen politischen Idee im Osten richtete sich in Wirklichkeit die offizielle ideologische Kampagne gegen die Konvergenztheorie.

In seinem 1956 erschienenen Buch "Der Katorgan" berichtet Bernhard Röder über zahlreiche Gespräche, die er in sowjetischen Zwangsarbeitslagern seit 1950 mit kommunistischen Intellektuellen geführt hat, die oft – ohne das

⁶ Ebda., S. 3

Wort Konvergenztheorie zu verwenden – zentrale Gedanken dieser Theorie vortragen. Einen dieser Gesprächspartner zitiert Roeder wie folgt: "Je mehr unser System sich wirtschaftlich, wissenschaftlich und technisch entwickelt, um so mehr wird die industrielle Demokratisierung auch bei uns hervortreten. Siehst Du, diese schöne These habe ich als Erster aufgestellt. Im Westen hätte ich dafür ein gutes Honorar, hier aber habe ich fünfundzwanzig Jahre bekommen – das ist eben der Unterschied."⁷

Und ein anderer sowjetischer Intellektueller faßte lange vor den westlichen Theoretikern in einem sowjetischen Arbeitslager die Grundgedanken der Konvergenztheorie zusammen: "Die Weiterentwicklung der russischen Revolution im freiheitlichen Sinne wird durch die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft, Technik und Wissenschaft Schritt für Schritt erzwungen. In dem täglichen Konflikt zwischen den Forderungen der Praxis in jedem Betrieb und den Forderungen der Doktrin fällt die Entscheidung schließlich immer zugunsten der Praxis, wird die Doktrin immer wieder revidiert und immer weiter ausgehöhlt. Eines Tages wird man die Doktrin wie ein altes Baugerüst wegräumen, dann wird jeder den neuen Bau sehen, der hinter dem dreckigen alten Gerüst entstanden ist. In dem Maße, in dem sich die russische Revolution über den Bolschewismus hinaus im freiheitlichen Sinne weiterentwickelt, wird es zu einem friedlichen Zusammenwachsen der beiden großen Welten des Ostens und des Westens kommen und damit zu dem neuen großen Schritt in der Menschheitsentwicklung, die über die urzeitliche Horde und die moderne Nation zu einer globalen Zusammenfassung, zur Einheit der Menschheit herangereift ist."⁸ Daß er diese Konvergenz nicht nur als einen objektiven Prozeß ansah, sondern als eine durch politisches Engagement zu verwirklichende Perspektive, zeigte dieser sowjetische Intellektuelle mit der Antwort, die er auf die Frage gab, wo er in diesem Prozeß seinen Platz sehe: "Morgen – wenn es für uns noch ein Morgen gibt – in der Mitarbeit an der Beseitigung der falschen bolschewistischen Positionen, die die freiheitliche Entfaltung der Revolution hemmen."⁹

Waren die in den sowjetischen Zwangsarbeitslagern entwickelten Gedanken politisch noch ohnmächtig, so wurde die Idee eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus 1956 nicht nur in Polen und in Ungarn, sondern auch in der Sowjetunion und vor allem in der DDR zu einer realen politischen Kraft innerhalb der kommunistischen Parteien. Es war die selbstgefällige Vorstellung von der "Zone", die die westdeutsche Öffentlichkeit daran hinderte, die wohl zukunftsreichsten politischen Ideen, die im Nachkriegsdeutschland gedacht wurden, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, geschweige sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Konzeption des Dritten Weges,¹⁰ nach

der ein einheitliches Deutschland sowohl außenpolitisch eine Brücke zwischen Ost und West bilden als auch eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung entwickeln sollte, die die Vorzüge beider Systeme vereint, ihre Nachteile aber eliminiert, wurde in den fünfziger Jahren von deutschen Kommunisten in der DDR entwickelt, von der veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik weitgehend ignoriert und von den politischen Parteien nicht aufgegriffen. Der Prager Frühling des Jahres 1968 fand zwar unter antisowjetischem Vorzeichen in der westlichen Welt eine spektakuläre publizistische Resonanz. Aber in keinem westlich-kapitalistischen Land wurde die vom Westen so sehr gelobte Synthese von Freiheit und Sozialismus so weitgehend verwirklicht wie in der CSSR.

Wenn die meisten Führungsgruppen der osteuropäischen Kommunisten die Idee des Dritten Weges, die Synthese von Freiheit und Sozialismus und die Konvergenztheorie ideologisch und machtpolitisch bekämpft haben, so haben sie damit keineswegs eine ihnen aus dem Westen großzügig entgegengestreckte Hand der Versöhnung feindselig zurückgewiesen, haben sie keine westliche Theorie und Praxis für eine friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes bekämpft. Sie haben vielmehr die mutigsten und fortschrittlichsten europäischen Kommunisten daran gehindert, dem Westen zu großzügig die Hand zur Versöhnung und Zusammenarbeit zu reichen, und zwar vor allem deshalb, weil diesem Angebot weder 1956 noch 1968 ein gleichwertiges Angebot aus dem Westen entgegenkam, weil der realen Chance für einen freiheitlich-demokratischen Sozialismus 1956 in der DDR und in Ungarn und 1968 in der CSSR keine gleichwertige Chance für einen freiheitlich-demokratischen Sozialismus in einem westlich-kapitalistischen Land gegenüberstand.

Solange die praktischen Ansätze einer konvergierenden Entwicklung durch die Synthese von Freiheit, Demokratie und Sozialismus auf europäische Länder beschränkt bleiben, wecken sie auch bei nicht-stalinistischen Funktionären die Befürchtung, daß eine Entwicklung wie in der CSSR nicht zur erhofften Höherentwicklung des östlichen Systems, zur Synthese von Freiheit und Sozialismus führt, sondern zur Aufgabe des Sozialismus, zum Übertritt in den westlich-kapitalistischen Block und damit zur Restauration des Kapitalismus. Auch wer – wie der Verfasser – der Meinung ist, daß die meisten Vertreter der bürokratischen Herrschaft in Osteuropa die Intervention nicht deshalb forderten und befürworteten, weil der Sozialismus in der CSSR in Gefahr war, sondern weil dieser vom Volk unterstützte Sozialismus mit menschlichem Gesicht eine ernsthafte Gefahr für die privilegierte und demokratisch nicht legitimierte und kontrollierte Schicht der im Osten politisch herrschenden Bürokratie und der im Westen ökonomisch herrschenden Kapitaleigner wurde, wird zugestehen, daß die akute Gefahr für die innere Stabilität des Ostblocks 1968 größer war als die Gefahr für den westlichen Kapitalismus, die erst mittel- und langfristig wirksam werden konnte. In der Tat ist es logisch überzeugend, daß der Ost-West-Gegensatz nur dann durch eine konvergierende Entwicklung zu überwinden ist, wenn sich nicht nur das östliche sozialistische System zu Freiheit und Demokratie entwickelt, sondern auch das westliche kapitalistische System zum Sozialismus.

⁷ Bernhard Roeder, *Der Katorgan*, Köln/Berlin 1956, S. 40

⁸ Ebda., S. 80 f.

⁹ Ebda., S. 81

¹⁰ Martin Jänicke, *Der Dritte Weg*, Köln 1964

Das Risiko, daß eine radikale Liberalisierung und Demokratisierung in einzelnen Ländern Osteuropas eine Kettenreaktion hervorruft und zum schrittweisen Ausbruch aus dem Ostblock führen kann, besteht auch dann, wenn der Westen gar nicht – wie es die östliche Propaganda behauptet – aktiv und bewußt mit Hilfe der Konvergenztheorie dieses Ziel verfolgt. Denn die für die innere Stabilität des Ostblocks gefährliche Anziehungskraft des Westens ergibt sich nicht aus einer bestimmten westlichen Politik oder aus der intellektuellen Überzeugungskraft und Überlegenheit westlicher Ideen, sondern vor allem aus der materiellen Überlegenheit der höher entwickelten und stärker konsolidierten westlichen Konsumgesellschaft. Schon 1948 schrieb Raymond Aron in seiner Analyse des Ost–West–Konflikts, daß der unterschiedliche Lebensstandard den sowjetischen Bürger dazu verdamme, das Ausland nicht kennenzulernen. Unter diesem Gesichtspunkt hält er den Eisernen Vorhang nicht für einen Unfall der sowjetischen Diplomatie, sondern für "die Folge der russischen Armut".¹¹ Die Sogwirkung des westlichen Lebensstandards ist ein objektiver Faktor, der unabhängig von aggressiven oder friedlichen Absichten der westlichen Politik im Bewußtsein der Bevölkerung das östliche System in Frage stellt. Selbst Reformkommunisten fürchten die Öffnung nach Westen, weil der höhere westliche Lebensstandard in der Bevölkerung ein politisches Bewußtsein erzeugen kann, das die Verbesserung der eigenen Situation durch die Übernahme des westlichen Systems anstrebt, nicht aber durch die Weiter- und Höherentwicklung des östlichen Systems. Da zumindest in diesem Jahrzehnt der private Konsum im Westen höher sein wird als im Osten, bleibt das westliche System ein objektiver Faktor, der – unabhängig von der westlichen Außenpolitik – bei den inneren Auseinandersetzungen zwischen Reformkommunisten und Dogmatikern die Position der Dogmatiker stärkt und daher eine konsequente Liberalisierung und Demokratisierung erschwert. Eine westliche Außenpolitik der Entspannung kann diese Wirkung durchaus einschränken, aber nicht völlig ausschalten.

Freiheit und Demokratie im Osten durch Demokratischen Sozialismus im Westen

Aus der Einsicht in die Gründe, aus denen die osteuropäischen Kommunisten die Konvergenztheorie ablehnen, ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die westliche Politik nur dann wirksam zur Überwindung des Ost–West–Gegensatzes und damit zur Neuvereinigung Deutschlands beitragen kann, wenn sie nicht auf eine rein außenpolitische Entspannungspolitik beschränkt bleibt, sondern auch durch systemüberwindende Reformen das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem schrittweise verändert. Denn nur wenn sich die westlich–kapitalistische Gesellschaft zum Demokratischen Sozialismus entwickelt, können sich in Osteuropa die Anhänger eines Demokratischen Sozialismus mit menschlichem Gesicht durchsetzen.

¹¹ Raymond Aron, *Le grand schisme*, Paris 1948, S. 22

Ein Westeuropa, das die bisher nur für kurze Zeit in der CSSR annähernd verwirklichte Synthese von Freiheit, Demokratie und Sozialismus durchsetzte, würde auf die latenten freiheitlichen und demokratischen Tendenzen in ganz Osteuropa ebenso 'ansteckend' und stimulierend wirken wie das Beispiel der CSSR 1968. Aber in diesem Fall hätten es die führenden Repräsentanten des bürokratischen Sozialismus einerseits nicht so leicht, die Entwicklung zum Demokratischen Sozialismus mit militärischer Gewalt aufzuhalten. Darüber hinaus dürfte eine konvergierende Entwicklung Westeuropas, in deren Verlauf das kapitalistische System schrittweise durch sozialistische Verhältnisse überwunden wird ohne daß dabei die liberalen und demokratischen Freiheiten und Rechte eingeschränkt oder aufgehoben werden, der herrschenden Bürokratie in Osteuropa kaum einen überzeugenden Vorwurf liefern, die Synthese von Freiheit, Demokratie und Sozialismus als ein Mittel zur Restauration des Kapitalismus zu diffamieren.

Um die Frage zu beantworten, ob wir im Interesse der deutschen Einheit die Entwicklung Westeuropas zu einem Demokratischen Sozialismus akzeptieren können oder ob die Erhaltung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems wichtiger ist als die Neuvereinigung Deutschlands, ist kurz das kapitalistische System zu charakterisieren und auf einige Kriterien eines Demokratischen Sozialismus hinzuweisen. Die folgenden Ausführungen erheben keineswegs den Anspruch, eine umfassende Kapitalismus–Kritik und ein "Regierungsprogramm" anzubieten, das zugleich den Demokratischen Sozialismus und die deutsche Einheit verwirklichen könnte, wenn es nur die Bundesregierung als ihr Programm übernehme. Es geht vielmehr nur darum, zu einer Diskussion herauszufordern, auf eine Richtung hinzuweisen, in der eine Lösung der 'deutschen Frage' denkbar ist, und einige Argumente dafür zu liefern, daß die Überwindung des Kapitalismus nicht nur als ein 'Preis' für die deutsche Einheit für uns annehmbar wäre, sondern auch unabhängig davon eine sinnvolle politische Zielsetzung ist.

Ein auffälliges Merkmal des zu überwindenden Kapitalismus ist die ungerechte Vermögensverteilung. In der Bundesrepublik verfügen 1,7 Prozent der privaten Haushalte über mehr als 70 Prozent der Produktivvermögen. Vertreter aller Parteien sehen diese Vermögensverteilung, die gegen die Idee der Gerechtigkeit verstößt, als skandalös an und befürworten die Änderung dieses Zustandes mit politischen Mitteln. Diese Vermögensverteilung verstößt aber auch gegen die Prinzipien der Demokratie; denn: "Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch–Materielle hinaus ... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht."¹²

¹² Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, hrsg. vom Vorstand der SPD, S. 14

Eng verbunden mit der ungerechten Vermögensverteilung und dem Privateigentum an Produktionsmitteln ist die oft ignorierte Tatsache, daß die Prinzipien demokratischer Meinungs- und Willensbildung und demokratischer Kontrolle der gewählten Repräsentanten des Volkes auf den politischen Bereich beschränkt und für Entscheidungsprozesse im wirtschaftlichen Bereich weitgehend nicht gültig sind.

Folgenschwerer als der Verstoß gegen die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Demokratie sind die Maßstäbe und Mechanismen, nach denen im kapitalistischen System alle ökonomischen Entscheidungen gefällt werden müssen. Diese Maßstäbe und Mechanismen machen auch die Unternehmer zu unfreien Objekten des Systems, indem sie sie dazu zwingen, ihre Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt zu fällen, wie sie den höchsten Profit erwirtschaften, nicht unter dem Gesichtspunkt, wie die Produktion am wirksamsten der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen kann.

Die alte Erkenntnis von Marx, daß die Orientierung am Profit gerade nicht dazu führt, daß die Produktion am besten die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse sicherstellt, ist durch den wachsenden Lebensstandard in der Konsumgesellschaft nicht widerlegt, sondern nur deutlicher hervorgehoben worden; denn: "Wir produzieren an den wirklichen Bedürfnissen vorbei. Im marktwirtschaftlichen System konzentrieren wir unsere Kräfte auf die Gebiete, die Zuwachs und rasche Rendite versprechen. Dabei kommen die öffentlichen, vor allem die kommunalen Investitionen und Dienstleistungen zu kurz, obwohl von ihnen in Wahrheit die Qualität unseres Lebens abhängt. Die Marktwirtschaft mobilisiert Armeen raumfressender Automobile dort, wo wir raumsparende Massenverkehrsmittel brauchen. Sie überschwert uns mit Kosmetika und Pharmazeutika, wo Krankenhäuser und Rehabilitationszentren fehlen. Sie zwingt auch noch dem letzten Bürger ein Farbfernsehgerät auf, bevor sie den Bedarf an Schulen, Bibliotheken, Universitäten und Schwimmbädern deckt." 13

Diese Kritik stammt nicht von einem jener scholastischen Pseudomarxisten, die ihre Erkenntnisse über die gegenwärtige Gesellschaft nur aus dem fleißigen Studium der Werke von Marx gewinnen, sondern von einem Politiker, der seine Einsichten aus der täglichen praktischen Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft gewinnt, nämlich vom langjährigen Münchener Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel. Aus seinen Erfahrungen leitet er die Forderung ab, "daß die Politik Vorrang vor der Wirtschaft hat, ihr Ziele steckt, sie aus der herrschenden in die dienende Rolle verweist und sie auf diese Ziele hin unter Kontrolle hält". Zu diesem Zweck sei eine Erhöhung der Steuerquote notwendig. "Jeder von uns wird der Gemeinschaft einen höheren Beitrag leisten müssen, wenn die Lebensqualität nicht weiter absinken, sondern auf längere Sicht sogar steigen soll. Denn der Lebensstandard ist nicht gleich Lebensqualität. Ja, die Lebensqualität sinkt offenkundig bei steigendem Konsum. Und die Strafen, die wir für die Mißachtung dieser Gesetzmäßigkeit zu zahlen haben, sind hoch." 14

13 Hans-Jochen Vogel, Mehr Geld für die Gemeinden, in: Der Stern, Nr. 50/71
14 Ebda.

Wenn auch Vogel nüchtern genug ist, in der Verstaatlichung kein Patentrezept zu sehen, das alle Probleme löst, so gelangt er doch zu der Schlußfolgerung, daß die großen Probleme nicht allein durch Reformen im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems, sondern nur durch die Reform des Systems selbst zu lösen sind. In einem Referat vor dem Deutschen Städtetag 1971 stellte er die Frage, "ob einige der von mir beschriebenen Mängel und Gefahren innerhalb des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems überhaupt behoben werden, das heißt, ob die Städte unter den Bedingungen der heutigen Industriegesellschaft überhaupt gesund können". In seiner Antwort auf diese Frage spricht er die Befürchtung aus, "daß die besten Planungsteams mit modernsten Verwaltungs- und Steuerungstechniken ... den Kampf um die Vermenschlichung der Städte nicht gewinnen werden, wenn wir nicht das System selbst reformieren". Nachdem Vogel auf die "widersinnigen, mitunter sogar zerstörerischen und unmenschlichen Konsequenzen" des Systems hingewiesen hat, das unter anderem der Bodenspekulation fast unbegrenzten Vorschub leiste und jede private Investition für produktiv, jede öffentliche aber für unproduktiv halte, fordert er: "Aber es ist an der Zeit, das System in seine Schranken zu weisen und es schrittweise zurückzudrängen." 15

Der durch die Orientierung am Profit bedingte Sachzwang des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, der gegenwärtig nur zu geringe Sozialinvestitionen und bei steigendem Konsum eine Verringerung der Qualität des Lebens zur Folge hat, bedroht in schon absehbarer Zukunft die materiellen und sozialen Existenzgrundlagen der Menschheit. Am Massachusetts Institute of Technology in den USA haben Wissenschaftler in einer mathematischen Systemanalyse errechnet, daß die Menschheit in einen katastrophalen Zustand geraten wird, wenn die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung weiterhin den dem Industriesystem innewohnenden Sachzwängen überlassen bleibt und nicht durch politische Mittel unter Kontrolle gebracht werden kann (Meadows u. a., The Limits to Growth, New York 1972). Die Berechnungen der Wissenschaftler scheinen die Zusammenbruchs- und Katastrophentheorie zu bestätigen, die Marx im 19. Jahrhundert aufstellte und die viele durch die Entwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert als empirisch widerlegt ansahen. Allerdings war die von Marx unter anderen Voraussetzungen formulierte Katastrophentheorie viel weniger pessimistisch; denn der von ihm erwartete Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems bildete ja nur die Grundlage für die Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft zum Sozialismus. Dagegen prognostizieren die Wissenschaftler auf Grund mathematischer Berechnungen den katastrophalen Zusammenbruch der hochentwickelten Industriesysteme überhaupt.

Wenn dem östlichen Kommunismus manchmal vorgeworfen wurde, er opfere die gegenwärtig lebende Generation dem utopischen Glück künftiger Generationen, so ist dem Privatkapitalismus vorzuwerfen, daß er die Existenzgrundlagen

15 In: Die ZEIT v. 4.6.1971, S. 12

der nächsten Generation der Menschheit dem privaten Profit und dem zweifelhaften Massenkonsum der Gegenwart opfert.

Angesichts dieser die Existenzgrundlagen der Menschheit bedrohenden Gefahren wird die Frage der staatlichen Einheit oder Teilung Deutschlands zu einem relativ nebensächlichen Problem. Wenn wir aber in Deutschland einen Beitrag zur Lösung der wirklich bedrohlichen Probleme leisten, können wir gleichzeitig die Frage der deutschen Einheit in Übereinstimmung mit den Lebensinteressen aller Völker einer Lösung näherbringen. Denn ein Konzept systemüberwindender Reformen, das durch die Entwicklung eines Demokratischen Sozialismus im Westen die Neuvereinigung Deutschlands auf der Grundlage einer Synthese des westlichen und des östlichen Systems ermöglichen soll, hat gleichzeitig die Aufgabe, die vom Sachzwang des kapitalistischen Systems ausgehenden Gefahren abzuwenden.

Wenn auch im Rahmen systemüberwindender Reformen die private Verfügungsgewalt der wenigen Eigentümer über die Produktionsmittel abzubauen ist, so wird doch die Verstaatlichung nur von den Apologeten des Kapitalismus und von den Vulgärmarxisten als Hauptproblem angesehen. Während erstere darin ein Schreckgespenst sehen, das großes Unheil über die Menschheit bringen wird, betrachten es letztere als billiges Patentrezept, von dem sie das große Heil für die Menschheit erwarten. Da in einer gesellschaftlich geleiteten und kontrollierten Wirtschaftsordnung neue Kriterien für ökonomische Entscheidungen und Prioritäten erforderlich sind, wenn man die materiellen Mittel im Interesse der Menschen sinnvoller als in der profitorientierten Privatwirtschaft einsetzen will, ist der Sozialismus nicht nur ein institutionelles und technokratisches, sondern auch ein normatives Problem. Eine systemüberwindende Reformpolitik ist daher nur zu konzipieren auf der Grundlage eines neuen politischen Denkens, das über die heute vorherrschenden Ansätze hinausgeht und auch in der Lage ist, über Wertprobleme und Zielvorstellungen etw. auszusagen.

Die Grenzen des Kritischen Rationalismus

Während in den fünfziger und sechziger Jahren das politische Denken der Ost–West–Konfrontation weitgehend durch Irrationalismus gekennzeichnet war, kann als theoretische Grundlage der westlichen Entspannungspolitik und der neuen Deutschland– und Ostpolitik der Kritische Rationalismus¹⁶ angesehen werden. Dieser Kritische Rationalismus ist gewiß ein großer Fortschritt gegenüber dem politischen Irrationalismus des Kalten Krieges und der alten Wiedervereinigungskonzeption. Ihm ist es gelungen, falsche Vorstellungen, irrealer Hoffnungen und gefährliche Fehleinschätzungen abzubauen. Damit hat er zur Bewältigung der Vergangenheit beigetragen, ohne die es unmöglich ist, einen gangbaren Weg in die Zukunft zu suchen. Aber er

reicht nicht aus, um die in der Wirklichkeit enthaltenen konstruktiven Möglichkeiten für eine vernünftige und humane Gesellschaft zu erkennen und zu verwirklichen.

Das theoretische Problem, um das es hier geht und das für die politische Praxis von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, sei hier kurz mit Hilfe einiger Überlegungen von Jean Amery und Bundesminister Eppler erläutert. Jean Amery hat in einer Rezension des Buches von Hans Albert "Plädoyer für kritischen Rationalismus" in der Wochenzeitung "Die Zeit" die Einwände gegen den Kritischen Rationalismus prägnant zusammengefaßt. Er anerkennt die Leistungen der kritischen Vernunft für die Kritik, hält sie aber für problematisch "dort, wo sie vor der Herausforderung steht, geistige Alternativen, die zugleich auch soziale und politische sein müssen, denn anders wären sie nicht triftig, dem Leser vorzuschlagen".¹⁷ Die aus der Methodologie der Naturwissenschaften stammende kritische Vernunft sei zwar durchaus nicht immer die gehorsame Dienerin bestehender Ordnungen, doch andererseits könne sie auch "keine theoretische und keine existenzielle Berufung, bessere Zustände heraufzuführen", nachweisen. Amery bewertet die kritische Vernunft durchaus als ein "emanzipatorisches Denkangebot", als notwendige Schranke gegen die Ausschweifung der spekulativen Vernunft, gegen Dogmatismus und Schwärmerei. "Sie enthebt uns jedoch nicht der Aufgabe, Methoden des Denkens und Imperative des Verhaltens zu suchen, die eine wesentlich formale Ratio uns nicht an die Hand gibt."¹⁸

Bundesminister Erhard Eppler, der "das Mißtrauen gegen jegliche Ideologie" und pragmatisches Handeln als gemeinsames Merkmal seiner Generation der heutigen Mittvierziger ansieht, stimmt dennoch in einem Artikel der Auffassung der jüngeren Generation zu, daß der Pragmatismus selbst zu einer konservativen Ideologie wird: "Wer sich nur 'pragmatisch' von Tag zu Tag durchzuwursteln versucht, kann das Bestehende nicht mehr in Frage stellen." Sodann begründet er die Auffassung, daß der Pragmatismus, der vorgibt, sich von der jeweiligen Zweckmäßigkeit und nicht von ideologischen Prämissen leiten zu lassen, selbst unzweckmäßig wird und zu Fehlentscheidungen über Investitionen führen kann. Besonders langfristige Planungen erfordern Entscheidungen auf der Grundlage von Wertungen. "Und wer gezwungen ist, langfristig zu planen, stößt rasch auf die Frage, worauf er denn hinauswolle. Das alles geht nicht ohne wissenschaftliche Prognosen, aber eben auch nicht ohne Wertentscheidungen. Es reicht nicht, festzustellen, was wahrscheinlich sein wird, wir sind auch gefragt, was wir – immer in der Bandbreite des Möglichen – haben wollen."¹⁹

Da die Problematik normativen und empirischen Denkens hier nicht ausführlich zu behandeln ist, kann nur thesenartig zusammengefaßt die Richtung angedeutet werden, in der politisches Denken zur Grundlage einer progressiven politischen Praxis werden kann.

¹⁶ In der Wissenschaftstheorie vertreten vor allem durch Karl R. Popper und Hans Albert

¹⁷ Jean Amery, Kritik der kritischen Vernunft, in: Die ZEIT, Nr. 15/71

¹⁸ Ebda.

¹⁹ Berliner Stimme v. 27. Februar 1971, S.5

Um eine politische Konzeption mit einer realisierbaren Perspektive zu entwickeln, ist ein zweidimensionales Denken erforderlich, das sowohl empirisch—analytisch und logisch als auch normativ ist, also ein Denken, das die Welt nicht nur empirisch richtig erkennt und interpretiert, sondern darüber hinaus Normen und Kriterien entwickelt, mit denen die faktisch vorgefundene Wirklichkeit zu bewerten und die Richtung für ihre bewußte Veränderung zu bestimmen ist. Denn nicht nur eindimensional normativ—emotionales Denken, auch eindimensional empirisch—analytisches Denken kann nicht zum rationalen politischen Handeln anleiten und führt daher zum politischen Irrationalismus. Während die Vertreter eines eindimensional normativen Denkens zwar wissen, welche Ziele und Zwecke sie anstreben wollen, sind sie nicht in der Lage zu erkennen, mit welchen Mitteln und Methoden sie diese Ziele verwirklichen können. Mit Hilfe des eindimensional empirisch—analytischen Denkens dagegen kann man sehr wohl erkennen, mit welchen Methoden und Mitteln bestimmte Ziele und Zwecke zu verwirklichen sind, aber man weiß nicht, welche Ziele und Zwecke überhaupt erstrebenswert sind. Um sowohl einen Irrationalismus und Dezisionismus der *Ziele und Zwecke* zu vermeiden, der die Konsequenz eindimensional empirischen Denkens ist, als auch den für die politische Praxis nicht weniger schädlichen Irrationalismus und Dezisionismus der *Mittel und Methoden*, der aus einem eindimensional normativ—emotionalen und spekulativen Denken folgt, ist ein zweidimensionales bzw. dialektisches Denken erforderlich. Die politische Philosophie der Kritischen Theorie, bzw. der Frankfurter Schule Adornos und Horkheimers, die auch als Beispiel dialektischen Denkens verstanden wird, erfüllt allerdings diese Ansprüche nicht.²⁰

Dialektisches Denken verbindet die normativ—emotionale mit der empirisch—analytischen Dimension des Denkens, um gleichzeitig handlungsmotivierendes und handlungsorientierendes Wissen zu erlangen. Die normative Reflexion ermittelt in Verbindung mit einer empirischen Analyse der Wirklichkeit realisierbare Zielvorstellungen. Die empirische Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen hat gleichzeitig die Aufgabe, zu erkennen, mit welchen Mitteln, Maßnahmen, Institutionen und Aktionen die Zielvorstellungen zu verwirklichen sind.

Dieses dialektische politische Denken, das empirisch—analytische und normative Elemente verbindet, kann die objektivistische Konvergenztheorie, nach der Politik überflüssig ist, durch eine normative Komponente ergänzen. Auf der Grundlage des dialektischen Denkens ist in die Konvergenztheorie der Aspekt der politischen Praxis einzubeziehen, so daß die friedliche Überwindung des Ost—West—Gegensatzes nicht mehr fatalistisch von den objektiven Gesetzmäßigkeiten der Industriegesellschaft erwartet werden muß, sondern zum bewußten Ziel politischen Handelns gemacht werden kann.

Wenn eine friedliche, humane und gerechte Gesellschaft nicht automatisch aus einem Sachzwang hervorgeht, sondern nur durch zielstrebige Politik schrittweise zu schaffen ist, dann ist zur Verwirklichung dieser Aufgabe die Mitarbeit der jungen

²⁰ Zum politischen Irrationalismus der Frankfurter Schule vgl. H. Heimann, Wissenschaftskonzeption, Pluralismuskritik und politische Praxis der Neuen Linken, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/70, 4. April 1970

Generation unbedingt erforderlich. Obwohl auch die gegenwärtig vorherrschende Konvergenztheorie schon den emotionalen Antikommunismus überwunden hat, wurde sie von der kritischen jungen Generation abgelehnt oder ignoriert, und zwar vor allem wegen ihres objektivistisch—deterministischen und technokratischen Charakters. Denn auf der Grundlage einer objektivistisch—deterministischen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung akzeptiert der Mensch, daß die von ihm geschaffene technologische und institutionelle Wirklichkeit zum aktiven Subjekt wird, der er sich selbst als Objekt passiv anpassen und unterwerfen muß, der er seine Bedürfnisse und seine Wert— und Zielvorstellungen unterzuordnen hat.

Eine Theorie dagegen, die die junge Generation zur Mitarbeit gewinnen soll, darf sich nicht mit der optimistischen Prognose begnügen, daß sich die bestehenden Gesellschaftssysteme aus einem technologischen Sachzwang in einer erfreulichen Richtung entwickeln, sondern sie muß auch normativ sein und Maßstäbe für die Kritik an der bestehenden Ordnung und Kriterien für eine bessere und gerechtere Gesellschaft enthalten. Und sie muß darüber hinaus den Menschen helfen zu erkennen, auf welchem Wege und durch welche politische Praxis sie die technologische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung bewußt in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen, Interessen und Wert— und Zielvorstellungen beeinflussen und planen können. Zweidimensionales Denken, die dialektische Verbindung der empirischen und der normativen Dimension, kann die Menschen davor bewahren, ihre Kräfte für unerreichbare Ziele zu vergeuden oder aber durchaus erreichbare Ziele mit unangemessenen Mitteln verwirklichen zu wollen.

Für die kritische junge Generation grundsätzlich annehmbar ist eine Konzeption des Demokratischen Sozialismus und der progressiven Konvergenz beider Systeme deshalb, weil sie ihren antikapitalistischen und antibürokratischen Wert— und Zielvorstellungen entgegenkommt. Das Engagement der jungen Generation könnte aber nicht nur helfen, den Demokratischen Sozialismus zu verwirklichen. Diese Konzeption könnte auch dazu beitragen, das durch die Protestbewegung geweckte Engagement in politisch wirksamer Form weiterzuentwickeln und zu verhindern, daß es wirkungslos bleibt, weil es sich in Aktionismus, dogmatischem Sektierertum, realitätsfernem Utopismus oder Neokonformismus verliert. Die Gefahren sind deshalb so groß, weil auch das politische Denken der Neuen Linken weitgehend eindimensional ist, nämlich einseitig normativ—emotional wie das Denken der Vertreter der traditionellen Wiedervereinigungskonzeption. Da sie auf eine Analyse der Bedingungen für zweckrationales politisches Handeln verzichten, verfügen sie nur über ein handlungsmotivierendes, aber nicht über ein handlungsorientierendes Wissen, das ihnen sagt, mit welchen Mitteln und Methoden sie ihre Ziele verwirklichen können.

Eine Konzeption des Demokratischen Sozialismus bietet auch die Möglichkeit, sich mit der irrealen Revolutionskonzeption der jungen Generation auseinanderzusetzen und ihre unklare Haltung zur parlamentarischen Demokratie zu beeinflussen. Gegenwärtig besteht die Gefahr, daß die überwiegend an-

tikapitalistisch eingestellte junge Generation auch der parlamentarischen Demokratie gegenüber eine skeptische, gleichgültige oder sogar ablehnende Haltung entwickelt, weil viele glauben, sie sei nur die politische Form, die es den Besitzenden ermöglicht, ihre ökonomische Herrschaft uneingeschränkt auszuüben. Diese für die Zukunft der Demokratie bedenkliche Haltung könnte sich ändern, wenn durch eine schrittweise Entwicklung zum Sozialismus zu zeigen wäre, daß die liberale, rechtsstaatliche und parlamentarische Demokratie auch die politische Form sein kann, die es der großen Mehrheit der ökonomisch Abhängigen ermöglicht, die Herrschaft und die Privilegien der kleinen Minderheit, die über die Produktionsmittel verfügt, abzubauen und die Prinzipien der Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung auf alle Bereiche der Gesellschaft auszudehnen, anstatt sie auch im politischen Bereich aufzuheben.

Anders als beim herrschenden Kommunismus, der noch immer der Kommunismus der Herrschenden ist, geht es hier um eine Konzeption des Sozialismus, die im doppelten Sinne demokratisch ist: Nicht nur das Ziel ist demokratisch, nämlich eine in allen Bereichen demokratisch strukturierte Gesellschaft, auch der Weg, die Mittel und Methoden zur Verwirklichung dieses Zieles sind es.

Obwohl in der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie die demokratische Beteiligung der Bevölkerung weitgehend auf die Wahl von Repräsentanten beschränkt bleibt, ist ihre Abschaffung zugunsten einer direkten und radikalen Demokratie kein Mittel für eine weitere Demokratisierung. Denn eine direkte und radikale Demokratie ist nur in einer ziemlich kleinen Gesellschaft funktionsfähig. Um immer mehr Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, ist nur eine Synthese parlamentarisch-repräsentativer und direkter Demokratie möglich, indem die repräsentative Demokratie – unter anderem durch Basisarbeit und Erweiterung der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie – durch Elemente direkter Demokratie ergänzt wird.

Für den friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus spricht nicht nur das pragmatische Argument, daß in den hochentwickelten Industriegesellschaften keine revolutionäre Situation besteht und revolutionäre Erhebungen daher keine Erfolgchancen haben. Es gibt auch noch ein grundsätzliches Argument gegen eine Konzeption der revolutionären Machtergreifung in der gegenwärtigen Demokratie. Während in einer Diktatur die revolutionäre Strategie mit dem Argument zu rechtfertigen ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung gar keine legale Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Interessen besitzt, kann sich eine politische Bewegung in einem demokratischen Staat nur unter den beiden folgenden Voraussetzungen für eine revolutionäre Kampfmethodik entscheiden: Wenn die Mehrheit der Bevölkerung die Ziele der revolutionären Partei ablehnt und wenn sich diese auch gar nicht bemühen will, für die Durchsetzung ihrer Ziele die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten. Sie will also die politische Macht ohne die Zustimmung, ja gegen den Willen der Mehrheit erobern und ausüben; allerdings in der elitären Überzeugung, das zwar gegen den subjektiven Willen, aber doch im objektiven Interesse der großen Mehrheit zu tun, die zunächst mit Gewalt, durch eine Erziehungsdiktatur, zu der emanzipatorischen Einsicht gezwungen werden muß, daß die politische Herr-

schaft dieser bewußten Minderheit im objektiven Interesse der bewußtlosen Mehrheit liegt. Im Gegensatz zu dieser elitären Revolutionstheorie ist aus der historischen Erfahrung die Schlußfolgerung zu ziehen, daß nicht eine Entwicklungsdiktatur, sondern eine Erziehungsdemokratie eine angemessene Methode zur Verwirklichung eines Demokratischen Sozialismus sein kann.

Veränderung des innenpolitischen Status quo in Ost und West

Die Konzeption des Demokratischen Sozialismus kann die Grundlage für eine Politik zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und daher auch für die Neuvereinigung Deutschlands werden, weil sie von der Einsicht ausgeht, daß infolge des atomaren Gleichgewichts und der inneren Stabilität der Systeme in Ost und West diese Ziele nicht als außenpolitischer und gesellschaftspolitischer Sieg des Westens über den Osten oder umgekehrt – zu verwirklichen sind. Eine Lösung des Ost-West-Konfliktes durch den Sieg einer Seite ist aber nicht nur aus machtpolitischen Gründen unmöglich, sondern auch aus innenpolitischen Gründen nicht wünschenswert. Denn die Ideologien beider Seiten, die den Gegensatz verabsolutieren, haben die innenpolitische Funktion, das politische Interesse und Wollen auf außenpolitische Probleme zu fixieren und von innenpolitischen Aufgaben abzulenken. Gerade diejenigen, die im feindlichen Lager die Revolution wünschen, bekämpfen in der eigenen Gesellschaft die Evolution. Sie möchten den außenpolitischen Status quo zwischen Ost und West zugunsten des eigenen Blockes verändern, aber den innenpolitischen Status quo im Interesse ihrer Herrschaft und ihrer Privilegien unverändert erhalten.

Die Konzeption für die friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes geht dagegen von der Voraussetzung aus, daß der über die Zukunft der Menschheit entscheidende Kampf nicht die außen- und machtpolitische Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist, sondern die innenpolitische Auseinandersetzung zwischen dogmatischen und progressiven Kräften innerhalb des Ostens und des Westens. Diese Auseinandersetzung ist aber nicht nur als Kampf gegen bestimmte Personengruppen zu verstehen, sondern vor allem auch als sachliches Bemühen um Lösung der drängenden Probleme. Vorteilhaft für eine friedliche Zukunft und für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft ist es allein, innerhalb des Ostens und des Westens die Macht und die Privilegien der Herrschenden gegenüber dem Volk einzuschränken und gleichzeitig den innenpolitischen Status quo in beiden Blöcken durch systemüberwindende Reformen so zu verändern, daß die Wurzeln der Aggressivität, der unversöhnlichen Feindschaft, der Spannungen und der möglichen Kriege beseitigt und Elemente einer konvergierenden Entwicklung verstärkt und neu geschaffen werden.

Die in Ost und West zu lösenden Sachfragen machen eine solche politische Konzeption notwendig, weil sie es nicht auf die Dauer erlauben, von diesen Fragen abzulenken und die zu ihrer Lösung notwendigen Mittel für ein sinnloses Wettrüsten zu vergeuden. Dennoch folgt aus diesen Sachfragen nicht automatisch die Verständigungsbereitschaft. Eine unentbehrliche Grundlage für eine Politik der Verständigung ist ein intellektueller Wandel der Menschen, eine Entwicklung vom Freund-

Feind—Denken zum dialogischen Denken. Dieser Wandel, der die Relativierung des Ost—West—Gegensatzes beinhaltet, wurde begünstigt durch persönliche Begegnungen und Diskussionen zwischen Menschen aus Ost und West, zwischen Anhängern unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen.

Eine relativierende Haltung gegenüber konkurrierenden Ideen und Weltanschauungen war auch die Grundlage eines intensiven Dialoges, der schon Mitte der sechziger Jahre zwischen progressiven Vertretern des Marxismus und des Christentums stattfand.²¹ Die Qualität der Partner in diesem Dialog führte zwar zu einer beachtlichen geistigen und theoretischen Konvergenz, aber infolge der geringen Zahl der Beteiligten und der fehlenden Verbindung zu realen politischen Bewegungen — mit Ausnahme der CSSR 1968 — hat er kaum zur praktischen Konvergenz der feindlichen Welten beigetragen. Wenn es aber zukünftig gelänge, diesen Dialog im Zusammenhang mit konkreten politischen Aufgaben und Zielsetzungen auf eine breitere politische Basis zu stellen und auch die Sozialdemokratie und die Neue Linke in eine solche Auseinandersetzung mit einzubeziehen, bestünde die Chance, die getrennten Strömungen des Sozialismus — vor allem die sozialdemokratische, die christliche, die kommunistische und die Neue Linke — zu einer politischen Kraft werden zu lassen, die trotz unterschiedlicher Tendenzen gemeinsam für die Lösung der Aufgaben unserer Zeit wirken könnte. Eine solche Kraft wäre stark genug, in Ost und West systemüberwindende Reformen in Richtung eines demokratischen Sozialismus durchzusetzen und den Ost—West—Gegensatz friedlich zu überwinden.

Im Rahmen einer solchen friedlichen Überwindung des Ost—West—Gegensatzes ist auch eine Konzeption für die Neuvereinigung Deutschlands zu entwickeln, die nicht gegen die Minimalforderung der Staats— und Gesellschaftsräson beider Systeme verstößt und daher für unsere westlichen und östlichen Nachbarn annehmbar ist. Annehmbar für beide Seiten ist eine Politik für die Neuvereinigung Deutschlands, wenn sie nicht die machtpolitische Stärkung des einen Blockes zum Ziel oder zur Konsequenz hat und wenn sie nicht zu einem Faktor werden kann, der im Osten oder im Westen einen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung zugunsten des konkurrierenden Systems begünstigen könnte. Da das der Fall wäre, wenn bei einer Vereinigung die herrschenden westlichen oder östlichen Verhältnisse innerhalb kurzer Frist auf ganz Deutschland ausgedehnt würden, ist ein einheitliches Deutschland, das nur mit Zustimmung der westlichen und der östlichen Mächte zustande kommen kann, weder auf der Grundlage des westlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems noch des östlichen politischen Systems der Parteierrschaft möglich. Mit der Staats— und Gesellschaftsräson unserer westlichen und östlichen Nachbarn zu vereinbaren ist dagegen ein neuvereinigtes Deutschland, das außenpolitisch eine Brücke zwischen Ost und West bildet und das eine neue politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung entwickelt, die als Synthese beider Systeme sowohl demokratisch und freiheitlich—rechtsstaatlich als auch sozialistisch ist.

Damit die Idee einer Neuvereinigung Deutschlands und Europas durch progressive

²¹ Vgl. Christentum und Marxismus heute, Gespräche der Paulus—Gesellschaft, hrsg. von Erich Kellner, Wien/Frankfurt/Zürich 1966, und die von G. Nenning in Wien herausgegebene Zeitschrift "Neues Forum".

Konvergenz der konkurrierenden Systeme zu einer realisierbaren Konzeption wird, ist es nicht notwendig, ein fertiges Gemälde einer idealen sozialistischen Gesellschaft zu entwerfen und ein Patentrezept für den Weg zu diesem Ziel zu liefern. Aber es ist notwendig, die allgemeinen Kriterien einer Synthese von Freiheit und Sozialismus zu nennen, empirisch nachzuweisen, daß diese Synthese als reale Möglichkeit schon in den bestehenden Verhältnissen und Entwicklungstendenzen in Ost und West angelegt ist und die allgemeine Richtung aufzuzeigen, in der diese reale Möglichkeit durch zielstrebige politische Arbeit zu verwirklichen ist.

Ein konkretes Programm für eine evolutionäre Neuvereinigung kann — da wir ja den Alleinvertretungsanspruch aufgegeben haben — nicht allein in der Bundesrepublik entworfen werden, sondern kann nur Ziel und Ergebnis einer langfristigen und intensiven gesamtdeutschen Auseinandersetzung sein, in der wir die von der SED gestellte Frage aufgreifen müssen, wie das künftige einheitliche Deutschland aussehen soll.

Trotz der gegenwärtig von der SED erhobenen Forderung nach verstärkter ideologischer Abgrenzung kann es künftig möglich werden, die Bevölkerung der DDR durch intensive Kontakte und Diskussionen in eine Auseinandersetzung um die Zukunft Deutschlands einzubeziehen. Die dazu erforderlichen Kontakte sind allerdings nur mit Zustimmung der DDR herzustellen, die sie nur in dem Maße zulassen wird, in dem sie mit ihrer Staats— und Gesellschaftsräson zu vereinbaren sind. Da solche Kontakte für die DDR die geringsten Gefahren enthalten, wenn sie international anerkannt ist und ihre Existenz weder von der Bundesrepublik noch von der eigenen Bevölkerung in Frage gestellt wird, muß die Bundesrepublik die weitere Konsolidierung der DDR begünstigen.

Wenn diese Diskussionen und Kontakte dazu beitragen sollen, eine konvergierende Entwicklung beider Teile Deutschlands einzuleiten, darf es sich jedoch nicht nur um rein 'menschliche' Kontakte auf privater Ebene handeln, sondern dann brauchen wir vor allem auch politische Kontakte mit den Funktionären, die ja die künftige Entwicklung der DDR entscheidend beeinflussen. Das Denken und Handeln dieser Funktionäre ist nicht durch eine 'böse' Ideologie für alle Zeiten vorausbestimmt, sondern wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst. Einer jener Faktoren, die in der Vergangenheit und teilweise noch heute ihr Denken und Handeln negativ beeinflussen, sind die Verständnislosigkeit, der pharisäische Hochmut, die undifferenzierte Feindseligkeit aus dem Westen. Wenn wir vom Westen aus versuchen wollen, das Denken dieser Funktionäre zu beeinflussen und zu ändern, müssen wir zunächst unser eigenes Denken ändern und auf einen Dialog einstellen. Und wenn wir wollen, daß sie die Verhältnisse in der DDR in Richtung eines Demokratischen Sozialismus verändern, müssen wir ihnen mit entsprechenden Bemühungen in der Bundesrepublik vorangehen.

Wird die Konzeption eines Demokratischen Sozialismus in Deutschland, und zwar in Ost und West, zur Grundlage der Politik, so stellt es sich nur an die Spitze von gesellschaftspolitischen Bemühungen, die in allen Ländern notwendig sind, um die inneren Probleme beider Gesellschaften zu lösen und durch eine friedliche Überwindung des Ost—West—Gegensatzes das Überleben der Menschheit zu sichern. Isaac Deutscher schreibt in der Schlußbetrachtung zu seinem Buch "Die unvollendete

Revolution“, daß der gesellschaftliche Status quo keine Basis biete für die Lösung der Probleme und für das Überleben der Menschheit. Auch ein auf unabsehbare Zeit hinausgezogener Stillstand, garantiert durch die nuklearen Abschreckungsmittel, würde zum endgültigen Untergang der Menschheit führen: ”Die Menschheit bedarf für ihr bloßes Überleben der Einigkeit.“²²

Was ist kennzeichnend für diesen gesellschaftlichen Status quo, der tödliche Gefahren für die Menschheit enthält und nicht verewigt werden darf? Der Begriff ”Unvollendete Revolution“, den Deutscher zur Charakterisierung der etablierten kommunistischen Gesellschaften benutzt, eignet sich auch zur Kennzeichnung des gesellschaftlichen Status quo im Westen. So wie im Osten die sozialistische Revolution wesentliche Hoffnungen und Versprechen noch nicht erfüllt hat, so ist im Westen die demokratisch-liberale Revolution inkonsequent und unvollendet geblieben. Wenn auch die progressive Konvergenz zwischen Ost und West die Geschichte nicht zu einem vollendeten Abschluß bringen wird, so kann sie doch einige entscheidende emanzipatorische Versprechen der unvollendeten Revolution des Westens und des Ostens einlösen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Konvergenz und Synthese beider Systeme nicht als pragmatischer Kompromiß zu verstehen, bei dem beide Seiten etwas aufgeben und sich auf einer mittleren Ebene treffen. Ziel ist nicht die unmögliche Synthese von Freiheit und Totalitarismus, Sozialismus und Kapitalismus, bei der der Westen etwas Freiheit und Demokratie aufgibt und etwas Totalitarismus übernimmt, während der Osten etwas Sozialismus aufgibt und dafür etwas Kapitalismus übernimmt; Ziel ist vielmehr die notwendige Synthese von *Freiheit, Demokratie und Sozialismus*. Wenn der Westen nicht totalitäre Elemente übernimmt, sondern den Kapitalismus überwindet, und der Osten nicht kapitalistische Elemente übernimmt, sondern die bürokratische Diktatur überwindet, führt die Konvergenz zu mehr Freiheit als gegenwärtig im Westen verwirklicht ist und zu mehr Sozialismus als gegenwärtig im Osten praktiziert wird. Die beiden Systeme überwinden ihre Gegensätze also nicht, indem sie sich auf einer mittleren Ebene, sondern auf einer *höheren* Ebene treffen.

Die sozialistische Revolution des Ostens blieb bisher unvollendet, weil Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie bedeutet, daß die Masse der Bevölkerung die Chancen für die freie Entfaltung aller schöpferischen Fähigkeiten der Menschen, die der Sozialismus enthält, nur unzureichend nutzen kann. Isaac Deutscher fordert daher für die Veränderung des gesellschaftlichen Status quo im Osten: ”Sie (die Sowjetgesellschaft, H. H.) muß sich die Kontrolle über ihre Regierung verschaffen und den Staat, der sich so lange hoch über die Gesellschaft erhoben hatte, in ein Instrument des demokratisch ausgedrückten Willens und Interesses des Volkes verwandeln. Sie muß als erstes die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit wiederherstellen.“²³

Deutscher betont sodann, daß Meinungs- und Vereinsfreiheit in einer sozialistischen Gesellschaft eine viel größere emanzipatorische Wirkung haben als im Kapitalismus. Nicht nur der Sozialist Isaac Deutscher sieht diese Tatsache, sondern auch der Libera-

le Ralf Dahrendorf, wenn er schreibt: ”In der Weimarer Republik gab es formell die Rolle des Staatsbürgers für alle, aber diese Garantie wurde untergraben durch die fehlenden sozialen Voraussetzungen ihrer Realisierung. In der DDR gibt es diese Voraussetzungen, aber die Realisierung wird unterbunden durch das Verbot jener Bürgerrechte, die zum Bestand der Verfassung der Freiheit gehören ... aber es gibt eine Gesellschaft, die es ihren Menschen ermöglichen würde, von diesen Freiheiten Gebrauch zu machen, wenn es sie gäbe.“²⁴

Auch die liberal-demokratische Revolution des Westens blieb unvollendet, weil ohne Sozialismus die Mehrheit des Volkes die emanzipatorischen Möglichkeiten, die Freiheit und Demokratie enthalten, nur unzureichend nutzen kann. Erst die durch Konvergenz zu schaffende Synthese von Freiheit, Demokratie und Sozialismus vollendet auf evolutionärem Wege die unvollendeten Revolutionen des Westens und des Ostens und ermöglicht es dem ganzen Volk, die in beiden Systemen schon enthaltenen emanzipatorischen Möglichkeiten tatsächlich zu verwirklichen.

Bei den Bemühungen, die unvollendeten Revolutionen auf evolutionärem Wege weiter zu entwickeln, können die europäischen Völker die Initiative ergreifen, weil sie infolge ihrer bisherigen Geschichte die besten Voraussetzungen besitzen, die Synthese von Freiheit, Demokratie und Sozialismus zu verwirklichen. Denn während der Sowjetunion eine liberal-demokratische und den USA eine sozialistische Tradition fehlt, besitzen die europäischen Staaten, einschließlich einiger osteuropäischer Länder, vor allem die CSSR, gleichzeitig eine liberal-demokratische und eine sozialistische Tradition.

Um den Erfolg einer solchen europäischen Initiative nicht ernsthaft in Frage zu stellen, dürfte sie sich keineswegs von anti-amerikanischen und antisowjetischen Tendenzen leiten lassen. Denn diese würden innerhalb der Machteliten der beiden Supermächte gerade die konservativ-reaktionären Kräfte stärken, die bereit wären, die Entwicklung zu einem menschlichen Sozialismus mit Waffengewalt zu verhindern. Auch alle Absichten, einzelne Länder Osteuropas von der Sowjetunion zu trennen und den ”Zersetzungsprozeß sowjetischer Macht“ zu fördern, wie es z. B. Wolfgang Horlacher²⁵ vorschlägt, erschweren nur die friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes durch progressive Konvergenz. Denn die Synthese von Freiheit, Demokratie und Sozialismus ist nicht im Kampf Europas gegen die USA und die Sowjetunion zu verwirklichen, sondern nur gemeinsam mit den progressiven Kräften der amerikanischen und der sowjetischen Gesellschaft.

²² Isaac Deutscher, *Die unvollendete Revolution*, Frankfurt 1970, S. 102

²³ Ebd., S. 94

²⁴ Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, Stuttgart/Hamburg o. J., S. 452

²⁵ Wolfgang Horlacher, *Das rote Bleigewicht – Bonn und Südosteuropa*, Freudenstadt 1970

Nachwort

Der hier abgedruckte Aufsatz erschien im September 1972, als die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um die neue Deutschland- und Ostpolitik im Zusammenhang mit dem vorgezogenen Bundestagswahlkampf ihren Höhepunkt erreichten. Während der erste Teil dieses Aufsatzes diese neue Politik gegen die alten Illusionen der sog. "Wiedervereinigungspolitik" der CDU/CSU verteidigte, sollte der hier nachgedruckte zweite Teil die Entstehung neuer Illusionen verhindern helfen, die die CDU/CSU nachträglich als demagogische Waffe gegen die zu bescheidenen Ergebnisse der sozial-liberalen Politik einsetzen konnte. Denn so konsequent die sozialliberalen Parteien – im Bündnis mit der liberalen Öffentlichkeit – auch die alten Wiedervereinigungsilusionen bekämpft und sogar erfolgreich abgebaut hatten, so inkonsequent und ausweichend verhielten sie sich gegenüber der neu entstehenden Illusion, diese neue Deutschland- und Ostpolitik könnte bei konsequenter Fortsetzung in absehbarer Zeit doch noch zur Wiedervereinigung führen. Eine Grundlage für neue Wiedervereinigungsilusionen könnte der inzwischen oft zitierte offizielle Brief werden, der am 12. August 1970 anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im sowjetischen Außenministerium überreicht wurde und in dem die Bundesregierung feststellte, "daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Diese Formulierung könnte die Illusion fördern, daß eine internationale Friedensordnung in Europa zur Wiedervereinigung Deutschlands führen könnte, während in Wirklichkeit umgekehrt der Verzicht auf konkret-politische Wiedervereinigungsforderungen die unabdingbare Voraussetzung für diesen "Zustand des Friedens in Europa" ist. Daher müßte eine nur an außenpolitischen Kriterien und an einer internationalen Friedensordnung orientierte Deutschlandpolitik ehrlicherweise grundsätzlich auf die deutsche Einheit verzichten, da es keinerlei Ansätze für die Entstehung einer außenpolitischen und internationalen Konstellation gibt, in der die Wiedervereinigung möglich wäre. Da nicht außenpolitische, sondern gesellschaftspolitische Gegensätze zweier Systeme die tiefste Ursache für die fortdauernde Teilung sind, habe ich als Alternative zum endgültigen Verzicht auf die deutsche Einheit im zweiten Teil des Aufsatzes Thesen für eine längerfristige gesellschaftspolitische Konzeption der deutschen und europäischen Neuvereinigung als "Anregungen zu einer konkreten Utopie" formuliert. Während eine abstrakte oder reine Utopie nie praktisch zu verwirklichen ist, selbst wenn eine große Mehrheit der Menschen sie bejaht, verstehe ich unter konkreter Utopie eine politische Konzeption, für deren praktische Verwirklichung reale Chancen bestehen, die also verwirklicht werden kann, wenn eine Mehrheit dies will, bzw. wenn es politische Bewegungen und Organisationen gibt, die eine Mehrheit dafür gewinnen wollen.

Während einerseits der Eurokommunismus die Chancen verbessert, daß eine Mehrheit in Europa für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaftspolitik zu gewinnen ist, steht dem andererseits vor allem das in Ost und West in allen Parteien vorherr-

schende konservative und angepaßte Denken entgegen. Alle Kritiker meines Konzeptes einer Neuvereinigung durch Überwindung des gesellschaftspolitischen Gegensatzes bezweifelten nicht nur die Möglichkeit eines Demokratischen Sozialismus in Osteuropa, sie befürchteten auch, daß eine solche Politik zur Anpassung des Westens an das östliche Gesellschaftssystem führen werde.²⁶

Dagegen sahen die DDR-Kritiker in dieser Konzeption den imperialistischen Versuch, in der DDR den Sozialismus zu beseitigen und die kapitalistische Ordnung zu restaurieren. Konservativ und innovationsunfähig ist dieses in Ost und West vorherrschende Denken, weil es auf die bereits existierende Wirklichkeit fixiert ist und es für völlig unvorstellbar hält, daß politisch bewußt handelnde Menschen eine neue Gesellschaftsordnung schaffen, die sich sowohl von der bestehenden östlichen als auch von der westlichen Ordnung grundsätzlich unterscheidet.

Die in der Bundesrepublik vorherrschende Trennung der politischen und organisatorischen Bewegung des Demokratischen Sozialismus in der SPD von den geistigen Auseinandersetzungen um die Idee des Sozialismus, die in der akademischen Linken stattfinden, macht die Verwirklichung eines gesellschaftspolitischen Konzeptes, das eine geistige Revolution und viel realitätsbezogene soziale Phantasie zur Voraussetzung hat, ebenfalls unwahrscheinlich. Eine erfolgreiche geistige und politische Offensive für den Demokratischen Sozialismus könnte in der Bundesrepublik erst beginnen, wenn der Sozialismus als theoretische Bewegung nicht mehr antisozialistisch ist und die Sozialdemokratie nicht mehr antitheoretisch.

²⁶ Kritische Beiträge zu meinem Aufsatz erschienen im Mai ebenfalls in der Beilage zum PARLAMENT von Matthias Walden, K. M. Kreis, Karl C. Thalheim. In der Beilage Nr. 20 vom 19. Mai 1973, in der auch zwei Stellungnahmen aus der DDR dokumentiert sind, antworte ich auf diese Kritik.

Was ist demokratisch—sozialistische Friedenspolitik?

Die Ausgangslage bei der normativen Bestimmung von Außenpolitik

Wenn hier im folgenden Friedenspolitik als ein Teil von Außenpolitik wissenschaftlich untersucht werden soll, wird von einem Wissenschaftsverständnis ausgegangen, nach dem Wissenschaft nicht wertfrei, sondern wertgebunden ist. Wertgebundene Wissenschaft mißt gesellschaftliche Wirklichkeit an dem, was an den jeweiligen Werten tatsächlich verwirklicht ist. Aus dem Unterschied zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte, muß dann auf die Gesellschaft bezogene Wissenschaft Vorschläge für machbare Veränderungen im Interesse des einzelnen Menschen entwickeln. Wer wertbezogene Wissenschaft betreibt, muß notwendigerweise praxisbezogene Wissenschaft betreiben. Dies bedeutet, eine wissenschaftliche Untersuchung mit dem Ziel, Kontepte, Strategien und nicht zuletzt auch politische Beratung zu entwickeln und voranzutreiben.

Wer mit einem solchen Verständnis von Wissenschaft Außenpolitik analysiert, kritisiert und eigene Vorschläge entwickeln will, steht vor zwei Hindernissen. Das erste Hindernis liegt darin, daß das bislang vorliegende wissenschaftliche Instrumentarium, d. h. die Methoden im allgemeinen, die Konzepte, die Begriffe und die Werte, im einzelnen gegenwärtig noch unzulänglich sind. Das zweite Hindernis liegt in einem Verständnis von Außenpolitik als angeblich parteineutral, ideologiefrei und dem Gemeinwohl verpflichtet, wie man es in Politik und Öffentlichkeit immer wieder findet. Wissenschaftliche Forschung hängt aber mit den gesellschaftlich herrschenden Ansichten und den gesellschaftlichen Strukturen zusammen. Daher muß man die beiden genannten Hindernisse als zwei Seiten einer Medaille begreifen.

Hierbei kann auch eine geschichtliche Betrachtung helfen. Die Wissenschaft und insbesondere die Sozialwissenschaft in ihren verschiedenen Formen wie Philosophie, Sozialphilosophie, politische Theorie, Staatstheorien usw. wurden während und durch die bürgerlichen Revolutionen zum aufklärerischen, anti—feudalistischen und ideologiekritischen Instrument des Bürgertums. Bürgerliche Revolution und die Herausbildung des Nationalstaates mit seiner Abgrenzung gegenüber anderen Nationalstaaten, die Entwicklung der Souveränitätsdoktrin und der politische Kompromiß zwischen Bürgertum und Feudalelite, Außen— und Sicherheitspolitik als Reservat der Exekutive, d. h. des Monarchen, bestehen zu lassen und dafür die Innenpolitik vom Bürgertum weitgehend mitbestimmen zu lassen, hängen miteinander zusammen. Dabei muß diese Arbeitsteilung und die damit verbundene Machtteilung zwischen Bürgertum und Monarch auch unter strategischem Aspekt gesehen werden. Dem Bürgertum kam es zunächst darauf an, im unmittelbaren Nahbereich seine Interessen durchzusetzen. Innenpolitik wurde für wichtiger als Außenpolitik gehalten.

Diese Priorität — ursprünglich strategischen Ursprungs — setzte sich auch in der theoretischen Diskussion durch. Die bürgerlichen Ideale — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — waren in erster Linie nationalstaatlich entwickelt worden. Die Probleme zwischenstaatlicher Beziehungen wurden nicht gesehen, weil man davon ausging, daß es sie nicht gäbe, wenn sich überall die Revolution durchgesetzt hätte. Außenpolitischer Realismus war Einzelfall, außenpolitischer Idealismus in Form von Ideen vom Weltstaat die Regel. Tocqueville und Kant sind dabei die jeweiligen Vertreter. Die Schwerpunktlegung auf innerstaatliche Veränderung und deren spätere Absicherung und der Verweis der Diskussion über zwischenstaatliche Veränderung in die abstrakte Utopie gehören zusammen. Sie beide waren notwendige Voraussetzung zur Entwicklung von Nationalstaatlichkeit. Dasjenige, was darüber hinausging, überließ man althergebrachten Verhaltensmustern, den traditionellen Eliten und den Utopisten. Daß mangleichzeitig mit der Schaffung des bürgerlichen Nationalstaates die für diese alten zwischenstaatlichen Verhaltensmuster grundlegenden Strukturen veränderte, sah man erst, als die eigene Nationalstaatlichkeit die eigenen Interessen als nur nationalstaatliche Interessen begreifen ließ. Nachdem das Bürgertum seinen Nationalstaat etabliert hatte, sich mit ihm identifizierte und ihn als Organisationsform zur Durchsetzung seiner Interessen begriff, war es an einer Änderung zwischenstaatlicher Verhaltensmuster, wie es seine Utopien noch forderten, nicht mehr interessiert. Alle weitere politische Reform ging über diese grundsätzliche Arbeitsteilung zwischen Innenpolitik und Außenpolitik nicht hinaus. Die Inhalte, die Verhaltensrichtlinien für den zwischenstaatlichen Verkehr und die Organisationsform von Außen— und Sicherheitspolitik diente den Interessen des nationalstaatlich ausgerichteten Bürgertums. Deshalb war eine Änderung nicht notwendig. Daß die europäische Bevölkerung, die kolonialisierten Länder und diejenigen Gruppen, die nicht an der politischen Macht beteiligt waren, dafür aufkommen mußten, blieb solange unbeachtet, als diese keine Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen besaßen. Daß man die traditionellen Verhaltensformen des Feudalismus — nämlich Interessendurchsetzung durch Krieg — mit der Entstehung von nationalstaatlichen Strukturen übernahm, aber die im feudalen Staatensystem enthaltenen Beschränkungen und Alternativen zu diesen Verhaltensformen — nämlich Interessendurchsetzung anstelle durch Krieg durch Heirat usw. — nicht mit übernehmen konnte, gab zwar den Utopisten nachträglich recht, hat aber den erforderlichen Lernprozeß immer noch nicht in genügendem Ausmaß und in genügender Tiefe zuwege gebracht.

Obwohl nach dem 1. Weltkrieg eine Diskussion über neue internationale Verkehrsformen und eine neue Weltordnung entstand — Appeasement—Politik und Völkerbund — haben erst drei Entwicklungen die Diskussion wieder entscheidend in Gang gebracht. Es ist erstens die Rüstungstechnologische Entwicklung mit den Grenzen, die sie sich selbst setzt. Denn mit der Entwicklung nuklearer Zerstörungswaffen schied der Krieg — zumindest in seiner Form als Nuklearkrieg — als sinnvolles Instrument zur Durchsetzung von außenpolitischen Interessen aus. Es ist zweitens die Kostenentwicklung für Rüstung und Militär angesichts des inneren Problemdrucks. Mit dem zunehmenden Rüstungswetlauf, der Kostenexplosion und dem wachsenden innenpolitischen Problemdruck mußte nach Möglichkeiten gesucht werden, Sicherheitspolitik auch mit anderen, weniger finanziell, personell und produktions-

kapazitätsaufwendigen Mitteln durchzuführen. Es ist drittens der international veränderte Problemdruck. Stabilität und Struktur des internationalen Herrschaftssystems wurden zunehmend durch die Dritte-Welt-Problematik berührt, während der traditionelle Ost-West-Konflikt aufgrund der eingeleiteten Konfliktmanagementpolitik an herrschaftssystemgefährdender Bedeutung verlor. Sowohl die politische Diskussion als auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesen Fragen mußten diesem Rechnung tragen. Daher bestimmen die Probleme des internationalen Herrschaftssystems, der herrschenden zwischenstaatlichen Verkehrsformen und mögliche Alternativen für beides die neuere Diskussion.

Angesichts der Tatsache, daß die Wissenschaft über unzulängliche Instrumente für diese Diskussion verfügt, gibt es zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ist, zu versuchen, die traditionellen, für die Beurteilung innergesellschaftlicher Strukturen entwickelten Werte auf ihre Verwendbarkeit für die Kritik zwischengesellschaftlicher Strukturen hin zu prüfen. Die zweite Möglichkeit ist die Neuentwicklung. Bei der ersten Möglichkeit ergibt sich die Schwierigkeit, daß zwischengesellschaftliches Verhalten anderen Mustern folgt und andere Strukturen aufweist als innergesellschaftliches Verhalten. Dies gilt z. B. für die Problematik der Gewaltanwendung, die Frage der Handlungsfreiheit oder der Souveränität von Regierungen und der Bestrafung von Fehlverhalten durch eine übergeordnete Instanz, seien es die Vereinten Nationen, das Internationale Schiedsgericht in Den Haag oder dergleichen. Die zweite Möglichkeit, die Neuentwicklung, steht nun ihrerseits wiederum vor der Schwierigkeit, daß Innen- und Außenpolitik in ihren Funktionen, in ihren Inhalten und auch in ihrer Organisation so eng miteinander verknüpft sind, daß kaum eins der Probleme von Bedeutung ohne seine innergesellschaftlichen Auswirkungen betrachtet werden kann. Dies wird deutlich, wenn man zum Beispiel Rüstungshilfe, Entwicklungshilfe, Währungsprobleme usw. betrachtet. So bietet sich als Ausweg nur die Neuentwicklung unter Einschluß der bereits bestehenden Diskussion an. Dieser Weg wurde in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Friedensbegriff gewählt.

Der damit eingeschlagene Neuanfang war auch nötig geworden, nachdem sich herausstellte, daß die bisherige Diskussion wegen des Zusammenhanges zwischen herrschender Meinung und ihrer Fixierung an den Nationalstaat keine detaillierten und für die konkrete Kritik verwendbaren Wertmaßstäbe für die internationale Politik geliefert hat. Die Versuche, aus den verschiedenen marxistischen Schulen bis hin zu den Arbeiten der Frankfurter Schule ein in sich zusammenhängendes, in sich schlüssiges und für das konkrete Problem verwendbares Wertmaßstabssystem zu erhalten, sind gescheitert. Sie haben nur dazu geführt, internationale Politik in derselben Weise und mit denselben Instrumenten wie Innenpolitik zu betrachten, ohne auf die dabei auftretenden begrifflichen und theoretischen Schwierigkeiten einzugehen. Die traditionelle, als bürgerlich bezeichnete Wissenschaft hat — abgesehen von ihren Utopisten — ihre Rolle der Legitimation, d. h. der Absicherung der bürgerlichen Herrschaft, im wesentlichen ausgefüllt. Angeblich wertfrei, hat sie zwar eine Reihe herausragender Arbeiten zu dem Problem der Internationalen

Beziehungen vorgelegt, auf eine grundlegende Kritik des Bestehenden oder auf die Probleme, an welchen Werten man das Bestehende mißt, ist sie bisher nicht eingegangen. Eine solche Diskussion von Werturteilen und Wertkriterien erschien ihr auch unnötig, weil sie von einer natürlichen Legitimation des bürgerlichen Herrschaftssystems ausging. Was legitimiert war, brauchte auf seine zugrundeliegenden Werte nicht kritisch hinterfragt werden. Lediglich am Rande der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung und von der Öffentlichkeit und von den Politikern weitgehend unbeachtet haben Friedensbewegung, kirchliche Gruppen und Utopisten die Diskussion über eine alternative Weltordnung in Gang gehalten. Nennenswerten politischen Auseinandersetzung und von Öffentlichkeit und Politikern weitgehend unbeachtet haben Friedensbewegung, kirchliche Gruppen und Utopisten und die Bemühungen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle, entstanden in erster Linie aus realpolitischen Interessen: Absicherung und Verbesserung der eigenen Position im internationalen System, höchstmögliche Durchsetzung der eigenen nationalstaatlichen Interessen durch kostenwirksamste Instrumentierung und die Zähmung oder Unterdrückung von Entwicklungen, die das Bestehende gefährden könnten.

Verfolgt man die handlungsleitende Grundwertediskussion innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung, so trifft man hier bereits sehr früh auf die Erkenntnis, daß es notwendig sei, Innenpolitik und zwischenstaatliche Zusammenarbeit miteinander zu verbinden. Diese zwischenstaatliche oder internationale Zusammenarbeit ist aber nie über den Charakter einer Harmonisierung durch eine Partei, d. h. einer losen Angleichung bzw. einer Dominierung, d. h. der Durchsetzung der Interessen einer Partei hinausgekommen. Weder in gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen oder sozialistischen und kommunistischen noch in anderen linken Organisationen fand eine Verlagerung von Entscheidungsbefugnis an ihre internationalen Gremien statt. 'Internationale Solidarität' wurde zwar schon früh in den Grundwertekatalog aufgenommen, hat sich aber bislang nur auf finanzielle, organisatorische und politische Unterstützung von Bruderorganisationen beschränkt oder mußte zur Begründung für die Aufrechterhaltung des Führungsanspruchs einer Partei herhalten. Trotz aller gegenseitigen Beteuerungen wurden Interessenkonflikte als Konflikte zwischen Nationalstaaten aufgefaßt. Internationale Solidarität endete dort, wo nationale Konflikte angingen. Die europäischen und noch mehr die internationale Arbeiterbewegung war und ist nichts anderes als die nebeneinander und nur wenig verbunden arbeitenden nationalen Arbeiterbewegungen. Alternativen zum bürgerlichen Nationalstaat sind weder entwickelt noch nennenswert diskutiert worden. Wie bereits früher im Bürgertum standen sich Wirklichkeit, d. h. Nationalstaat, und Utopie, d. h. alternative Modelle für eine neue Weltgesellschaft, gegenüber. Wie beim Bürgertum hatte auch hier die Utopie keinen vorwärtstreibenden konkret-politischen Charakter, sondern diente nur als Alibi. Für die Entwicklung konkreter Wertmaßstäbe im Sinne dieser Fragestellung ist daher die Grundwertediskussion genauso unbefriedigend wie marxistische und bürgerliche Wissenschaften. Auch wenn Teile der praktischen Politik und die verschiedenen Weltstaatutopien Anregungen und insbesondere Hinweise zur Problemstellung und auch Vorschläge zur Problemlösung enthalten — für die Diskussion von konkreten Wertmaßstäben sind sie entweder zu

praktisch oder zu allgemein. Insofern ist die Diskussion über den Friedensbegriff, d. h. die Entwicklung konkreter Wertmaßstäbe zur Beurteilung von Außenpolitik und internationalen Beziehungen, eben jener Neubeginn, der sich anfangs als zweite Möglichkeit herausgeschält hat.

So läßt sich die Ausgangssituation wie folgt zusammenfassen:

Die vorhandenen politischen Probleme und die überwiegend unzureichenden Versuche der Politiker, sie zu lösen, erfordern die Suche nach alternativen neuen Handlungsmustern und Strukturen der Weltgesellschaft.

Die bisherigen politischen, wissenschaftlichen und handlungsleitenden Diskussionen tragen nichts Wesentliches zur Entwicklung konkreter und systematischer Wertmaßstäbe zur Beurteilung von zwischengesellschaftlichen Entwicklungen und den ihnen zugrunde liegenden Strukturen bei.

Das neue Wertsystem darf nicht unabhängig von dem alten, auf den Nationalstaat bezogenen Wertekatalog entwickelt werden, sondern muß diesen mit einschließen.

Friede als Grundwert für Politik

Im folgenden soll nun versucht werden, sowohl die Wertdiskussion anhand der neueren Friedensdebatte voranzutreiben als auch allgemeine Konzepte dafür zu entwickeln, wie diese Werte in der Gegenwart schrittweise stärker als bisher verwirklicht werden können. Dazu soll zunächst auf die bisherige Friedensforschungsdiskussion eingegangen, deren gesellschaftliche Rahmenbedingungen bestimmt und die Möglichkeit ihrer Weiterentwicklung aufgezeigt werden. Wenn damit dann geklärt ist, was Frieden als Grundwert ist, kann im folgenden auf die konkreten Inhalte und Organisationsformen von Friedenspolitik eingegangen werden. Die Trennung in theoretische, inhaltliche und organisatorische Diskussion ist dabei nur eine Frage der Darstellung des Gegenstandes. Es muß immer wieder betont werden, daß nach den hier vertretenen Auffassungen jede theoretische und wertbezogene Diskussion unmittelbar in die Erörterung gesellschaftspraktischer Vorstellungen münden muß und daß die Inhalte und Organisationsformen von Politik sich gegenseitig bedingen. Zur inhaltlichen Diskussion von Friedenspolitik gehört demnach auch die Frage, wie die Entscheidungen dieser Politik zustande kommen.

Die Entstehungsbedingungen der Friedensforschung in der Bundesrepublik

Obwohl sich die Friedensforschung als 'neue' Disziplin versteht, gibt es in der Ideengeschichte, in der Entwicklung der Sozialwissenschaft in und außerhalb Deutschlands und, häufig mit diesen verknüpft, in der Geschichte gesellschaftlicher Bewegungen eine Tradition in der Beschäftigung mit der Friedensproblematik. Diese zieht sich durch die europäische Geschichte und erstreckt sich über

alle Schulen und gesellschaftlichen Richtungen. Diese Auseinandersetzung mit dem Friedensproblem ist in ihrer Intensität nicht gleich geblieben, sondern hatte – vor allem nach großen Kriegsperioden – Höhepunkte und Tiefpunkte; sie ist aber kontinuierlich. Die gegenwärtige Friedensforschung muß in dieser Tradition gesehen werden, an ihr und ihren gegenwärtigen Möglichkeiten gemessen werden – dies unabhängig davon, daß große Teile der Friedensforschung aus Gründen von Selbstwertsteigerung und Publizität diesen Zusammenhang bisher vernachlässigt haben.

Der Bogen der Friedensdiskussion spannt sich in der Philosophie von Platon über Erasmus von Rotterdam zu Kant und Nietzsche, kennzeichnet einen zentralen Topos abendländischer Religionen und theologischer Diskussionen und taucht immer wieder als wichtige Problematik in Literatur und Kunst auf. Geschichts- und Sozialwissenschaft haben mit ihren etwa mit Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzenden systematisch organisierten Forschungen die Frage behandelt, welche Ursachen zu Kriegen führen und wie Kriege vermieden werden können. Die Beschäftigung mit dieser Problematik war dabei keineswegs auf intellektuelle, religiöse und künstlerische Eliten beschränkt, sondern hat ihren Niederschlag auch in politischer Konzeptbildung und vor allem gesellschaftlichen Bewegungen religiöser oder säkularer Art gefunden. Die gesellschaftlichen Bewegungen konnten sich auf die theoretische und konzeptuelle Diskussion stützen und diese wiederum auch befruchten. Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit dieser sozialen 'Friedens'-Bewegungen nimmt der von ihnen aufgenommenen Problematik keineswegs ihre gesellschaftliche Berechtigung.

Die Sozialwissenschaften haben sich ebenfalls mit diesem Problem beschäftigt. So hängt gerade die Entstehung der Wissenschaften von den Internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg damit zusammen, daß man mit Hilfe wissenschaftlicher Forschung zu Aussagen darüber kommen wollte, wie man in Zukunft die Wiederholung einer solchen "Katastrophe" verhindern könne. Als die Kriegsursachenforschung und die kritische Gesellschaftswissenschaft während des Faschismus in Europa und vor allem im deutschen Sprachraum keine Arbeitsmöglichkeiten besaß, hat sie sich verlagert, meist in die USA. So entstehen gerade in dieser Periode die ersten 'großen' Arbeiten zur Kriegsursachenforschung von Serokin und Wright und später Richardson, Forschungen zur politischen Psychologie von Kriegsteilnehmern und die Arbeiten der Frankfurter Schule. Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg eine Reihe von Forschern in die Bundesrepublik zurückkehrte und Teile der amerikanischen Arbeiten aufgearbeitet wurden, ist in der etablierten deutschen Forschungstätigkeit hier eine Lücke zu verzeichnen, die auch in den beiden Nachkriegsjahrzehnten nicht geschlossen werden konnte.

In die Nachkriegszeit fallen zwei Entwicklungen, die für den Zusammenhang von Wissenschaft und Politik, wie ihn die gegenwärtige Friedensforschung anstrebt, von besonderer Bedeutung waren und in ihren Folgen immer noch sind. Es ist dies erstens der anfänglich vereinzelte und später lose koordinierte Appell von Naturwissenschaftlern an die Öffentlichkeit angesichts der Entwicklung, des Einsatzes und der Serienherstellung von Nuklearwaffen. Diese wissenschaftlich-gesellschaftliche Bewegung entstand in erster Linie in den USA und wiederholte sich schwächer in der Bundesrepublik bei der Frage der Wiederbewaffnung im Rahmen der Kampf-

dem—Atomtod—Bewegung. Sie ging von einer Beschreibung der Wirkungen moderner Waffensysteme aus und führte dann, nachdem einmal die Wendung zur politischen Praxis vollzogen war, zur Diskussion über Rüstungskontroll- und Abrüstungsmodelle und ihre Durchsetzungsstrategien.

Als zweiter Entwicklung innerhalb Europas kommt der in den 60er Jahren einsetzenden skandinavischen Friedensforschung Bedeutung zu. Nicht zuletzt als Folge des ausgeprägten Internationalismus der skandinavischen Staaten entstand hier eine Forschungsrichtung, früh durch Institutsgründungen abgesichert, die im Prinzip in ihren Ansätzen und Zielen die BRD—Friedensforschung vorwegnahm. Der personelle Kontakt mit der skandinavischen Friedensforschung muß als eine wichtige Größe bei der Entstehung der bundesrepublikanischen Friedensforschung gewertet werden. Hier war ein Nachholbedarf nicht nur entstanden, sondern wurde auch als ein solcher wahrgenommen.

So ist die Friedensforschung in der BRD in doppeltem Sinne nicht neu. Erstens muß sie in eine breite Tradition friedensorientierten Denkens und Handelns eingeordnet werden und zweitens ist sie — zumindest in ihrer allgemeinen Konzeption — aus den skandinavischen Ländern 'importiert' worden. Dies soll die Leistung der bundesrepublikanischen Friedensforscher, die schon relativ früh eigenständige Leistungen aufwiesen, nicht mindern. Denn in der bundesrepublikanischen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Situation der 60er und 70er Jahre war eine sich ausdrücklich auf ein Erkenntnisinteresse Frieden berufende Forschung nicht vorhanden. Die Traditionen waren verschüttet und die sich herausbildende Disziplin von den internationalen Beziehungen hatte sich zu großen Teilen entsprechend ihrem amerikanischen Vorbild der Werturteilsdebatte nicht gestellt und Erscheinungen wie Krieg, Konflikt und Gewalt im internationalen Maßstab nur am Rande behandelt.

Nun erklären diese Faktoren zwar grundsätzlich das Entstehen einer neuen Richtung, nicht aber das Ausmaß der aufgewandten Mittel, den organisatorischen Aufwand und die gesellschaftliche Publizität. Zur Erklärung muß die gesellschaftliche Situation der 60er und 70er Jahre herangezogen werden. Diese zeichnete sich für die Bundesrepublik durch die Große Koalition aus, in der die Sozialdemokratie, gebremst von ihrem Koalitionspartner CDU/CSU, ihre neue Ostpolitik durchzusetzen versuchte. Nun standen aber die Autoren dieser neuen Ostpolitik vor der Schwierigkeit, daß weder Partei noch Bürokratie über konzeptionelle Vorarbeiten mittel- und langfristigen Typs verfügten. Die Partei selbst war durch den plötzlichen Zugang zu den politischen Entscheidungspositionen ohnehin in ihrer Personaldecke stark angestrengt. Die Ministerialverwaltung war nach der langen Regierungsperiode der CDU/CSU — nicht zuletzt auch durch eine entsprechende Personalpolitik — nicht in der Lage, Alternativen zur bisherigen Außenpolitik zu entwickeln. Selbst wenn sie das getan hätte, wären aufgrund der Loyalitätsproblematik diese in der politischen Leitung wohl nur zögernd aufgenommen worden. Um es zusammenzufassen: angesichts der auf die Sozialdemokratische Partei in diesem Bereich zukommenden konzeptionellen Probleme, die man nicht mit eigenem Personal lösen konnte, war man darauf angewiesen, die nötige wissenschaftliche

Vorarbeit 'außer Haus' durchführen zu lassen.

Dazu kam, daß die Sozialdemokratie nach dem von ihr selbst aufgestellten Reformanspruch auch in diesem Falle wissenschaftliche Politikberatung allgemeiner Art verstärken wollte. Als weiteres Moment, in seiner Tragweite ebenso bedeutsam wie das Bedürfnis nach inhaltlicher Zuarbeit, wissenschaftlicher Analyse und dementsprechender Grundlagenforschung, kam noch die Frage der Mobilisierung hinzu. Über das Bündnis mit der CDU/CSU an die Regierungsgewalt gekommen, war es das erklärte Ziel der SPD, ihre 'Regierungsfähigkeit' unter Beweis zu stellen und nach den Wahlen von 1972 über eine tragfähige Mehrheit ohne die CDU/CSU verfügen zu können. Hierzu mußte mobilisiert werden, d. h. bisherige SPD—Anhänger bestärkt und mögliche neue Anhänger gewonnen werden. Dies war in einem politisch so besetzten Bereich wie der Ostpolitik nicht nur ein taktisches, sondern auch ein strategisches Element. Nur durch eine Mobilisierung der Bevölkerung, wie sie anlässlich des Mißtrauensvotums gegen Willy Brandt und im Wahlkampf 1972 erreicht wurde, konnten die Widerstände, die sich gegen diese Politik gebildet hatten, niedergehalten werden. In dieser Mobilisierungsstrategie spielten — und auch dies ist kein Einzelfall — die intellektuellen Eliten eine besondere Rolle. Von ihnen erhoffte man sich zumindest teilweise sowohl politische als auch inhaltliche Unterstützung. Der Wille der SPD, neue Perspektiven zu öffnen und damit die Bevölkerung und strategisch bedeutsame Zielgruppen für sich zu gewinnen, ihre Rolle als Reformpartei systematisch gegenüber der Konkurrenzpartei abzurufen und die tatsächliche Suche nach wissenschaftlicher Analyse, Konzeptarbeit und Beratung bildeten eine Konstellation, in der dann der Bundespräsident das Bedürfnis nach einer 'Friedensforschung' feststellte und die verhältnismäßig rasch zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) als Förderergesellschaft, verstärkter Mittelbewilligung und Initiativen von sozialdemokratischen Ländern führte.

Gerade die Gründung der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung macht deutlich, welche Rolle der politische Zeitpunkt und die politische Konstellation spielten. Denn diese Gründung muß auch als Folge der stagnierenden Bildungsreform gesehen werden, der jetzt ein neuer, öffentlichkeitswirksamer Anstoß gegeben werden sollte. Darüberhinaus ging es auch landespolitisch darum, zum einen in der Hochschulpolitik Glaubwürdigkeit durch einen inhaltlichen Reformansatz zu gewinnen und zum anderen die Position des Landes Hessen im Vergleich zu anderen sozialdemokratischen Ländern im Sinne des proklamierten Anspruches "Hessen vorn", der brüchig geworden war, wieder zu stärken und der wegen der Koalition beschränkt handlungsfähigen SPD auf Bundesebene Unterstützung zukommen zu lassen.

Eine solche 'Nachfrage' der politischen Entscheidungsträger auf der einen Seite stieß auf der anderen Seite auf eine vorwiegend in den Hochschulen verankerte Wissenschaft, die dieses Angebot aufgriff. Die seit Mitte der 60er Jahre eingerichteten Lehrstühle für Internationale Beziehungen hatten für die notwendige Erweiterung des Personalangebotes in dieser Disziplin gesorgt, das nicht unmittelbar — selbst angesichts der für die Politikwissenschaft überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten

an Stellen — von den Universitäten übernommen werden konnte. Wissenschaftlicher Meinungs austausch innerhalb der Bundesrepublik und mit den skandinavischen Kollegen hatte für diesen wissenschaftlichen Nachwuchs ein Feld aufgezeigt, in dem man erstens 'Neu'land betreten und zweitens angesichts der Nachfrage verhältnismäßig rasch beruflich aufsteigen konnte. Darüber hinaus hatte die Studentenbewegung und die damit zusammenhängende Neubesinnung der Sozialwissenschaft über ihr Verhältnis zur Gesellschaft auch insofern ihren Einfluß auf den Personenkreis der Friedensforscher ausgeübt, als diese teilweise bewußt, teilweise unbewußt die allgemeine Entwicklung in ihrem besonderen Fachgebiet umsetzen wollten.

Eine solche Herleitung der Friedensforschung aus gesellschaftlichen Ursachen tut ihr keinen Abbruch. Alle diese Faktoren hätten nicht wirksam werden können, wenn nicht ein wirklicher Bedarf an einer derartigen Wissenschaft bestanden hätte. Dieser Bedarf äußert sich in Ressourcenknappheit, Sicherheitsbedürfnis und Suche nach alternativen Konfliktlösungsstrategien mit minimalen sozialen Kosten. Ein derartiger Bedarf war notwendige, aber allein nicht hinreichende Voraussetzung. Er mußte auch ungesetzt werden, d. h. zu den entsprechenden Aktionen führen. Diese Umsetzung wird von den oben genannten Faktoren erklärt, ohne die die Etablierung, die Publizität und die Möglichkeiten der Friedensforschung nicht möglich gewesen wären.

Der negative Friedensbegriff

Nachdem die Ursachen der Entstehung der Friedensforschung in der Bundesrepublik untersucht worden sind, sollen nun die Ergebnisse und Schwierigkeiten der gegenwärtigen Friedensforschung anhand der Diskussion über den Friedensbegriff dargestellt werden. Dabei wird zunächst von dem negativen Friedensbegriff ausgegangen, der dann später schrittweise ausgeweitet werden soll. Damit wird auch der Entwicklung der Diskussion in der Friedensforschung gefolgt. Negativer Frieden wird als Abwesenheit von Gewalt definiert. Damit verschiebt man die Definitionsproblematik von der Friedens— auf die Gewaltdefinition, ersetzt also das eine Fragezeichen durch das andere. Zu einer genauen und praktisch verwertbaren Bestimmung von Gewalt, die wissenschaftlich befriedigend ist, ist man bislang noch nicht gekommen.

Der gegenwärtige Stand der Diskussion kann durch zwei Ergebnisse gekennzeichnet werden. Im ersten Schritt wird Gewalt als eine Erscheinung beschrieben, die man theoretisch in aktuelle und strukturelle Gewalt unterteilen kann. Diese immer noch als Gegensatz begriffene Unterscheidung hat aber den Zusammenhang zwischen aktueller und struktureller Gewalt und die Abstufung zwischen beiden und innerhalb von beiden bisher nur mangelhaft herausgearbeitet. Aktuelle Gewalt ist dabei die sinnlich erfahrbare, unmittelbar wahrnehmbare Gewalt, wie z. B. der Verkehrsunfall, der militärische Angriff oder der tätliche Angriff. Strukturelle Gewalt ist nicht unmittelbar sichtbare, sondern nur in ihren Auswirkungen feststellbare Gewalt, so z. B.

das Verhungern von Kindern aufgrund mangelhafter Lebensmittelversorgung, die seelischen Krankheitserscheinungen aufgrund von Fließbandarbeit oder die mangelhaften Bildungschancen für Arbeiterkinder usw. Strukturelle Gewalt bedarf notwendigerweise immer der aktuellen Gewalt, auch wenn letztere auf ein Minimum mit Signalwirkung begrenzt wird, um der Bevölkerung zu zeigen, daß jeder offene Widerstand durch aktuelle Gewalt gebrochen werden kann. Die Ursache für diesen notwendigen Bezug zwischen aktueller und struktureller Gewalt ist, daß strukturelle Gewalt in vielschichtigen gesellschaftlichen Systemen zwar überdeterminiert, d. h. in doppelter und dreifacher Weise angelegt ist, aber im Sinne derjenigen, die sie anwenden, nie so wirksam war, daß sie Widerstand gegen die jeweilige Herrschaft und sich darauf beziehende gesellschaftliche Gegenbewegungen verhindern konnte. Dies liegt ersten darin, daß hochentwickelte Gesellschaften gegenwärtig auch mit überlagerter struktureller Gewalt nicht Oppositionsbewegungen verhindern können. Dies liegt zweitens in der Entwicklungsdynamik von Gesellschaften, die bislang nur bedingt steuerbar und voraussehbar ist, so daß strukturelle Gewaltmuster, die zu einem bestimmten Zeitpunkt noch das Herrschaftssystem absichern konnten, dies im Verlaufe der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr können. Dies liegt drittens darin, daß für diejenige Gruppe, die das Herrschaftssystem mit möglichst geringen sozialen Kosten stabilisieren will, ein wirksames, allein auf struktureller Gewalt beruhendes Herrschaftssystem weit aufwendiger ist als der Einsatz eines strategischen Verbundes aus struktureller und aktueller Gewalt.

Wie sich eine solche strategische Mischung verändern kann, zeigt sowohl die Entwicklung des internationalen Systems als auch der hochindustrialisierten Gesellschaft. So ist in den letzten 100 Jahren im internationalen System in der Frage der Abhängigkeit der Dritten von der Ersten Welt kein grundsätzlicher Wandel eingetreten. Gewandelt haben sich die Strategien und das Ausmaß direkter, d. h. meist militärischer Gewalt, das deutlich zurückgegangen ist und durch indirekte und strukturelle Gewaltmuster in Form von wirtschaftlicher Abhängigkeit, internationaler Arbeitsteilung und exportkapitalistisch—industriellen Gesellschaftsstrukturen ersetzt worden ist. Hochindustrialisierte Gesellschaften kapitalistischen und sozialistischen Typs haben zur Sicherung ihrer Herrschaftsstrukturen ebenfalls einen Strategiewandel bei Beibehaltung ihrer Ziele durchgemacht. Vergleicht man, wie soziale Lage und politische Position der Arbeiter im jeweiligen Herrschaftszusammenhang festgeschrieben wurden, läßt sich — wie im internationalen System auch — feststellen, daß das Ausmaß angewandter aktueller Gewalt deutlich zurückgegangen ist. Dies hat aber nun keineswegs eine Verringerung von Herrschaft über die betroffenen Gruppen bedeutet, sondern das, was früher durch aktuelle Gewalt erreicht wurde, wird jetzt mehr durch strukturelle Gewalt bewirkt.

Im zweiten Schritt hat man in der neueren Friedensdiskussion den Gegensatz zwischen aktueller und struktureller Gewalt aufgelöst und durch eine differenzierte Betrachtung ersetzt. Anstelle eines Gegensatzes spricht man von einem Kontinuum, d. h. von einer Abstufung. Dies geht darauf zurück, was man unter Struktur versteht. Als strukturell wird bezeichnet, was über Zeit, Ort und Handelnden hinweg Dauer aufweist. Das Ausmaß an Dauer bestimmt demnach, wie weit der jeweilige Zustand

oder die jeweilige Erscheinung 'strukturell' und 'nicht strukturell' ist. Das Ausmaß an Strukturalität wird also daran gemessen, über welche Zeit es in seinen wichtigsten Elementen beständig ist. Strukturelle und aktuelle Gewalt sind somit nichts weiter als die beiden Enden dieses abgestuften Kontinuums. Ihr oben angefügter Funktionszusammenhang hängt nun auch mit der Entstehung von Strukturen zusammen. Dort nämlich, wo sich aktuelle Gewalt in ihren verschiedenen Formen verfestigt, d. h. Beständigkeit über Zeit aufweist, entsteht strukturelle Gewalt. Diese Verfestigung kann, wie die Psychoanalyse gezeigt hat, auch über den Weg der Verinnerlichung gehen, wo das früh Angelernte, immer wieder Vollzogene und allgemein Anerkannte auch dann nicht mehr in Frage gestellt wird, wenn es längst unsinnig geworden ist. Diese Verfestigung kann aber auch, wie die Soziologie zeigt, über den Weg sich allmählich einschleifender Verhaltensmuster und die Institutionalisierung von Traditionen usw. gehen. Sie kann zuletzt auch durch einen unmittelbaren Herrschaftseingriff erzwungen werden. Neben die Unterscheidung nach dem Ausmaß von struktureller Verankerung der Gewalt ist die weitere Unterscheidung nach Handlungsbereichen getreten, wobei sich Handlungsbereiche durch die Art der Instrumenteneinsätze, Strategien und auch Handlungsträger unterscheiden. Für die Internationalen Beziehungen sei als grobe Einteilung hierfür vorgeschlagen, als Handlungsbereiche die aus der traditionellen Beschreibung von Außenpolitik bekannten Bereiche 'Wirtschaft', 'Diplomatie', 'Militär' und 'Kultur' zu verwenden. Demnach müßte zum Beispiel zwischen ökonomischer Gewalt und militärischer Gewalt unterschieden werden. Diese Unterscheidungen können auch bei der innergesellschaftlichen Analyse eingesetzt werden, auch hier kann zum Beispiel zwischen wirtschaftlicher und polizei-gerichtlicher Gewalt unterschieden werden. Anders als bei der Differenzierung nach struktureller Verankerung stellt sich hier die Frage des Funktionszusammenhanges. Muß Gewalt in einem Handlungsbereich Gewalt in einem anderen Handlungsbereich zur Voraussetzung haben? Auch wenn vor allem im zwischengesellschaftlichen Verkehr, d. h. in der Außenpolitik, Gewalt in den verschiedenen Handlungsbereichen 'konzentriert', d. h. zueinander gewichtet und aufeinander bezogen eingesetzt wird, wird hier bezweifelt, ob es grundsätzlich und von vorneherein notwendig ist, daß z. B. ökonomische Gewalt gleichzeitig auch immer von militärischer Gewalt begleitet sein müsse. Mit anderen Worten: Müssen z. B. Wirtschaftsauseinandersetzungen notwendigerweise von militärischen Auseinandersetzungen begleitet sein oder zu militärischen Auseinandersetzungen, d. h. zu Kriegen, führen? Ein anderes Problem ist, daß die aktuellen Gewaltmittel, die als notwendig zur Absicherung von struktureller Gewalt angesehen werden, sich in bestimmten Handlungsbereichen, d. h. vor allem in militärischen und polizei-gerichtlichen konzentrieren. Daraus ergibt sich dann das Erscheinungsbild, daß sowohl die verschiedenen strukturellen als auch handlungsbereichsbezogenen Gewalttypen nicht nur gleichzeitig auftreten, sondern sich auch gegenseitig bedingen. Bislang hat aber die Gewaltbegriffsdiskussion im Bereich der Friedensforschung noch nicht zu einer genauen und für die konkrete Analyse verwendbaren wissenschaftlichen Bestimmung und Abgrenzung der verschiedenen Gewalttypen geführt. Dies hat mehrere Ursachen, die sowohl innerhalb

als auch außerhalb der Friedensforschung zu suchen sind.

Die erste Ursache liegt in der allgemeinen Situation der Wissenschaftsdisziplin Internationale Beziehungen. Das, was an theoretischen Konzepten — Macht, Herrschaft, Abhängigkeit usw. — entwickelt worden ist und auch in zahlreichen Analysen bisher verwendet wurde und noch verwendet wird, kommt den wissenschaftlichen Ansprüchen nach Eindeutigkeit, Nachprüfbarkeit und Genauigkeit auf der einen Seite und Brauchbarkeit für die konkrete Untersuchung von gesellschaftlicher Wirklichkeit auf der anderen Seite nicht ausreichend nach. Die Wissenschaftlichkeit der 'Internationalen Beziehungen' allgemein ist nur mäßig entwickelt. Dies wirkt sich naturgemäß auch auf die Forschungsergebnisse dieser Wissenschaft aus.

Die zweite Ursache liegt auch in der Schwierigkeit des Problems. Da es hier sowohl um eine Unterscheidung nach Struktur als auch nach Handlungsbereichen geht, die zusätzlich noch die funktionalen Zusammenhänge berücksichtigen soll, reicht der Weg über eine einfache Indikatorbildung, d. h. die Beschränkung auf eine Größe wie z. B. Bruttosozialprodukt für gesellschaftlichen Reichtum, keineswegs aus. Stattdessen müssen Konzepte entwickelt werden, die komplizierte Zusammenhänge auch als solche erfassen, die zum Beispiel bei der Erfassung von gesellschaftlichem Reichtum nach dessen Art, Ausmaß, Verteilung usw. fragen. Dies schließt nicht nur die genaue Beschreibung der funktionalen Zusammenhänge, sondern auch die Gewichtung mit ein. Beides ist gegenwärtig noch ungelöst.

Die dritte Ursache liegt aber darin, daß die Friedensforschung selbst unabhängig von dem von ihr behaupteten Anspruch die Misere der 'Internationalen Beziehungen' wiederholt und dabei verschärft hat. Theoretisch—konzeptionelle, methodische und inhaltlich—empirische Arbeiten werden vorwiegend unabhängig voneinander durchgeführt und die allgemeine Diskussion in den Sozialwissenschaften teilweise überhaupt nicht oder nur unzureichend beachtet.

So ist es nicht nur das Nichtkönnen, sondern auch das Nichtwollen, was den unbefriedigenden Stand der Diskussion über den Friedensbegriff verursacht hat. Der proklamierte Neuanfang und die damit verbundenen Abgrenzungen der Friedensforschung von anderen sozialwissenschaftlichen Forschungen haben die Gefahr einer Isolation der Friedensforschung immer deutlicher vor Augen geführt — Isolierung von der gesellschaftlichen Gegenwartspraxis, von der Entwicklung in der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen und auch innerhalb der verschiedenen Zweige der Friedensforschung selbst. So steht bislang für die konkrete Analyse eine anwendbare und auch eine dort erprobte Gewaltdefinition aus. Für die Unterscheidung nach Ausmaß von struktureller Verankerung und nach Handlungsbereich gibt es für inner— und zwischengesellschaftliches Verhalten immer noch keine vollständige Systematik. Die Zusammenhänge von inner— und außergesellschaftlicher Gewalt und ihrer Anwendung, diejenigen innerhalb und zwischen den verschiedenen Strukturtypen von Gewalt und den verschiedenen Handlungsbereichtypen von Gewalt sind ebenfalls noch nicht hinreichend bearbeitet. Daß solche Forschungslücken bestehen, ist dabei unproblematisch; keine Wissenschaft kann anfangs alle Probleme auf einmal lösen. Problematisch ist aber bei der Betrachtung der gegenwärtigen Friedensforschung, daß sich eine Reihe von Trends und Mustern zu verfestigen drohen, die auch in Zukunft

die Lösung der genannten Probleme erschweren werden.

Die Schwierigkeiten, denen sich die Friedensforschung durch die Verlagerung der Definitionsproblematik vom Frieden zur Gewalt ausgesetzt sah, haben zunächst dazu geführt, daß aus dem gesamten Gewaltspektrum derjenige Bereich herausgenommen wurde, von dem auch tatsächlich die internationale Ordnung am stärksten bedrohende Gefahren ausgehen. Angesichts der Existenz von nuklearer Overkill-Kapazität und dem Willen, diese auch unter bestimmten Bedingungen einzusetzen, war es naheliegend, sich dem Problem der aktuellen militärischen Gewalt zuzuwenden. Dies entsprach auch den politischen Bemühungen seit dem nuklearen Patt zwischen den Großmächten.

Frieden wurde somit als Abwesenheit von militärischer Gewalt aufgefaßt. Eine solche Definition machte nur Existenz und Einsatz des militärischen Apparates und der auf ihn bezogenen Organisationen zum Kriterium. Darüber hinaus beschränkt sich eine von dieser Definition ausgehende Analyse auf die nationalstaatliche Ebene, weil Militärapparate als Folge des Gewaltmonopols des Nationalstaates von diesen Nationalstaaten getragen und auch eingesetzt werden. Bedingungen des Internationalen Systems und solche innergesellschaftlicher Natur gehen – wenn überhaupt – nur vermittelt ein in eine solche Analyse, nämlich dann, wenn gefragt wird, inwieweit Aufbau, Unterhalt und Einsatz von Militärapparaten von ihnen abhängen.

Frieden als Nichtkrieg stellte sich aber angesichts der empirischen Entwicklung, wie sie nach 1945 in der Phase des Kalten Krieges zu beobachten ist, als unzureichende Definition heraus. Denn der auf gegenseitiger Abschreckung beruhende Nichtkrieg konnte vor allem wegen der hohen Kriegsgefahr schlecht als Frieden bezeichnet werden, wollte man die ausdrücklich auf gesellschaftlichen Fortschritt hin angelegte Friedensdiskussion nicht entwerten. In dieser Phase der Diskussion entstand dann die Friedensdefinition von Czempiel mit der Einführung des abgestuften Kontinuums. Frieden wird somit als abgestufte Entwicklung von Nichtkrieg bis hin zur Nichtexistenz von Gewaltapparaten aufgefaßt. Eine solche Definition bringt nun den Vorteil mit sich, auf der einen Seite zwischen Existenz und Einsatz von Militär zu unterscheiden und auf der anderen Seite die politischen Versuche, die Existenz – z. B. in den Abkommen über Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen und über nuklearwaffenfreie Gebiete –, die Begrenzung – z. B. in den SALT-Abkommen und den Abbau von militärischen Kapazitäten wie z. B. in den MBFR-Verhandlungen – miteinzubeziehen. Daß ein abgestufter Friedensbegriff eng mit gradualistischen Friedensstrategien zusammenhängt, liegt dabei auf der Hand. Wichtigstes Ergebnis der Einführung des Kontinuums ist es, daß nicht mehr zwischen Frieden oder Nichtfrieden unterschieden wird, sondern daß zwischen Mehr und Weniger an Frieden unterschieden wird. Festzuhalten bleibt dabei, daß dies sowohl für zwischen- als auch innerstaatliche Zustände gilt, wenn das militärische Instrument durch das polizeilich-gerichtliche und in Ausnahmefällen durch die zusätzliche Verwendung des Militärs im Inneren ersetzt wird. Konzeptuell bedeutet dies keine Schwierigkeiten.

Die Anwendung des militärischen Instrumentes kann sowohl direkt als auch in-

direkt erfolgen. Unter direktem Einsatz wird der tatsächliche Einsatz von Militär in Kriegen, Interventionen und militärischen Aktionen verstanden. Unter indirektem Einsatz wird vor allem die von der bloßen Existenz eines Militärapparates unter den gegenwärtigen Bedingungen ausgehende Bedrohung, d.h. versuchte Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit, verstanden. Drohung ist dabei die Deutlichmachung von Fähigkeit und Bereitschaft zum direkten Einsatz. Darauf beruht Abschreckung mit ihrem Zwang, einerseits glaubwürdig zu wirken und den tatsächlichen Einsatz vorzubereiten und andererseits diesen Einsatz letztlich nicht zu wollen.

Mit einer solchen Auffassung von Einsatz und Existenz militärischer Kapazität ist auch die abgestufte Erfassung möglich. Existenz und damit verbundener Droheffekt lassen sich beliebig kombinieren. Existenz von Militärapparaten trifft für Verbündete zu, allerdings ist die Bereitschaft, dieses Mittel untereinander einzusetzen, gering. Bei neutralen Staaten wird diese Einsatzbereitschaft anderen Staaten gegenüber größer, bei gegnerischen Staaten wächst sie weiterhin. Umgekehrt ist auch die Existenz sowohl in ihrer Quantität als auch in ihrer Qualität, d. h. in der Fähigkeit, tatsächlich anzugreifen, unterschiedlich.

Bedrohung bedarf zweier jeweils notwendiger, aber allein nicht hinreichender Voraussetzungen, nämlich der materiellen Fähigkeit und dem Willen, diese auch in aktuelles Verhalten umzusetzen. Beide sind veränderbar. Sie sind – ist erst einmal die Fähigkeit aufgrund einer bestimmten Willensentscheidung entwickelt – innerhalb eines bestimmten Spielraums voneinander relativ unabhängig. Gerade aber dieser Spielraum ist Gegenstand derjenigen Strategien, die auf negativen Frieden abzielen, wobei es darum geht, erstens diesen Spielraum voll und so auszunutzen, daß der Einsatzwille verringert wird und zweitens die Spielraumbreite vergrößert wird, d. h., daß dann die Grundlagen für die anfängliche Entscheidung, Fähigkeiten zur gewaltsamen Konfliktlösung zu entwickeln, grundlegend verändert werden, bis sie nicht mehr zu treffen. Als Konsequenz daraus ergibt sich, daß dann ohne prinzipielle Widerstände und ohne prinzipielle Zielaufgabe Fähigkeit und Willen zum Einsatz reduziert und gänzlich abgebaut werden.

Positiver Friede

Während sich der negative Friedensbegriff in erster Linie bezieht auf die Art der Konfliktlösung bzw. des Instrumenteneinsatzes zur Durchsetzung der eigenen Absichten bei sich gegenseitig ausschließenden oder sich gegenseitig beeinträchtigenden Zielen, greift der positive Friedensbegriff, wie er in jüngster Zeit entwickelt worden ist, erheblich weiter. Er zielt auf strukturelle Veränderungen ab. Er hat sich dabei – wie auch der negative Friedensbegriff – nicht nur in wissenschaftlicher Betrachtung, sondern auch in praktischer Politik niedergeschlagen und verdeutlicht den Zusammenhang von theoretischer Betrachtung und praktischer Politik. Beim positiven Friedensbegriff wird Frieden nicht nur durch die Abwesenheit von Gewalt, sondern durch das Vorhandensein 'gerechter' Strukturen definiert. Gerechtigkeit bezieht sich hierbei in erster Linie auf soziale, materielle und politische Gerechtigkeit, wie sie im

Verlaufe der französischen Revolution mit der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit oder Solidarität entwickelt worden ist. Allerdings ist dabei anzumerken, daß die Fruchtbarkeit des Friedensbegriffes gerade dadurch entsteht, daß die Frage gestellt wird, wieviel Frieden verwirklicht ist, was und wie es erreicht werden kann. Dabei zielt der positive Friedensbegriff nicht auf die Erscheinungen wie aktuelle Gewalt ab, sondern auf die dahinter liegenden Strukturen, wobei Erscheinungen immer als Ergebnis und Beeinflussung von strukturellen Zusammenhängen gesehen werden müssen. Im Zusammenhang mit der Gewaltdiskussion hat die Friedensdiskussion dann die Auffassung entwickelt, daß positiver Friede durch die Abwesenheit von struktureller Gewalt definiert werden könne. Hierbei ist allerdings anzumerken, daß damit eine ansatzweise Verengung eingetreten ist: Es kommt nicht nur auf die Begrenzung des Entfaltungsspielraums von Menschen in bestimmten gesellschaftlichen Strukturen an, sondern auch auf ihre positiven Möglichkeiten zur Selbstentfaltung. Allerdings sind Abwesenheit von struktureller Gewalt und Gerechtigkeit, die individuelle Entfaltung einschließt, zwei Größen, die sich gegenseitig bedingen. Gerechtigkeit kann nur dann zur vollsten Ausprägung kommen, wenn strukturelle Gewalt vollständig abgebaut ist. Umgekehrt ist die Abschaffung von struktureller Gewalt allein nicht ausreichend, um soziale, politische und materielle Gerechtigkeit herzustellen.

Damit ist auch die Frage beantwortet, wie sich die hier entwickelte Norm auf Individuum und Gesellschaft bezieht. Auch wenn an die normative Diskussion der bürgerlichen Revolution angeknüpft wird, heißt dies nicht, daß damit die während der bürgerlichen Revolution erfolgende Koppelung von Gesellschaftsreform und individuellem Glück als Teilhabe am individuellen Besitz und individueller Verfügungsgewalt nachvollzogen wird. Denn gerade diese Einschränkung stellt eine wichtige Barriere für die Durchsetzung der Forderung von Theoretikern des frühen Bürgertums dar. Es kommt weniger darauf an, durch eine entsprechende Verteilungspolitik Gleichheit über gleichen Anteil an Besitz als individuelle Teilhabe zu erreichen, sondern im sozialen Muster diejenigen strukturellen Änderungen vorzunehmen, die individuelles Glück – um eine Kategorie der Philosophie ohne nähere Bestimmung zu übernehmen – fördern. Individuelles und soziales Glück bedingen sich gegenseitig, soziales Glück ist eine notwendige Voraussetzung für individuelles Glück. Es muß sich aber als solches auch konkret ausweisen. Kollektivnormen werden also abgeleitet und geprüft an individuellen Normen.

Die normative Diskussion der bürgerlichen Revolution heranziehen und trotzdem eine Weiterführung auch über die gegenwärtigen bürgerlichen Strukturen hinaus durchführen – also vom Zusammenhang von bürgerlicher und demokratischer Normendiskussion ausgehen – bedeutet folgendes: So wie die frühen bürgerlichen Theoretiker in der Spätphase des Feudalismus ihre Normen als eines der Mittel zur Überwindung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen entwickeln konnten, so kann die gegenwärtige normative Diskussion dazu beitragen, die demokratischen Reformen weiter voranzutreiben.

Wie der negative Frieden muß der positive Frieden als Kontinuum verstanden

werden. Dies bedeutet, daß es gesellschaftliche Zustände mit mehr oder weniger 'positivem Frieden' gibt. Die Auffassung von der Kontinuität der Friedensentwicklung als Entfaltung von mehr negativen bzw. positiven Frieden gilt aber nicht nur innerhalb der beiden Friedenskonzepte sondern auch zwischen ihnen. Dies bedeutet, daß positiver Friede als Weiterentwicklung von negativem Frieden aufgefaßt wird. Positiver Friede setzt also negativen Frieden voraus, negativer Friede allein bedeutet noch keinen positiven Frieden. Dabei darf das Verhältnis von negativem zu positivem Frieden nicht als ein mechanisches Nacheinander gesehen werden, auch wenn es grundsätzlich idealtypisch als Verhältnis von Voraussetzung und weitergehendem Zustand gesehen werden muß. Negativer Friede und positiver Friede können, aber müssen nicht gleichzeitig entwickelt werden, die jeweiligen Strategien sind nur mittelbar miteinander verknüpft. Hierin liegt auch das zentrale politische Problem: Strategien zur Durchsetzung negativen Friedens können letztlich Strategien zur Herrschaftssicherung sein, Strategien zur Durchsetzung des positiven Friedens können daran scheitern, daß negativer Friede nicht durchsetzbar ist.

Versucht man nun, den positiven Friedensbegriff handhabbar zu machen, um nicht nur innergesellschaftliche, sondern zwischengesellschaftliche Erscheinungen zu untersuchen, ergeben sich beträchtliche Schwierigkeiten. Diese liegen darin, daß Gerechtigkeit bzw. Recht auf Entfaltung auf der internationalen Ebene viel weniger klar umrissen sind. Der Versuch, diese Phänomene zu untersuchen, hat vor allem zur Diskussion über zwischengesellschaftliche Abhängigkeit geführt.

Positiver Friede wäre dann gegeben, wenn im internationalen System keine Abhängigkeit mehr vorläge. Diese Definition mußte aber zurückgenommen werden, weil Abhängigkeit an sich noch nicht negativ zu bewerten ist, sondern erst, wenn sie zu negativen Folgen führt. Solche wären z. B. die Ausnutzung ungleichgewichtiger Abhängigkeiten zuungunsten des schwächeren Teils. Zunehmende Verflechtung, die die Beziehungen im internationalen System kennzeichnet, in Form höheren Warenaustausches, Kapitalverkehrs, entfernungsunabhängiger Militärtechnologie und Internationalisierung politischer Entscheidungen ist an sich zu begrüßen, sind doch dadurch die Möglichkeiten, soziale und materielle Ungerechtigkeiten zu beseitigen, gestiegen, sowohl objektiv als auch wegen der politischen Aktualisierung dieses Problems. Dann zielt also positiver Friede nicht mehr ab auf Verringerung von Abhängigkeit oder auf Wiederherstellung nationalstaatlicher Handlungsfreiheit, wie sie dem klassischen Souveränitätsbegriff noch idealtypisch zugrundeliegt. Er zielt vielmehr auf Herrschaft aufgrund von Abhängigkeit und den Einsatz dieser Herrschaft zur Stabilisierung und/oder Erweiterung von Ungerechtigkeiten.

Ein solcher Friedensbegriff schwächt die Bedeutung des Staatsbegriffs. Durch ihn wird der Staat lediglich als nationale Organisationsform von Gesellschaft begriffen, die für bestimmte Gruppeninteressen eingesetzt werden kann und die ihrerseits Mittel zum Herstellen oder auch zum Abbau von Ungerechtigkeiten sind, die nicht unbedingt in ihren Grenzen mit den nationalstaatlichen Grenzen zusammenfallen. Die damit verbundene Abwertung nationalstaatlicher Grenzen führt zwangsläufig auch zu einer stärkeren Verbindung von äußeren und inneren Ursachen zur Erklärung von Erscheinungen innerhalb und zwischen Nationalstaaten.

Soziale Gerechtigkeit bedarf aber der näheren Bestimmung. Hier soll darunter

1. materielle Gerechtigkeit,
2. soziale Gerechtigkeit im engeren Sinne und
3. politische Gerechtigkeit

verstanden werden. Diese drei Arten von Gerechtigkeit stellen verschiedene Erscheinungsformen des Grundproblems dar. Sie sind nicht voneinander isoliert, sondern notwendige, aber allein nicht hinreichende Bedingung für Gesamtgerechtigkeit.

Unter materieller Gerechtigkeit wird zum einen verstanden, daß sämtliche Individuen über das lebensnotwendige Minimum an Mitteln zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse verfügen. Mit anderen Worten bedeutet materielle Gerechtigkeit erstens materielle Existenzmöglichkeit. Daß dies keine abstrakte Überlegung ist, läßt sich am Ausmaß des Hungers, den unterschiedlichen Lebenserwartungen und der Verbreitung von Krankheiten in der Dritten Welt ablesen. Eine solche Definition stößt auf die Schwierigkeiten, im einzelnen festzustellen, was materiell absolut und objektiv notwendig ist. Trotzdem muß an ihr festgehalten werden, weil negativer Friede oder gerechte Strukturen sinnlos sind, wenn die materiellen Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden können. Der Begriff materielle Gerechtigkeit hat aber neben dieser absoluten Bedeutung noch eine relative Bedeutung, die sich auf die Verteilung bezieht. Gesamtgesellschaftlicher Reichtum wird sowohl innerhalb als auch zwischen den Gesellschaften ungleich verteilt, wie die terms of trade, die Geschichte der internationalen Wirtschaftsordnung und die Diskussion der ihr zugrundeliegenden Produktions- und Verteilungsmodelle zeigen.

Unter sozialer Gerechtigkeit sollen sowohl inner- als auch zwischengesellschaftliche Chancengleichheit verstanden werden. Ist dieser Begriff für innergesellschaftliche Zusammenhänge verhältnismäßig ausführlich geklärt, so fehlt bislang noch seine Beschreibung bei zwischengesellschaftlichen Zusammenhängen. Hier soll unter sozialer Gerechtigkeit verstanden werden, daß erstens Individuen die grundsätzliche Möglichkeit haben, die jeweilige gesellschaftliche Ordnung zu wechseln und zweitens dann über die gleichen Chancen zu verfügen wie diejenigen, die in diese Ordnung bereits länger integriert sind. Dies bezieht sich in erster Linie auf Wanderungen. Daß soziale Gerechtigkeit letztlich eine erweiterte materielle Gerechtigkeit ist, ergibt sich aus dem Begriff der Chancengleichheit.

Unter politischer Gerechtigkeit soll eine wirksame Teilnahme am politischen Entscheidungsprozeß verstanden werden. So wie politische Entscheidungen unterschiedliche Reichweiten haben, so braucht hier nicht zwischen binnengesellschaftlichen und zwischengesellschaftlichen Zusammenhängen unterschieden werden. Wirksame Teilnahme muß sich auf alle Ebenen und alle Bereiche erstrecken.

Friedensbegriff und Grundwertediskussion

Es wäre falsch, die Entwicklung des Friedensbegriffs unabhängig von der gegenwärtigen Grundwertediskussion voranzutreiben. Dies würde nur Verwirrung schaffen, die Vermittlung von beiden untereinander erschweren und würde dem Grundsatz, nur so viel grundlegende Konzepte zu entwickeln, wie absolut nötig, widersprechen.

Dies führt auch dazu, daß die beiden Gruppen, die diese Diskussionen vor allem führen – Friedensforschung auf der einen Seite und politische Entscheidungsträger auf der anderen Seite –, auch weiterhin das Dilemma deutscher Politik und Wissenschaft – nämlich gegenseitige Ignoranz – fortschreiben. Dies führt wiederum dazu, daß die politischen Entscheidungsträger weder systematischen Zugang zur normativen Diskussion noch zu den mit ihnen gewonnenen konkreten und theoretischen Ergebnissen finden, während auf der anderen Seite die Friedensforschung ihren gesellschaftspraktischen Anspruch nicht verwirklicht und in ihrem Elfenbeinturm, aus dem sie eigentlich ausbrechen wollte, verbleibt. Daher soll im folgenden auf den Zusammenhang zwischen Friedensbegriff, wie er hier entwickelt worden ist, und Grundwertediskussion eingegangen werden, soweit dies nicht bereits unmittelbar aus den bisherigen Erörterungen hervorgegangen ist.

Die Bestimmung von positivem Frieden über den Gleichheitsgrundwert knüpft unmittelbar an die Grundwertediskussion und an die aus ihr hervorgegangene politische Ziel- und Strategieentwicklung an. Aus der Ausweitung auch auf zwischengesellschaftliche Zusammenhänge folgt dann notwendigerweise die Aufnahme des negativen Friedensaspektes. Wer grundsätzlich Gleichheit postuliert und damit die Existenz der anderen Gesellschaften oder gesellschaftlichen Gruppen, der eigenen als gleichrangig ansieht, muß notwendigerweise dazu kommen, Konfliktaustragung herrschaftsfrei zu gestalten. Dies bedeutet, daß bei der jeweiligen Konfliktaustragung Existenz und Interesse der anderen gesellschaftlichen Einheit akzeptiert und Konfliktlösung über Kompromiß erreicht wird. Der Einsatz von militärischer oder wirtschaftlicher Gewalt z. B. scheidet damit von vornherein aus, setzt doch deren Anwendung von vornherein die Verabsolutierung der eigenen Interessenlage voraus.

Nun geht dieser Friedensbegriff über das traditionell-bürgerliche Gleichheitsprinzip, wie es z. B. im Völkerrecht und in der Auffassung vom souveränen Nationalstaat sich durchgesetzt hat, in doppelter Weise hinaus. Indem er radikal angewandt, seine Auswirkungen voll ausformuliert und seine gegenwärtig herrschende Ausprägung als nicht die endgültige angesehen werden, ermöglicht er die Entwicklung von fortschrittlichen Alternativen. Dabei wird erstens die gegenwärtige Organisationsform von Gesellschaften – der Nationalstaat – in Frage gestellt und zweitens der Abbau von struktureller Gewalt in den Normenkatalog eingefügt. Damit werden sowohl die internationale Herrschaftsstruktur und ihr wichtigster Baustein, der Nationalstaat, als auch die ihr zugrundeliegenden politischen Herrschaftsinhalte in Frage gestellt – eben weil davon ausgegangen wird, daß diese Struktur nicht in genügendem Maße Frieden verwirklicht.

Der auf Verhaltensänderung – von der gewaltsamen Konfliktlösung zur gewaltlosen Konfliktlösung – ausgerichtete negative Aspekt des Friedensbegriffes wird durch die Verbindung mit dem positiven Aspekt des Friedensbegriffes zu einer auf Strukturveränderung zielenden Norm. Verhaltensänderung und Strukturänderung werden dabei als aufeinander bezogene, für Frieden notwendige Voraussetzungen angesehen. Das bedeutet die die gesamte historische Friedensdiskussion durchziehende Forderung nach einer friedlichen, d. h. gewaltfreien 'Weltgesellschaft'. Auch wenn bislang im wesentlichen – nicht zuletzt aufgrund der verhältnismäßig großen Zahl von Arbeiten traditioneller Konfliktforschung mit einem mehr oder weniger eingeschränkten negativen Friedensbegriff – die Diskussion über die Art und Weise der angestrebten Verhaltensänderungen im Vordergrund stand, gibt es eine Reihe von Vorstellungen zur Strukturänderung, die über die bloße utopische Diskussion hinausgehen, wie z. B. die Stärkung der internationalen Organisationen, die regionale Integration, die Schaffung von überstaatlichen, institutionalisierten Entscheidungsfindungen usw. . Allerdings bedarf dies wie auch die Klärung des Zusammenhanges von Struktur und Verhalten noch weiterer Bearbeitung.

So wie der Friedensbegriff zwar vom Gleichheitsbegriff ausging, dann aber aufgrund seiner Ausdifferenzierung und seiner gesellschaftspraktischen Auswirkungen nicht als ein dem Gleichheitsbegriff nachgeordneter, sondern als eigenständiger Wert entwickelt worden ist, so nimmt er Gedanken aus der Solidaritätsdiskussion mit auf und führt sie aber über diese hinaus, so daß auch hier ein Ausmaß an Eigenständigkeit erreicht wird, das es erforderlich macht, Frieden als vierten Grundwert neben Freiheit, Gleichheit und Solidarität einzufügen. Solidarität bedeutet zwar das grundsätzliche Akzeptieren der anderen Einheit und die parteiliche Hilfe, sagt aber nichts darüber aus, inwieweit man sich dabei welcher Mittel zu bedienen habe. Friede schränkt Solidarität insofern ein, als er Gewalt ausschließt und auf gewaltfreie Konfliktlösung abstellt, und Solidarität insofern auf Ziele eingrenzt, die dem Abbau von Gewaltverhältnissen und der Herstellung von Gleichheit und Freiheit dienen. Daß diese Frage keineswegs nur theoretische Konsequenzen besitzt, hat die revolutionäre Friedensforschung gezeigt. Solidarität bedeutet für sie unabhängig von den anderen Werten die Verwendung gewaltsamer Mittel, d. h. Kriege und Revolutionen, zur Herstellung von Frieden.

Faßt man das bislang ausgeführte zum Verhältnis von Friedensdiskussion und Grundwertediskussion zusammen, so ergibt sich:

1. Friedens- und Grundwertediskussion befruchten sich gegenseitig. Das Einbeziehen der Grundwertediskussion in die Friedensdiskussion ermöglicht die genauere Erfassung insbesondere der innergesellschaftlichen Dimension von Frieden. Das Einbeziehen der Friedensdiskussion dient der normativen Festlegung von zwischengesellschaftlichen Dimensionen der Politik und trägt zur konkreteren Bestimmung der Grundwerte bei, indem auch diejenigen außergesellschaftlichen Bedingungen mitberücksichtigt werden, die sonst vernachlässigt worden sind.

2. Das Einbeziehen der Friedensdiskussion verlagert den Bezugspunkt der Grundwerte vom Nationalstaat zur Weltgesellschaft.
3. Die Aufnahme von Frieden als viertem Grundwert ist insofern gerechtfertigt, als die von einem erweiterten Friedensbegriff erfaßten normativen Elemente und deren gesellschaftspraktische Konsequenz nicht durch die bestehenden Grundwerte abgedeckt sind. Frieden ist nicht von den anderen Grundwerten unabhängig, sondern wie die drei anderen Grundwerte notwendige, aber allein nicht hinreichende Voraussetzung der angestrebten Gesellschaftsform.

Friede durch kooperative Sicherheitspolitik

Wenn nun angesichts der gegenwärtigen Strukturen in Europa gefragt wird, wie Friede durch Sicherheitspolitik 'gemacht' werden kann, so sind zwei zentrale Punkte zu nennen. Erstens müssen entsprechend der Forderung des negativen Friedensbegriffes nach Abwesenheit von Gewalt Ausmaß und Intensität von Gewalteininsatz und Gewaltandrohung verringert werden. Dies bezieht sich also auf unmittelbar militärisch durchgeführte Außenpolitik. Ein Weniger an Gewalt bedeutet also ein Mehr an Frieden. Zweitens bezieht sich dies auch auf die Reichweite von Politik. Dies bedeutet, daß sich Friedenspolitik nicht nur auf das traditionelle Konfliktmanagement beschränkt, sondern auch und gerade den Abbau von Konfliktursachen, wie z. B. Ungleichheit, einschließt. Dies ist eine Forderung des positiven Friedensbegriffes, weil Konfliktursachen entsprechend dem hier zugrunde liegenden, nach Strukturen und Funktionen fragenden Ansatz, wie er auch in der gegenwärtigen Konfliktanalyse häufig verwendet wird, erst dann abgebaut werden, wenn auch diejenigen Strukturen geändert werden, die für die Konfliktursachen verantwortlich sind.

Die Änderung der traditionellen Gewaltanwendungsmuster in Richtung auf ein Mehr an Frieden setzt voraus, daß Alternativen für die gegenwärtige Sicherheitspolitik, die in erster Linie durch den Einsatz und die Androhung von militärischer Gewalt bestimmt ist, gefunden werden. Diese müssen einen höheren 'Friedenswert' besitzen und funktional gleichwertig sein, d. h. das Ziel in dem gleichen Ausmaße und in der gleichen Intensität wie das militärische Mittel durchsetzen können. Dabei wird nach wie vor davon ausgegangen, daß es das Ziel traditioneller nationalstaatlicher Sicherheitspolitik ist, das eigene Herrschaftssystem aufrechtzuerhalten und seine nationale und räumliche Ausprägung sowie seinen politischen Handlungsspielraum zu gewährleisten. Territorialität, d. h. die Wichtigkeit von Grenzen und Souveränität oder Handlungsspielraum, sind dabei Kennzeichen des bürgerlichen Nationalstaates, der in der von ihm verstandenen absoluten Selbständigkeit schon längst nicht mehr besteht. Im Bereich der Sicherheitspolitik ist aber dieser Nationalstaat wegen seines Gewaltmonopols immer noch der in erster Linie entscheidende Handlungsträger. Davon muß auch eine realistische Analyse zunächst ausgehen. Dies bedeutet, daß die Zielsetzung des

Nationalstaates, Sicherheit zu gewährleisten, in die Entwicklung von alternativen Handlungsmustern mit einem Mehr an Frieden einzubeziehen ist. Es muß also gefragt werden, wie das Ziel Sicherheit durch andere Mittel erreicht werden kann, wie also das militärische Mittel durch andere Mittel ersetzt werden kann. Das alte Ziel – zunächst nicht in Frage gestellt – soll also mit anderen Instrumenten und anderen Strategien durchgesetzt werden. Daß wegen der Schwierigkeiten des militärischen Gleichgewichts als Voraussetzung für Entspannung und damit dem Rahmen für den Entwurf solcher Alternativen das Ersetzen des militärischen Mittels durch ein anderes Mittel nur schrittweise erfolgen kann, versteht sich dabei von selbst und ist bereits ausführlich bei der Friedensdefinition eingearbeitet worden.

Sicherheitspolitik als Friedenspolitik heißt also erstens Ersetzen der Gewaltmittel durch gewaltlose Mittel. Dies bedeutet vor allem den verstärkten Einsatz von politisch-diplomatischen Instrumenten bei der Konfliktlösung im Rahmen einer Politik der 'friedlichen Konfliktlösung'. Anstelle von Krieg oder Kriegsdrohung soll die politische Verhandlung treten.

Selbst eine Institutionalisierung in Form von übernationalstaatlichen Schiedsgerichten, internationalen Organisationen oder ständigen Vermittlern kann aber, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht zu einer dauerhaften Veränderung der Verhaltensmuster führen. Denn neben der Art und Weise, wie eine bestimmte Politik mit welchen Mitteln durchgeführt wird, müssen nun auch die Ziele der Außenpolitik und ihre nationalstaatliche Ausrichtung in Frage gestellt werden. Dazu muß aber auch gefragt werden, welche gesellschaftlichen Gruppen am Einsatz welcher außenpolitischer Instrumente interessiert sind.

Den Interessen der innergesellschaftlichen Gruppen, die aus der Anwendung des militärischen Instruments und der Aufrechterhaltung oder Erweiterung der militärischen Kapazitäten soziale Stellung, politische Aufgabe und Einfluß auf den Entscheidungsprozeß und die jeweilige Ausformulierung der untergeordneten Ziele beziehen, müssen Interessen entgegengesetzt werden, die eben auf den Abbau jener Militarisierung ausgerichtet sind. Diese Interessen können nicht willkürlich von außen geschaffen, wohl aber durch eine entsprechende Politik begünstigt werden. Es geht dabei in erster Linie um zwei Typen von gesellschaftlichen Gruppen. Der erste Typ kann dadurch gekennzeichnet werden, daß er direkten Vorteil aus der Ausweitung der Kooperation und direkten Nachteil aus der Reduzierung der Kooperation zieht. Hier handelt es sich meist um auf Außenhandel oder internationale Dienstleistungen ausgerichtete Bereiche, die je nach ihrer quantitativen und qualitativen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung politisches Einflußgewicht besitzen. Der zweite Typ kann dadurch gekennzeichnet werden, daß er durch die Militarisierung zwar keine direkten Nachteile erleidet, aber in seiner Interessenausdehnung oder konsequenten Interessendurchsetzung gehindert wird. Um im Bereich der Wirtschaft zu bleiben, kann hier die Konkurrenz um die Ressourcen genannt werden. Priorität für militärische Ausgaben bedeutet gleichzeitig Begrenzung zivilen Konsums und ziviler Investitionen.

Hier kann von außen in doppelter Weise das schrittweise Ersetzen militärischer Gewalt – d. h. der ersten Stufe im Gewaltkontinuum – gefördert werden. Zum einen kann der erste Interessentypus durch die von der politischen Zielsetzung 'Friede' diktierte Außenwirtschaftspolitik gefördert werden. Zunehmende wirtschaftliche Verflechtung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit stärkt die Bereitschaft zu Kooperation. Zum anderen kann über eine glaubhafte friedenspolitische Angebotsstrategie das Sicherheitsbedürfnis der betroffenen Gruppen erfüllt und gleichzeitig die jeweilige Bedrohungsangst verringert werden. Bei der Konkurrenz um Ressourcen und politischen Einfluß innerhalb des jeweiligen Herrschaftssystems bedeutet dies auf die Dauer Bedeutungsverlust für diejenigen Gruppen, die sich über die Militarisierung legitimieren. Angesichts der Konkurrenz führt über kurz oder lang dieser Legitimationsverlust zu Einflußverlust. Dies wiederum verstärkt die Kooperationsneigung. Dabei muß – entsprechend dem hier entwickelten Friedensbegriff – davor gewarnt werden, allein die Entmilitarisierung zwischengesellschaftlicher Beziehungen mit völligem Gewaltabbau gleichzusetzen. Gerade wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ziel des Gewaltabbaus kann – wenn sie nicht auf Gegenseitigkeit in Quantität und Qualität sowie vergleichbarer Funktion für die jeweilige Gesellschaft beruht – wirtschaftliche Gewaltverhältnisse etablieren und strukturell absichern.

Es kommt also nicht allein darauf an, ein Mehr an Frieden durch ein Weniger an struktureller Gewalt und struktureller Verankerung von aktueller Gewalt zu erreichen, sondern gleichzeitig auch Außenpolitik zunehmend auf andere Handlungsbereiche als den militärischen zu verlagern. Selbst wenn ökonomische Gewalt an die Stelle militärischer Gewalt tritt, kann hier aufgrund der verwandten Friedensbegriffe festgestellt werden, daß zumindest für europäische Verhältnisse bereits dies – bei allen Einschränkungen – als Fortschritt anzusehen ist. Wirtschaftliche Gewalt besitzt eben einen anderen Charakter als militärische Gewalt und dies gilt besonders unter dem Gesichtspunkt, daß jede militärische Gewaltanwendung in Europa mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Nuklearkrieg heraufgeschaukelt würde. So lassen sich also die Forderungen für eine grundlegende Änderung außenpolitischen Verhaltens wie folgt zusammenfassen:

1. Konflikte müssen nicht gewaltsam gelöst werden. Dies muß nicht nur vertraglich, sondern auch durch entsprechende Institutionen wie Schiedsgerichte usw. und entsprechende Garantien abgesichert werden.
2. Die innenpolitische Bedeutung derjenigen Gruppen, die den militärischen Gewalteinsatz befürworten, muß verringert werden. Dazu müssen Gruppen gefunden, aufgebaut und politisch gestärkt werden, die Konflikte durch Kooperation und nicht durch Einsatz von Militär lösen wollen. Dies muß auch strukturell abgesichert werden, d. h. das Interesse an Kooperation anstelle des Konfliktes muß langfristig verankert werden.
3. Abbau von struktureller Gewalt durch die Beseitigung von Konfliktursachen.
4. Erfüllung von Sicherheitsbedürfnissen durch den Aufbau langfristig ausgerichteter und gegenseitiger nutzbringender Abhängigkeitsstrukturen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.

Nun kann Außenverhalten nicht unabhängig von der Struktur des jeweiligen Systems gesehen werden. Geht man davon aus, daß das traditionelle Verhaltensmuster von Nationalstaaten mit dem Grundsatz nationalstaatlicher Nutzenmaximierung, durchgesetzt notfalls durch Gewaltanwendung auf Kosten anderer nationalstaatlicher Einheiten, beschrieben werden kann, so heißt dies, daß das bisherige Außenverhalten erst dann geändert werden kann, wenn gleichzeitig eine Strukturveränderung angegangen wird. Dies bedeutet aber, den Bezugspunkt für die jeweilige Nutzenoptimierung zu verändern. War der bisherige Bezugspunkt der Nationalstaat – was auch für die sozialistischen Länder gilt –, so muß gefragt werden, ob erstens unmittelbar aus dieser Nationalstaatlichkeit eine der Normdurchsetzung entgegenstehende Struktur entstanden ist, und zweitens, ob es alternative gesellschaftliche Organisationsformen gibt, die die Funktionen des traditionellen Nationalstaates erfüllen, aber nicht dazu führen, daß zwischengesellschaftliches Verhalten durch Nutzenmaximierung des einen auf Kosten des anderen unter Androhung oder Anwendung von Gewalt gekennzeichnet ist. Es wäre falsch, den Nationalstaat zur Quelle allen Übels zu erklären. Auch der Nationalstaat ist keine Größe an sich, sondern in sich strukturiert und in seinem Außenverhalten auf innere Herrschaftsstrukturen und Interessen bezogen. Worauf es hier ankommt, ist, zu prüfen, inwieweit der Nationalstaat als Handelnder in den internationalen Beziehungen für diejenigen Verhaltensweisen und Strukturmuster im internationalen System verantwortlich zu machen ist, die unter dem vorliegenden Friedensbegriff kritisiert worden sind.

Entsprechend der Auffassung, daß es sich beim Nationalstaat in erster Linie um die Organisationsform von Gesellschaft handelt, führt eine Betrachtung dieser Organisationsstruktur weiter. Organisationsstruktur heißt hier das Muster des politischen Entscheidungsprozesses. Hierin liegt – so die hier vertretene These – eben jener grundsätzlich friedensbehindernde Charakter des traditionellen Nationalstaates, d. h. des Nationalstaates mit Anspruch auf Souveränität. Indem er bei seinem Entscheidungsprozeß sich in erster Linie auf innergesellschaftliche Legitimation beruft und stützt und ausländische Akteure nur über Einrichtungen wie Außenministerium oder dessen Botschaften, staatliche oder nichtstaatliche Vertretungen berücksichtigt, ist von vornherein sein Außenverhalten auf die Durchsetzung der ihn bestimmenden innerstaatlichen Interessen ausgerichtet. Würde er darauf verzichten und würde er eigene innerstaatliche Interessen zugunsten der Interessen des Auslandes ohne einleuchtenden Grund vernachlässigen, käme er aufgrund eben dieser Struktur des Entscheidungsprozesses in Legitimationsprobleme – d. h. zum Regimeaustausch. Für den klassischen, idealtypischen Nationalstaat ist Außenverhalten nichts weiter als nationale Interessendurchsetzung. Daß dies im allgemeinen zu einer internationalen Umverteilung führt, liegt auf der Hand und hat die Geschichte gezeigt. Daß weiterhin dies

selbst dann geschieht, wenn dadurch Systemkrisen heraufbeschwohren werden, haben zwei Weltkriege und die Problematik von Ost–West– und Nord–Süd–Konflikt gezeigt. Einrichtungen zur Wahrnehmung der Interessen an Ausgleich im internationalen System, wie z. B. die Vereinten Nationen, sind gegenüber dem Nationalstaat schwach, häufig auch nur sein Instrument und wegen des geringen Einflusses auf die tatsächlichen Entscheidungen über zwischengesellschaftliches Verhalten nicht in der Lage, grundsätzliche Änderung durchzusetzen.

Nun hat der Nationalstaat bei seiner Bildung selbst einen Lösungsweg aufgezeigt. Indem er häufig darauf angewiesen war, mehrere kleinere Feudalstaaten zu vereinen, war er gleichzeitig gezwungen, deren subnationalstaatliche Interessen zu berücksichtigen. Dies hat sich – je nach dem jeweiligen politischen Kräfteverhältnis und dem Ausmaß, in dem Integration von oben betrieben wurde – in den föderalen Elementen einer Reihe von Nationalstaaten niedergeschlagen. Föderale Elemente beziehen sich also von vornherein auf die Organisation der politischen Entscheidung, d. h. der Berücksichtigung regionaler Interessenlagen. Der Nationalstaat berücksichtigt aufgrund seiner politischen Organisation innerregionale Interessen in ungleich höherem Maß als Auslands–Interessen. Die Integrationsstrategie hat dies zu ihrem wichtigsten Ausgangspunkt genommen, indem sie von einer schrittweisen Übertragung der bislang nationalen Entscheidungsprozesse in Richtung auf einen Weltstaat ausgegangen ist. Nun wurde aber die Integrationsstrategie durch ihre funktionalistische Ausprägung fast immer diskreditiert, weil als 'Integration' die mechanische Kompetenzübertragung als solche Gegenstand der Betrachtung war und nicht – wie hier – der instrumentale Charakter von Integration, d. h. Integration als Möglichkeit der Strukturveränderung zur Durchsetzung von Frieden.

Wenn nun im Sinne eines derartigen Integrationsbegriffes gefragt wird, wie die Sicherheitsproblematik gelöst werden kann, gibt es prinzipiell die folgenden Möglichkeiten:

1. die traditionelle Blockbildung unter dem Grundsatz "Interblocksicherheit durch Integration und Interblocksicherheit durch Abschreckung", wo der Gewinn an Interblockgewaltverringerung durch den Zuwachs an Interblockvergrößerung aufgehoben wurde;
2. die gesamteuropäische Integration, d. h. die traditionelle Supranationalstaatsbildung; sie hat aber unter den gegebenen Umständen auf europäischer wie auf internationaler Ebene keine Durchsetzungschancen;
3. die funktionale gesamteuropäische Integration, wo auf vollständige Supranationalstaatsbildung verzichtet wird und lediglich die für die Verwirklichung des Ziels 'Sicherheit' wichtigen nationalen Entscheidungsprozesse durch eine supranationale Entscheidungsorganisation ihrer einseitig nationalstaatlichen Ausrichtung enthoben werden.

Unter den gegebenen Bedingungen und angesichts des Friedensgebots erscheint die letzte Lösung als die mit der größten Durchsetzungswahrscheinlichkeit und dem

größten Fortschrittswert. Eine solche funktionale Integration kann in Form eines Sicherheitssystems verwirklicht werden, das, verbunden mit institutionalisierter friedlicher Konfliktlösung und mit der Schaffung kooperationsfördernder Verflechtungen, sicherstellt, daß der Bezugspunkt nationalstaatlicher Sicherheitspolitik nicht mehr die isolierte Sicherheit des jeweiligen Nationalstaates, sondern die Sicherheit der Region in erster Linie unter dem Binnenaspekt ist. Dies bedeutet nicht die völlige Aufhebung nationaler Entscheidungsgewalt im Bereich der Sicherheitspolitik, die unter den gegenwärtigen Umständen ohne Zwang nicht durchsetzbar ist. Es bedeutet nur den institutionalisierten Einbezug der sicherheitspolitischen Interessenlage aller Systemmitglieder bei der Formulierung der sicherheitspolitischen Strategien aller Systemmitglieder. Dies bedeutet zwar nicht die Aufgabe des Nationalstaates als Organisationsform, sondern in erster Linie die Aufgabe seiner Souveränität und des Prinzips, ihn selbst als absoluten Bezugspunkt seines Außenverhaltens zu setzen. Daß eine solche Strukturänderung nur aufeinander abgestimmt mit den angesprochenen Verhaltensänderungen erfolgen kann, liegt nicht nur im Zusammenhang zwischen Verhaltensmustern und Struktur begründet, sondern auch in dem Grundsatz, im Bereich der Sicherheitspolitik die traditionellen Verhaltensweisen und die dazu benötigten Instrumentarien erst dann aufzugeben, wenn funktional gleichwertige Verhaltensmuster und Instrumentarien geschaffen und erprobt worden sind. Für eine Übergangsperiode ist also die Gleichzeitigkeit von traditioneller und neuer Sicherheitspolitik hinzunehmen, auch wenn hierin eine Reihe von Beharrungstendenzen und Möglichkeiten zum Rückschritt liegen. Daß aber eine strukturelle Absicherung — nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Eigendynamik und der Lösung der Sicherheits- und Ressourcenfrage — diese neuen Verhaltensmuster und die Anwendung neuer Instrumente und Konfliktlösungsstrategien eher unumkehrbar macht, liegt vor allem darin begründet, daß eine solche Alternative die Sicherheitsbedürfnisse wirksamer, kostensparender und friedlicher erfüllt. Der letzte Aspekt fällt dann ins Gewicht, wenn unter demokratischer oder friedlicher Außenpolitik auch eine Demokratisierung des Entscheidungsprozesses verstanden wird.

Friedenspolitik als demokratisch zustande kommende Politik

Wenn die bisher diskutierten Normen auch politisch 'umgesetzt' werden sollen, heißt dies, anhand bestimmter vorhandener Organisationsstrukturen und Entscheidungsmuster, diejenigen Organisationsformen zu finden die angesichts der bestehenden Verhältnisse die Verwirklichung eines Mehr an Frieden ermöglichen. Als ein Element demokratischer Friedenspolitik war bereits die Überwindung der nationalstaatlichen Ausrichtung von politischen Entscheidungen genannt worden. Dies hat sich aber in erster Linie auf die zwischengesellschaftliche Entscheidungsfindung bezogen. Friedenspolitik hat aber primär eine innergesellschaftliche Seite: Frieden wird letztendlich am

individuellen Schicksal gemessen; für die Durchsetzung von Friedenspolitik ist die strategische Mobilisierung der Masse der Bevölkerung notwendig. Die Bestimmung von 'demokratisch' geschieht also erstens über die normativen Inhalte von Politik, zweitens über die eingesetzten Instrumente und Handlungsmuster und drittens über die Organisationsstruktur politischer Entscheidungsfindung. Das zweite und dritte Element sind zwar von den Normen abgeleitet — sie resultieren aus der Gegenüberstellung von Normen und zu verändernder Wirklichkeit —, müssen aber ebenfalls als notwendige Voraussetzung angesehen werden.

Wendet man sich nun der näheren Bestimmung der Organisationsstruktur innergesellschaftlicher demokratischer Friedenspolitik zu — wobei die Friedenspolitik als eine Komponente demokratischer Politik angesehen wird —, so kann die Forderung nach Demokratisierung von Sicherheitspolitik anhand des eingangs erwähnten Demokratisierungsmodells entwickelt werden. Dieses verlangt die reale Beteiligung aller Gruppen am Entscheidungsprozeß und damit die 'Politisierung' von Außenpolitik. Grundlage dafür ist die organisatorische Reform des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und die Reform der Informations- und Sozialisationspolitik.

Unter Organisationsreform des außenpolitischen Entscheidungsprozesses wird verstanden, daß das bestehende parlamentarische Demokratiemodell zunächst fortgeschrieben wird. Anstatt außenpolitisch abgeschlossenen Handlungen in Form von Verträgen nur noch Beifall zu spenden und sicherheitspolitische Entscheidungen entweder gutzuheißen oder über das Budgetrecht zu verzögern, müssen die verfassungsrechtlichen Kompetenzen ausgeweitet werden. Dies bedeutet für die traditionelle Außen- und Sicherheitspolitik, daß ihre Doktrinen, Ziel-Mittel-Instrumentierungen und die daraus abgeleiteten langfristigen und mittelfristigen Leitlinien Gesetzescharakter erhalten und damit der Parlamentärkontrolle unterworfen werden müssen. Angesichts der bestehenden Probleme bezüglich der Wirksamkeit der parlamentarischen Kontrolle und des Gesetzgebungsprozesses muß dazu auch die entsprechende Parlamentarismusreform durchgeführt werden. Das Parlament darf nicht nur verfassungsrechtlich, sondern muß auch in der Verfassungswirklichkeit der Souverän sein.

Eine solche Reform des Entscheidungsprozesses hätte zur Folge, daß im Bereich der Sicherheitspolitik die NATO-Rats-Entscheidungen, die Entwicklung der jeweiligen strategischen Doktrin und die Entwicklung der jeweiligen Kriegsbilder einschließlich der Folgen für die rüstungstechnologischen Entwicklungen aus dem Bereich der Exekutive und der Bürokratie zum Parlament verlagert werden. Für den Bereich der Außenpolitik gilt, daß entsprechend die grundlegenden Strategien für die internationalen Gremien, Außenhandel, Außenfinanz und Währung in die reale Entscheidungsgewalt des Parlaments kommen. Daß eine solche Machtverschiebung, die insbesondere angesichts der internen Auswirkungen außenpolitischer Entscheidungen im Bereich Sicherheit, Wirtschaft, Handel und Finanz dem Parlament jene Position zurückgibt, die es in der Periode geringerer Abhängigkeit von externen Entwicklungen besaß, sich nicht von selbst vollzieht, liegt auf der Hand. Auf der anderen Seite ist aber die Ausgangs-

lage prinzipiell günstig für solche Verschiebung, verfügt doch formal das Parlament über die Möglichkeit, seine Kompetenzen zu erweitern – auch wenn es sich bisher mit seiner politischen Entmachtung in diesem Bereich abgefunden zu haben scheint. Daß solche Prozesse der Verschiebung der Macht zugunsten des Parlamentes prinzipiell möglich sind, hat sowohl die historische Entwicklung des Parlamentarismus als auch zum Beispiel die neuere Entwicklung in den Vereinigten Staaten gezeigt.

Eine Demokratisierung bedeutet aber nicht allein Machtverschiebung zugunsten des Parlaments. Sie kann nicht beim Parlament und der Forderung nach Parlamentsreform stehen bleiben. Im Rückgriff auf das ideale parlamentarische Modell muß sie den Faktor der kritischen Öffentlichkeit mit einbeziehen. Dies bedeutet eine grundsätzliche Änderung der Informationsintensität und der Art der Informationsvermittlung. Mehr und frühzeitig muß politisch relevante Information der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Ob hier die traditionell privatwirtschaftlich ausgerichteten Medien und selbst die öffentlich-rechtlichen Medien ausreichen, muß hinterfragt werden. Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, daß Informationsdichte, Informationsqualität und die Rolle der Bevölkerung als passiver Informationskonsument ohne Einwirkungsmöglichkeit bislang dazu beigetragen haben, daß sich die Normen, von denen hier ausgegangen wird, nicht in dem Maße in politischen Entscheidungen niedergeschlagen haben, wie es prinzipiell möglich wäre. Neigung zur Akklamation, Mangel an Information und materiell erzwungene Passivität bei der Informationsvermittlung bedingen sich gegenseitig.

Informationspolitik ist gleichzeitig Bildungspolitik. Wenn davon ausgegangen wird, daß kritische Öffentlichkeit den Prozeß der politischen Entscheidungsbildung begleiten – was Information voraussetzt –, alternativ diskutieren – was die Möglichkeit zur aktiven Informationsverarbeitung voraussetzt – und eigene Vorstellungen einbringen muß, so muß über eine Reform der Informationspolitik hinaus politische Bildung betrieben werden. Politisch bedeutsame Öffentlichkeit muß erst geschaffen werden. Die Friedenspädagogik hat hierzu Vorstellungen entwickelt. Ihre Verwirklichung muß zusammen mit der Einübung demokratischer Willensbildungsprozesse im jeweiligen sozialen Bereich als weitere Voraussetzung für das Entstehen einer für demokratische Friedenspolitik wichtigen Öffentlichkeit gelten.

Für Öffentlichkeit, die sich aktiv am politischen Willensbildungsprozeß beteiligt, reicht die traditionelle politische Beteiligung in Form der Wahl nicht aus. Was hier angestrebt ist, sind Bürgerbewegungen in Form der gegenwärtigen Ein-Punkt-Initiativen. Daß hierbei gerade zur sicherheitspolitischen und außenpolitischen Problematik über die unmittelbaren Aktionen gegen Fluglärm, Truppenübungsplätzen und Lagerung nuklearer Waffen nur schwer motiviert und mobilisiert werden kann, liegt zum einen in der Vermitteltheit der Probleme und zum anderen in deren Komplexität. Dies setzt also Information, Schaffung von Problembewußtsein und die Möglichkeit, durch Eigeninitiative tatsächlich Entscheidungen zu beeinflussen, voraus.

Zusammengefaßt ergibt sich die Forderung nach Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse als nachgeordnete, aber notwendige Voraussetzung für inhaltliche Demokratisierung. Sie setzt wiederum Information und die Schaffung von Problembewußtsein sowie politisch bedeutsame Initiativmöglichkeit für eine kritische, politisch gebildete Öffentlichkeit voraus. Dies stellt gemeinsam mit der Verlagerung der Grundlagenentscheidungen von der Exekutive und der Bürokratie auf das Parlament sowie einer Parlamentsreform, die es der Legislative ermöglicht, ihre erweiterten Kompetenzen auch wahrzunehmen, sicher, daß politische Entscheidungsträger enger an die Willensbildungsprozesse, wie sie in der Öffentlichkeit ablaufen, angekoppelt werden. So kann zusätzlich zu den neben dem parlamentarischen Prinzip bestehenden Möglichkeiten der Parteien, politischen Organisationen usw. der Willensprozeß flexibel gestaltet werden, wobei hier auch die Diskussion über parlamentarismusimmanente Reformen miteinbezogen werden müßten.

Bisher ist immer – entsprechend dem geforderten 'realistischen' Ansatz – vom Demokratiemodell des Parlamentarismus ausgegangen und das Idealmodell mit der Wirklichkeit verglichen worden, um zu Verbesserungen seiner empirisch vorhandenen Ausprägung zu kommen und insbesondere um die anfangs genannte Problematik der bürgerlichen Revolution und ihren Verzicht auf das Einbeziehen von Sicherheits- und Außenpolitik in ihre Demokratisierungsbemühungen zu lösen. Ob Formen von plebiszitärer Demokratie oder Rätedemokratie angesichts des vorhandenen Informations- und Mobilisierungsproblems und der Notwendigkeit, in relativ kurzer Zeit politisch reagieren zu müssen, einbaubar sind, müßte im einzelnen untersucht werden. Mit Sicherheit lassen sich die Grundfragen von Sicherheits- und Außenpolitik ebenfalls plebiszitären Willensbildungsprozessen unterwerfen. Um der Gefahr nationalstaatlicher Verabsolutierung oder gar Chauvinismus zu entgehen, setzen derartige plebiszitäre Formen politische Bildung in sehr viel stärkerem Umfang als bisher voraus.

Zusammenfassung

Faßt man die Diskussion über demokratische Außenpolitik als Friedenspolitik in ihrem historischen Zusammenhang, so ist dies der Versuch, die bislang allein auf den nationalstaatlichen Rahmen begrenzte Friedensdiskussion und ihre Durchsetzung in Form der Demokratisierungsprozesse der bürgerlichen Revolution auf den internationalen Rahmen auszuweiten. Diese Ausweitung ist dabei nicht willkürlich oder allein von dem Wunsch nach systematischer und vollständiger normativer Diskussion bestimmt, sondern ein Ergebnis der zunehmenden wirtschaftlichen, militärischen und damit auch im engeren Sinne politischen Verflechtung, die die traditionellen Formen, Strukturen und Instrumentierungen im Bereich der zwischengesellschaftlichen Beziehungen in Frage gestellt hat.

Der hier entwickelte Friedensbegriff als ein auf Handlungsleitlinien und Geschäftspraxis ausgerichteter normativer Begriff ist in sich und in Bezug auf die ge-

sellschaftliche Wirklichkeit, auf die er angelegt ist, dialektisch. Er geht von einem schrittweise zu verwirklichenden Kontinuum von mehr Frieden aus, wobei jeweilige gesellschaftliche Wirklichkeit an den in ihr angelegten Möglichkeiten an mehr Frieden gemessen wird. Friede wird dabei im Zusammenhang mit der Grundwertediskussion und über sie hinaus als vierter Grundwert entwickelt. Er bezieht sowohl inner- als auch zwischengesellschaftliche Aspekte von Politik ein, ist auf individuelle materielle, soziale und politische Gerechtigkeit einschließlich ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen ausgerichtet und schließt Gewalt sowohl in ihren verschiedenen aktuellen als auch in ihren verschiedenen strukturellen Formen aus. Aufgrund seiner kontinuierlichen Gestalt ist er bereits auf gradualistische und reformistische Strategien hin konstruiert.

Löst man den hier entwickelten Friedensbegriff entlang dem strategischen Kontinuum zunächst im Bereich der bislang militärisch instrumentierten Sicherheitspolitik ein, muß zunächst von den von den objektiven Systemtrends gegebenen Rahmenbedingungen einschließlich ihrer inneren Dynamik ausgegangen werden. Somit wird Friedenspolitik in erster Linie darauf ausgerichtet sein, den internationalen Rahmen – nämlich den Entspannungsprozeß – aufrecht zu erhalten und auszuweiten. Dies bedeutet die Ausweitung und institutionelle und strukturelle Absicherung kooperativer Handlungsmuster und friedlicher, d. h. zunächst nichtmilitärischer, Konfliktlösungsstrategien. Dort, wo ein gleichzeitiges Mehr an Frieden sowohl inner- als auch zwischengesellschaftlich zu erreichen ist, kann vorübergehend auch zwischengesellschaftlicher Fortschritt auf Kosten innergesellschaftlichen Fortschritts gehen.

Im einzelnen nun bedeutet Sicherheitspolitik als demokratische Friedenspolitik unter Berücksichtigung der jeweiligen Sicherheitsinteressen das schrittweise Ersetzen der traditionellen militärischen Instrumente im zwischenstaatlichen Verkehr und damit den entsprechenden Legitimations- und Einflußverlust von den auf sie bezogenen gesellschaftlichen Gruppen. Neben dieser in erster Linie auf das eingesetzte Instrumentarium bezogenen Entwicklung wird durch die Verwirklichung des zwischengesellschaftlichen Gleichheitsprinzips strukturelle Herrschaft abgebaut. Gleichzeitig damit soll eine Kompensations- und Kompromißpolitik die Konfliktursachen, die in Ungleichheit und unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeit enthalten sind, abbauen.

Um dieses Gleichheitsprinzip, d. h. die Garantie auf materielle und politische Entfaltung jeder betroffenen Gesellschaft zu verwirklichen, wird aus dem Friedensbegriff angesichts der bestehenden sicherheitspolitischen Realitäten im europäischen Raum die Forderung nach einem Sicherheitssystem abgeleitet. Dieses soll die politische Konfliktlösung institutionell absichern, die jeweiligen nationalen sicherheitspolitischen Zielsetzungen harmonisieren, die nötigen Kooperationsstrukturen über funktionale Integration ermöglichen und absichern und dabei eine grundsätzliche Veränderung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses durch das direkte Einbeziehen anderer nationalstaatlicher Einheiten und die tendenzielle Aufhebung der nationalstaatlichen Ausrichtung

und Legitimation von Außenverhalten herbeiführen. Dabei wird davon ausgegangen, daß ein derartiges Sicherheitssystem die notwendige, aber allein nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung der innergesellschaftlichen Aspekte von Frieden ist.

Demokratisierung der herkömmlichen Sicherheitspolitik hat also im Bereich der zwischengesellschaftlichen Beziehungen erstens den Aspekt der Verhaltensänderung, des Ausschlusses des Gewaltinstrumentariums und des Aufbaus von Kooperation absichernden Strukturen, zweitens den Aspekt der Änderung der Ausrichtung traditioneller nationalstaatlicher Politik durch funktionale Integration und Ausweitung des Entscheidungsprozesses durch den Einbezug der Interessen anderer Gesellschaften, also Strukturänderung – und drittens – und hier schließt dann die Forderung nach Demokratisierung auch des innergesellschaftlichen Entscheidungsprozesses an – den Aspekt der Verankerung dieser Politik in den innergesellschaftlichen Strukturen und der jeweiligen politischen Kultur.

Innergesellschaftliche Aspekte der so strukturierten Friedenspolitik sind auf der einen Seite die Forderung nach Demokratisierung des politischen Entscheidungsprozesses in Form einer Parlamentarisierung von Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich ihrer internationalen Entscheidungsebene; verbunden mit der notwendigen Parlamentsreform zur Absicherung und Wahrnehmung dieser Kompetenzausweitung für das Parlament und auf der anderen Seite die Forderung nach einer mit dem Parlament relativ eng verbundenen kritischen Öffentlichkeit. Dies setzt Information und entsprechende Sozialisation auf kognitiver, emotiver und politischer Ebene voraus. Eine derartige innergesellschaftliche Friedenspolitik ist nichts weiter als die Verwirklichung des in der bürgerlichen Revolution entwickelten und dann beschränkten Modells parlamentarischer Demokratie, das –entsprechende Politisierung vorausgesetzt – um plebiszitäre Elemente erweitert werden kann.

Bezogen auf die eingangs gestellte Frage nach der Fortführung der bürgerlichen Revolution, stellt also die mit Hilfe der Friedensproblematik entwickelte politische Konzeption dreierlei dar: erstens die Ausweitung der normativen Diskussion auch auf zwischengesellschaftliche Beziehungen oder auf das internationale System; zweitens die damit verbundene Aufhebung traditioneller souveräner Nationalstaatlichkeit und ihrer Instrumentierung und drittens die Ausweitung der bürgerlichen Demokratisierung auf alle gesellschaftlichen Gruppen und alle politischen Bereiche. Dabei geht diese Konzeption vom Verbund normativ-inhaltlicher und politisch-organisatorischer Veränderungen aus, die jeweils von der herzustellenden demokratischen Öffentlichkeit getragen werden. Eine Abtrennung eines dieser Elemente ist dabei nicht möglich. Die Isolierung der normativen oder der inhaltlichen Diskussion von den daraus zu ziehenden organisatorischen Konsequenzen würde die jeweilige Konzeption in den Bereich des Utopischen oder des Aufgesetzten und politisch nicht Umsetzbaren verweisen. Ein inhaltlich nicht bestimmter Organisationsreformismus könnte zwar – wenn er Effizienzsteigerung bewirkt – als technokratische Reform bestimmten internationalen Entwicklungen Rechnung tragen, sie aber nicht im beabsichtigten Sinne in Richtung auf eine friedlichere inner- und intergesellschaftliche Ordnung verändern.